M 3477 F



blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt

Biotechnologie im Griff des Agrobusiness

Nr. 155 Februar 1989 DM 5,00

Leider haben wir in der letzten Ausgabe der blätter einige Angaben versehentlich „unterschlagen":
- Die Wüstenfotos auf den S. 27, 28/29, 30 und 33 stammen von **Wolfgang Herbert.**
- Beim Artikel über das PRI-System in Mexiko ist der Mitautor **Andreas Behn** nicht angegeben worden.
- Das **Literaturverzeichnis** zum Beitrag von Gerhard Hauck: Die Renaissance der Modernisierungstheorie fehlte (drucken wir in dieser Ausgabe auf S. 46 ab).

Wir bitten, diese Pannen zu entschuldigen.

Inhaltsverzeichnis

Titelbild:
Pflanzentumor bei Tabak durch Agrobacterium tumefaciens ausgelöst; Rasterelektronenmikroskopaufnahme
Foto: Manfred Ruppert



Impressum



Hrsg.: Aktion Dritte Welt e. V. — Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus). D-7800 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/74003, Bürozeiten: Mo., Di., Do.-Fr. 10-13 u. 15-18 Uhr, mittwochs geschlossen

Zusammengestellt von: Isabel Armbrust, Alf Baier, Frank Ballot, Andreas Beil, Andrea Borchers, Horst Breit, Konrad Fisch, Niko Georgi, Uwe Hartwig, Claudia Heid, Uwe Jungfer, Inge Kamolz, Christa Kembichl, Michael Knüfer, Barbara Kupfer, Tilman Lamperter, Teresa Löbbert, Mechtild Maurer, Thorsten Pilz, Gunhild Rauch, Bernd Riegraf, Alexander Spermann, Ulrike Stamm, Norbert Stamm, Bernhard Thill, Detlev Vogel, Jürgen Wengler, Regine Wiassitschau, Udo Wolter

Bei Einsendung von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:
Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand: 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten.
Druck und Satz:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 326187

Vertrieb für Buchhandel:
prolit buchvertrieb gmbh, Siemensstraße 18a, Postfach 111008, 6300 Gießen 11, Telefon: (0641) 77053

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 40,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 30,- DM).
ermäßigtes ABO nicht über den Buchhandel erhältlich
Schweiz: SFR 40,- (bzw. 30,-)
Österreich: ÖS 300,- (bzw. 230,-)
übriges europäisches Ausland:
DM 45,- (bzw. 35,-)
Luftpostabonnements:
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 61,60 (bzw. 51,60)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 68,80 (bzw. 58,80)
Australien, Südpazifik: 76,- (bzw. 66,-)

Einzelpreis: DM 5,-/SFR 5,-/ÖS 37,-

Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39-755
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Redaktionsschluß für Nr. 156:
21.2.1989

Anzeigenschluß für Nr. 156:
28.2.1989

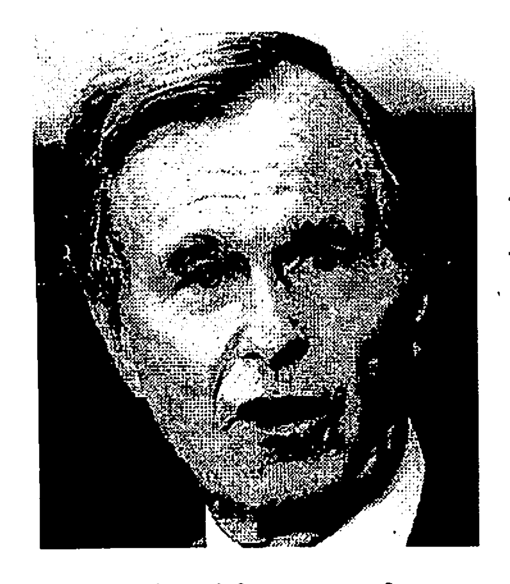
Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Auf das Dezemberheft haben vermutlich viele LeserInnen recht verdutzt reagiert: Es strotzte von weißen Flächen, hinter denen man leicht einen technischen Fehler vermuten konnte. Weit gefehlt! Die unmotivierten Lücken sind nichts anderes als Anfängerfehler, die uns bei der Umsetzung eines neuen Layoutkonzeptes unterliefen. Weiße Flächen sieht dieses Konzept durchaus vor — eingesetzt allerdings als kreative Pausen.

Diesen Schwierigkeiten zum Trotz haben wir noch weitere Veränderungen vorgenommen: Zum ersten Mal nach 18 Jahren wurde der Titel neu gestaltet. Obwohl unsere Zeitschrift längst nicht mehr den Charakter von Blättern hat, wollten wir auf den Namen „blätter“ nicht verzichten, da er inzwischen ein Markenzeichen darstellt. Mit der durchlaufenden Rubrik und der optischen Abgrenzung des Themenblocks schließlich soll die Orientierung erleichtert werden.

Aber nicht nur graphisch, auch inhaltlich war unser letztes Heft ein gewisses Wagnis: Wir mischten uns ganz unverfroren in eine Diskussion ein, deren angestammter Platz bislang der universitäre Elfenbeinturm war.
Die Reaktion aus der geschlossenen Gesellschaft erfolgte prompt: Ulrich Menzel schickte uns eine umfangreiche Stellungnahme, in der er uns die Kompetenz für ein seriöses Mitmischen im gelehrten Diskurs abspricht.
Wir möchten sie niemandem vorenthalten und drukken sie daher vollständig ab, zumal wir bezweifeln, daß die Heftigkeit seiner Reaktion allein darauf zurückgeht, daß er uns für Dilettanten hält. Vermutlich ärgert er sich eher über unsere „Unausgewogenheit“, nämlich darüber, daß die Senghaas/Menzel-Schule nicht zu Wort kommt, wie er selbst zu Beginn seines Artikels beklagt.

Wie dem auch sei: Das Urteil darüber überlassen wir erst einmal unseren LeserInnen. Wir selbst werden im nächsten Heft auf die herbe Kritik von Menzel eingehen. Allerdings hoffen wir, daß sich noch mehr LeserInnen zu einem Kommentar hinreißen lassen, und nicht nur die eh an der Diskussion beteiligten Gelehrten.
Wer mitreden will, muß nicht erst promovieren oder gar ein Seminar bei Menzel belegt haben.



Mit schmutzigen Fingern ins Weiße Haus

Bush wußte nicht nur von dem geheimen Versorgungsnetz der Contra, sein Büro hat während seiner Amtszeit als Vizepräsident auch eine maßgebliche Rolle bei der Koordinierung des Drogen- und Waffenhandels gespielt, der der Finanzierung der Contra diente. Dies geht aus den umfangreichen Recherchen des „Christic Institute"[1] sowie zahlreichen Publikationen in den US-Medien hervor. Ungeklärt sind bis heute auch gewisse Machenschaften, die in die Zeit fallen, als Bush Chef des CIA war.[2]

Die Iran-Contragate-Affaire war der erste Ansatz, Licht auf den Umfang des Netzes zu werfen, das die Versorgung der nicaraguanischen Contra immer dann garantierte, wenn die offizielle, durch Kongreß und Repräsentantenhaus bewilligte, „Hilfe" nicht ausreichte – was sie so gut wie nie tat. Oder sie fortführte, wenn der Kongreß jegliche Einmischung der USA untersagte, wie es während der Gültigkeit des Boland-Amendments 1983-1986 der Fall war. Im Verlauf der Anhörungen des Untersuchungsausschusses des Kongresses und der Tower-Kommission des Senats im Rahmen der Iran-Contragate-Affaire kamen nach und nach die wichtigen Details jener Waffendeals zutage, bei denen bekanntlich zur Finanzierung der Contra ein beachtlicher Teil der Gewinne aus den Lieferungen an den Iran beiseite geschafft wurden.

Schon damals ließ es sich nicht vermeiden, daß einige der befragten Waffenhändler, Contras und Mafiosi bekannten, Drogen transportiert zu haben, um damit Waffen zu finanzieren. Es kristallisierten sich die internationalen Verbindungen eines Secret Teams heraus, das unter der Koordination des stellvertretenden nationalen Sicherheitsberaters (NSC) der USA, Ollie North und des CIA-Chefs William Casey operierte. Dieses Secret Team bestand u.a.

George Bushs dunkle Machenschaften

aus Mafiosi, kolumbianischen und mexikanischen Drogenbaronen, ehemaligen und amtierenden CIAlern, dem damaligen Chef der World Anti-Communist-League (WACL), Generalmajor John Singlaub und dem damaligen Contra Chef Adolfo Calero. Das Netz reichte von Stützpunkten in Miami und Florida, den Contra-Pisten Ilopango in El Salvador, Aguacate in Honduras, Puerto Barrios in Guatemala, einer Landebahn im Norden Costa Ricas bis zu den Koksfabriken im Urwald Boliviens[3]. Es bediente sich verschiedener Deckfirmen, so der Mr. Shrimp, Ocean Hunter, DIASCA, EATSCO und der ehemaligen CIA-eigenen Fluggesellschaft Southern Air Transport (SAT) und verfügte über verschiedene Konten in Panama und der Schweiz, um die Gelder zu „waschen".

Doch die Kongreßuntersuchungen zeigten nur ein beschränktes Bild des Secret Teams. Einerseits war der Untersuchungszeitraum sehr kurz. Andererseits hat sich der aufsichtsführende US-Justizminister E. Meese vermutlich darum bemüht, den Skandal begrenzt zu halten. Er wird verdächtigt, selbst in ihn verwickelt zu sein. Folgende Version wollte er unter die Leute bringen: Das Secret Team sei erst 1984 unter der Leitung von North und Casey gebildet worden und habe sich fortan der Kontrolle des Weißen Hauses entzogen.

Tatsächlich hatte man sich 1984 dazu entschieden, einen Teil des CIA zu privatisieren. Vorangegangen war die auf die Verminung nicaraguanischer Häfen und den Attentatsversuch auf den Außenminister Nicaraguas D'Escoto folgende Verurteilung der USA durch den internationalen Gerichtshof in Den Haag, die das Image der USA nicht gerade aufpolierte.

Mc Farlane, der Chef des NSC und Vorsitzender von North, hatte seinerseits Reagan diesen Plan vorgetragen, der „bei vorsichtiger Handhabung keine Gesetze verletzen" und so Nordamerika aus dem Rampenlicht der Medien nehmen würde. Reagan stimmte zu.[4]

Aber nicht nur das. Die Recherchen der Washingtoner Anwaltskanzlei Christic Institute, die seit 1986 einen Prozeß gegen das „Secret Team" anstrengt, belegen, daß der Kern des Secret Teams bereits seit 1959 bei fast „jeder Schweinerei dabei war": so bei den Attentatsplänen auf Fidel Castro, Massenmordprogrammen im Rahmen des Vietnam-Krieges, zu deren Finanzierung erstmals den Hippies der USA Drogen im großen Stil verdealt wurden, bei Watergate, dem Sturz Allendes und der Hilfe für die in den letzten Zügen liegenden Schah- und Somoza-Regime.

Der Status seiner Aktivitäten hing von der jeweiligen US-Politik ab. Vertrat diese den sprichwörtlichen „Stahlhelm"-Kurs, so arbeitete das Secret Team auf Gehaltsliste des CIA und war mit ihm weitgehend identisch, wie z.B. beim Sturz Allendes. Als allerdings Bushs Nachfolger, der Reform-CIA-Chef S. Turner 720 dieser korrupten Gestalten entließ, mußten diese „privat" weiterarbeiten. So geschah es auch 1984. Die Infrastruktur, die Verbindungen behielten sie, und auch die finanziellen Mittel wußten sie zu besorgen.

Über ihren direkten Draht zum Weißen Haus findet der im Prozeß des Secret Team angeklagte Generalmajor Richard Secord eine deutlichere Sprache: *„Natürlich wußte der Präsident von all dem, was vor sich ging. Ich habe ausgesagt, daß Mac Farlane (Chef des NSC, North's Vorgesetzter) mir sagte, daß er das im Juli '85 klärte (den Flug zu den Contras). Mac Farlane hat mir das so gesagt. Ich habe das doch nicht erfunden! Was die Leute sagen, ist, daß irgendwelche einzelnen Leute mehr oder weniger unter meiner Anweisung dies Stück Außenpolitik unter ihre Kontrolle gebracht haben. Aber das ist nicht wahr! Ich arbeitete unter der Aufsicht des Weißen Hauses und im Einverständnis mit der US-Politik, die man mir zuvor beschrieben hatte."*[5]

Die Spuren führen also ins Weiße Haus – und tatsächlich liest sich die Story wie eine weltweite Verschwörung, von der man nicht genau weiß, welcher schlaue Kopf dahinter steckt.

Es ist schwer, eine direkte Beteiligung des US-Präsidenten Bush nachzuweisen, der alle Anschuldigungen kategorisch abweist. Handfest belegen läßt sich lediglich, daß er von dem geheimen Versorgungsnetz wußte und sich für die Unterstützung der Contra einsetzte, als dies durch das Boland Amendment klar untersagt war. Aber es gibt eine Überfülle von Indizien, die darauf hindeuten, daß er eine wirklich entscheidende Rolle bei der Organisation dieses Versorgungsnetzes hatte. Es ist einfach unwahrscheinlich, daß sein gesamtes Büro, besonders der höchste nationale Sicherheitsberater der USA, Donald Gregg,[6] schaltete und waltete, ohne daß sein Chef daran beteiligt war.

Beispielsweise traf Bush sich dreimal mit Felix Rodriguez, der zu seinem Büro über diese Jahre besten Kontakt pflegte und schon bei dem Schweinebuchtabenteuer dabeigewesen war. 1967 schickte man ihn nach Bolivien, um sich an der Ermordung Che Guevaras zu beteiligen. Zur Zeit, in die die Treffen mit Bush fielen, vermittelte er nicht nur seine in Vietnam gesammelten Kenntnisse über helicopter-gunment gegen die Zivilbevölkerung den salvadorianischen Militärs, er war auch für die Überwachung des gesamten Contra-Versorgungsnetzes zuständig. Der im Prozeß des Christic Institute angeklagte Generalmajor a.D. John Singlaub, machte sich schon damals Sorgen: Der „tägliche Kontakt" Rodriguez' mit dem Büro Bushs könne Präsident Reagan und der Republikanischen Partei schaden. Und tatsächlich sahen sich Bush und Gregg später aufgrund wachsender Anschuldigungen dazu veranlaßt, eine Chronik zu erstellen, die diese Treffen legitimierten sowie die Teilnahme an etlichen Zusammenkünften, bei denen die Waffenlieferungen an den Iran besprochen wurden, „richtigstellten". Diese Chronik mußte bezeichnenderweise nach dem ersten Erscheinen mehrmals abgeändert werden...

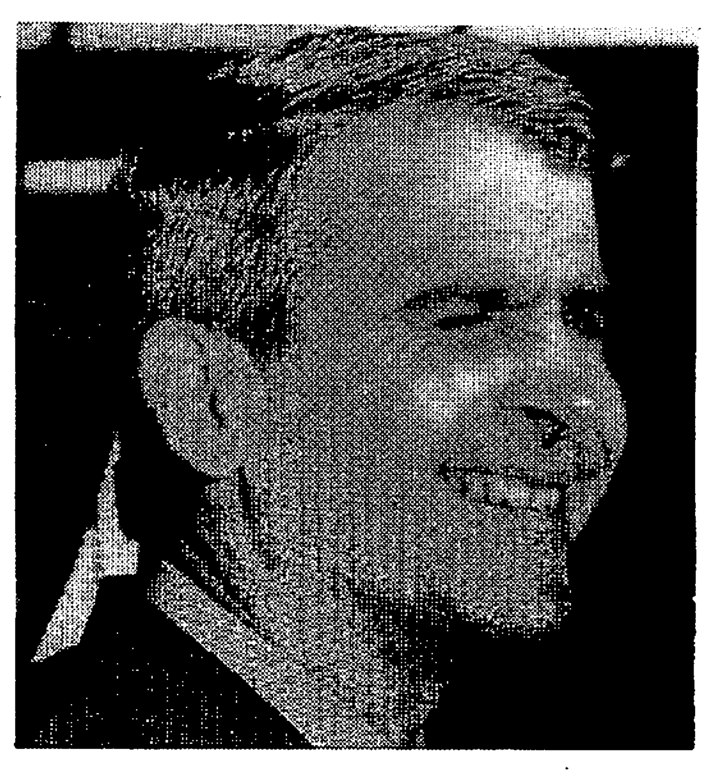
Bush leugnet zwar nicht, sich mit Rodriguez getroffen zu haben, behauptet allerdings, nur über „sein Engagement in El Salvador" gesprochen zu haben, „nie aber über Nicaragua". Dies widerlegen Notizen aus seinem Büro. Ein Treffen am 1.5.86 kündigte Don Gregg folgendermaßen an: „Felix Rodriguez, ein Aufstandsbekämpfungsexperte, der von El Salvador kommt, will über die Lage des dortigen Krieges dort berichten sowie über die Versorgung der Contra."

Die Einstellung des frischgebackenen US-Präsidenten zum Kongreß, nämlich daß dieser „Teil des Problems und nicht Teil einer Lösung" sei, verdeutlicht auch sein Versprechen, das er Honduras gab: Die Reaganadministration würde auch dann Geld für die Contra besorgen, wenn der Kongreß die geforderten 14 Millionen Dollar nicht bewilligte: *„Wir werden diese Leute nicht im Stich lassen"* (Latin American News, 23.3.'85). Woher sollte er solche Sicherheit nehmen, wenn er nichts von dem geheimen Praktiken des fund raising des Secret Teams wußte?

Ab 1983 war der ehemalige Vize-Präsident Mitglied der National Narcotic Border Interdiction System (NNBIS), das die Einführung von Drogen stoppen sollte und zwar mittels der DEA (Drogenabwehrbehörde der USA), Küstenwache, FBI, Marine und Luftwaffe. Aber selbst das DEA spielt in der Affaire eine zweifelhafte Rolle. Das zeigt die Aussage des Mafiosos Gary Betzner vor dem Untersuchungsausschuß des Kongresses, die zugleich ein recht drastisches Bild von der Funktionsweise des Versorgungsnetzes gibt: Sein Chef, George Morales, versicherte ihm, *„daß er einen Vertrag mit dem CIA abgeschlossen habe, sie (die Contras) zu versorgen. Er wollte, daß ich mit dem Flugzeug Waffen und Munition für die Contra mitnähme und mit Schmuggelware beladen zurückkomme."* Betzner sagte weiter, er habe 1983 eine große Ladung Waffen, darunter auch Granatwerfer und Seeminen, von Florida nach Ilopango/El Salvador transportiert.

El Salvador braucht keine Seeminen für sein Militär. Das einzige Mal, daß in Zentralamerika solche verwendet wurden, war, als wenig später die US-Regierung die Verminung der nicaraguanischen Häfen verordnete. Die Lieferung der Granatwerfer fiel auffallend mit dem Auftauchen der Schnellbote zusammen, mit denen der Hafen von Corinto beschossen wurde.[7] Betzner: *„Ich flog meinen Teil der illegalen Ware (Drogen). Aber ich flog auch meinen Teil an Waffen im Austausch dazu; mit vollem Wissen und voller Mithilfe der DEA".* George Morales gab an, daß der *„CIA wußte, daß ich die ganze Zeit für ihn arbeitete... sie brauchten die finanzielle Unterstützung für die Contra, und diese (Drogenverkäufe) waren eben eine weitere Möglichkeit, diese Unterstützung herbeizuschaffen".*[8]

Daniel Sheenan, Anwalt beim Christic Institute, benannte die DEA als direkten Komplizen des Secret Teams: *„Wenn jemand wegen Drogentransportes eingeknastet wurde, ging er zu ein paar speziellen Richtern, die das Richtige zu sagen wußten: 'Sieh, wir können Dir da erleichternde Umstände verschaffen, aber Du mußt einwilligen, bei einem Programm der Drogenbekämpfungsbehörde als Pilot mitzumachen'".* Das DEA brachte ihn dann dazu, nach Kolumbien zu fliegen, eine Ladung Drogen zu laden. Die DEA speicherte für gewöhnlich eine „Non-Stop-Order" in den Computer, die für dreißig Tage galt. So konnte der CIA zu seinen Leuten kommen: *„Sieh mal, es hat keinen Sinn, leer runter zu fliegen, warum nimmst du nicht ein paar Drogen mit?".*



Wichtigster Koordinator des Secret Team: Ollie North

Morales bestätigte das indirekt: O. Cesar, sein Kontaktmann zum CIA habe ihm versichert, daß „hochrangige Leute aus Washington" ihn im Falle eines Falles aus dem Knast holen würden, und daß Cesar „mit dem Vizepräsidenten meine Lage besprochen hat."

Richard J. Brenneke, internationaler Waffenhändler und über 13 Jahre CIA-Angestellter, beschuldigt außerdem George Bushs Büro, als Waschanlage für Serien von Waffenlieferungen an die Contra in den Jahren '85 und '86 gedient zu haben. Er gab weiter an, im Januar '87 unter der telefonischen Anweisung Donald Greggs an einem Waffentransport teil-

genommen zu haben. Brenneke: *„Es steht außer Zweifel, daß Don da tief drin steckte"*. Wenn Brenneke Zweifel an der Zahlungsfähigkeit einer seiner „Kunden" hatte, wendete er sich an Bushs Büro, wo man ihm nähere Auskunft über jene geben konnte. Das Büro gab ihm gewöhnlich auch Adressen „zuverlässiger" Waffenhändler: *„Man sagte dir dann, daß du mit Mr. Shrimp zu sprechen hättest, weil Mr. Shrimp die Finanzierung..., den Transport... besorge"*, so Brenneke.

Interessant auch, was Brenneke über Greggs Käufe von Waffen aus den Warschauer-PaktStaaten, z.B. AK-17s (bekannter als Kalaschnikows), zu berichten wußte: *„Er sagte, daß im Falle von Waffenkäufen im Ostblock... es in bestimmten Fällen notwendig war, eine Erklärung zu beschaffen, die besagte, daß die Ladung in das Land A ging, wenn sie in Wirklichkeit für die Contra bestimmt war"*. Solche gefälschten „end-user certifications" beschaffte das Vizepräsidentialbüro in allen damaligen Diktaturen: Panama, Paraguay, Bolivien, Brasilien.

Die Anschuldigungen Brennekes sind demaskierend. Gregg beteuert, weder etwas von dem geheimen Versorgungsnetz gewußt noch irgendwann persönlich mit Brenneke gesprochen zu haben. Dieser jedoch führt als belastende Beweise Notizen von über einem Dutzend Treffen mit Gregg an sowie umfangreiches Material, das bereits 4000 Seiten umfaßt. Vordem war gerade er in CIA-Kreisen als „sehr wahrheitsliebend" eingeschätzt worden.[9]

Zur Zeit, als Panama noch den Vereinigten Staaten zu Diensten stand, wurden die Drogengeschäfte auch über den panamaischen Armeechef Noriega abgewickelt (vgl. Konkret 4/88). Das Christic Institute spricht hier von einer *„Bush-Noriega-Contra-Drug-Connection"*.

Während seiner Amtszeit hatte CIA-Chef Casey General Noriega stets gedeckt, der über beste Verbindungen zum kolumbianischen Medellin-Drogen-Kartell verfügte. Auf Anraten Caseys hatte Justizminister Edwin Meese sämtliche Untersuchungen gegen das Versorgungsnetz der Contra gestoppt. Dan Moritz von der DEA, der sich bei der in Miami ansässigen, Drogen transportierenden Firma DIASCA als Geldwäscher betätigte, bestätigt, daß dort samt und sonders von persönlichen Piloten Noriegas geflogen wurde.

Die ehemals CIA-eigene SAT, die zumindest seit 1983 auch für die Drogenflüge von Kolumbien eingesetzt wurde, „wusch" ihre Gewinne in den „off-shore"-Banken Panamas, da diese über ein ähnliches Bankgeheimnis wie die Schweizer Banken verfügen.

Ramón Milian-Rodriguez, Geldwäscher des Medellin-Kartells, dessen Freundschaft sich Felix Rodriguez rühmt, sagte vor dem Kongreß-Ausschuß aus, daß er annähernd 10 Millionen US$ den Contras hatte zukommen lassen. Die Betätigung Noriegas als Komplize gegen die sandinistische Regierung Nicaraguas, die Beteiligung an den Waffen- und Drogendeals, den Überfällen auf Nica-Frachtschiffe und an Mordkomplotten gegen führende sandinistische Persönlichkeiten ging mit Wissen des Unterstaatssekretärs im Weißen Haus, Elliot Abrahms sowie der Unterstützung durch die DEA und den NSC vonstatten. 1985 brach Noriega mit den USA, nachdem diese geplant hatten, Panama und ihre dortigen Basen als Stützpunkt für eine Invasion gegen Nicaragua zu nutzen. Seither ist es auch um die „Immunität" des „Drogengenerals" (wie ihn die bürgerliche Presse selbstverständlich erst nach dem Bruch nannte) geschehen, und er bezieht nicht mehr die jährlich 200.000 US$ vom CIA, die dem Gehalt eines US-Präsidenten entsprechen.[10]

Konto zur Unterstützung der Arbeit des Christic Institute:
Kto.-Nr. 9999990
Darmstadt Volksbank, BLZ 50890000
Stichwort: Prozeß

Kontaktadressen:
Christic Institute
c/o Alex Marschall
Hoffmannstr. 2
6100 Darmstadt

Gerd Bausch
Rüthleinweg 8
6100 Darmstadt

Die Kette der Verwicklungen ist schier endlos, und das meiste nur flüchtig angesprochen, vieles gar nicht erwähnt. In Bushs Amtszeit als CIA-Chef, während der der ebenfalls in Sachen Secret Team angeklagte Theodore Shackley stellvertretender Chef für verdeckte Aktionen weltweit war, spielten sich Transaktionen ab, die den heutigen gleichen: Der CIA war damals (und ist es heute noch) an dem Krieg der von Südafrika unterstützten UNITA gegen die Befreiungsbewegung Angolas, die MPLA, beteiligt. Analog zu den Vorfällen in Nicaragua strich der Kongreß 1975 jegliche CIA-Unterstützung, was nicht verhinderte, daß 70 Tonnen Waffen dennoch Anfang '76 an die UNITA geliefert wurden.

Bushs Rolle bei der Ermordung des ehemaligen chilenischen Verteidigungsministers unter Allende, Orlando Letelier, ist ebenso ungeklärt. Der CIA war noch rechtzeitig benachrichtigt worden, daß zwei chilenische Geheimdienstler auf Letelier angesetzt waren. Die Leute des damaligen CIA-Chefs unternahmen nichts zum Schutze von Leteliers Leben, um die „gute Zusammenarbeit" mit dem chilenischen Geheimdienst nicht zu gefährden.

Oder etwa Bushs Beteiligung im Rahmen der Geiselaffaire im Iran. Den Angaben der New York Times vom 3.8.'87 zufolge setzte er sich dafür ein, daß bei einem geheimen Treff am 20.9.'80 in Paris den Iranern Geld und neue Waffenlieferungen versprochen wurden, wenn sie die Geiseln erst nach den US-Wahlen freiließen. Damit wollte er die Wiederwahl Carters erschweren.

Bush bezeichnet sich als demokratisch. Er bescheinigt Marcos dessen „Liebe zu demokratischen Grundsätzen". Bush wirft seine Schatten schon voraus: Hatte Reagan noch zu Beginn seiner Amtszeit gedroht „Die Ära der Skrupel ist vorbei", bringt sein Nachfolger gar nicht erst Skrupel mit, die er verlieren könnte.

Gerd Bausch

Anmerkungen:

1 Das „Christic Institute", eine Washingtoner Anwaltskanzlei, die quasi gemeinnützig arbeitet, reichte 1986 Anklage gegen 29 an der illegalen Versorgung der Contra Beteiligte ein. Ihr Mandant, Tony Avirgan, war 1984 bei einem Attentat verwundet worden, das von Leuten des „Secret Teams" bei einer Pressekonferenz auf den damaligen Chef der ARDE-Contra, Eden Pastora, verübt worden war: Das Hauptverfahren, das in Anbetracht der anstehenden US-Wahlen nicht wie geplant im Juni 1988 eröffnet wurde, steht nun voraussichtlich Mitte dieses Jahres an. Das Christic Institute betreibt umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit, der auch dieser Artikel einen großen Teil seiner Informationen verdankt: Christic Institute, 1324 North Capitol Street, NW, Washington D.C. 20002.

2 Bush war bekanntlich nicht nur seit 1981 Vizepräsident, sondern auch 1975/76 Chef der CIA

3 El Pais, „Cocaina para la 'Contra'", 14.9.'88

4 National Committee of Latin America (NACLA), Juli/August '86, zitiert nach Gaby Gottwald u.a., „Die Contra-Connection", die internationalen Contramacher und ihre bundesdeutschen Helfer, Konkret-LitVerl., 1988

5 „Playboy", Oktober '87

6 Donald Gregg war während Bushs Amtszeit als Vizepräsident auch dessen Stabschef.

7 vergl. „El Nuevo diario" (ap/efe), Managua, 8.4.'88

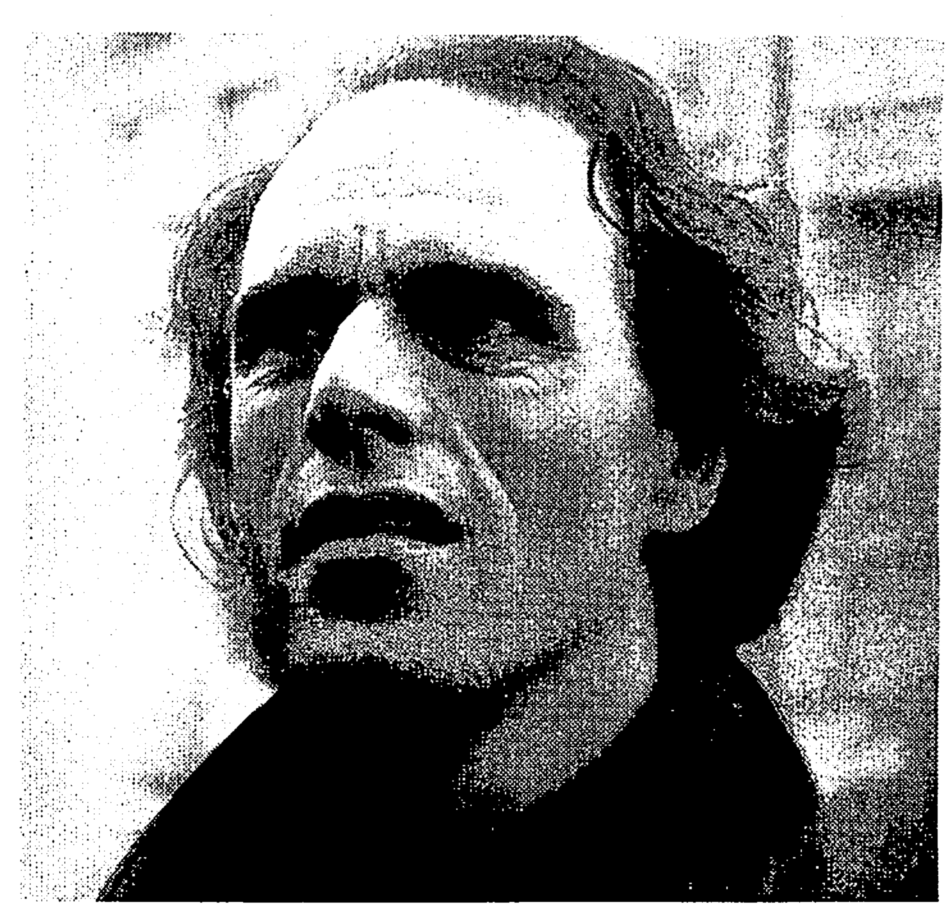
8 „Newsweek", 26.1.'86

9 „Progressive", März '88

10 Die Informationen zu Panama beziehen sich vornehmlich auf den Artikel von Georg Hodel, Konkret 4/'88

Zurück zum Terror der frühen '80er Jahre?

Die brutale Ermordung des Schweizer Internationalisten Jürg Weis im August 1988 war ein Indiz für eine Kräfteverschiebung in der salvadorianischen Politik. Erstmals unter der christdemokratischen Regierung (seit 1984), die sich darum bemüht hatte, dem salvadorianischen System einen demokratischen Anstrich zu geben, fiel ein Ausländer den mit der Armee verflochtenen Todesschwadronen zum Opfer. Die Christdemokraten haben abgewirtschaftet. In der Armee finden seit einiger Zeit Umbesetzungen zugunsten der Hardliner statt, deren oberstes Ziel eine Effektivierung des Krieges ist. Vermutlich wird die rechtsnationalistische ARENA-Partei, die aus den Parlamentswahlen im März '88 als die stärkste Partei hervorging, die nächste Regierung stellen.



Jürg Weis — ermordet am 22. August 1988

Jürg Weis, eines der bekanntesten Mitglieder der europäischen Solidaritätsbewegung mit El Salvador, starb am 22. August 1988. Seine Leiche wies neun Einschüsse im Rücken auf. Sein Kopf und sein Gesicht waren völlig zerstört.

Die salvadorianische Armee gab folgende Erklärung ab: Weis sei bewaffneter Terrorist der FMLN gewesen und zusammen mit zwei anderen Guerilleros „im Gefecht gefallen."

Das schweizer Außenministerium übernahm die Version der salvadorianischen Armee. Angezweifelt wurde lediglich, daß Jürg Weis bewaffnet war. Die Bundesregierung antwortete auf Nachfrage, daß laut ihrer Information Jürg Weis durch einen Kopfschuß aus 50m Entfernung getötet worden sei. Die US-Botschaft in San Salvador verbreitete die gleiche Version.

Am 10. Januar '89 präsentierte eine europäische Untersuchungsdelegation in San Salvador, Zürich und München die Ergebnisse ihrer Recherchen, die sie im September '88 in El Salvador durchgeführt hatte. Die Ergebnisse der Autopsie der Leiche und die Nachforschungen vor Ort ergaben: Jürg Weis ist nicht im Gefecht gefallen, sondern brutal ermordet worden. Noch während er lebte, wurde ihm eine Stichverletzung in der Herzgegend zugefügt. Durch eine starke Gewalteinwirkung an der oberen rechten Schulter und am Brustkorb wurden mindestens vier Rippen gebrochen. Wahrscheinlich noch zu Lebzeiten wurde sein Schädel völlig zertrümmert. Die Einschüsse im Rücken erfolgten aus kurzer Distanz, wahrscheinlich auf den am Boden liegenden toten Körper. „Weiter ist erwiesen, daß der tote Körper von Jürg Weis durch Menschenhand geschändet wurde — durch Abziehen der Hals- und Gesichtshaut, durch Abschneiden der Ohren und Herausschneiden eines Teils der rechten Lende, sowie durch Abtrennung der Gehirnmasse." Ein Kopfschuß ist ausgeschlossen.

„Die Mörder von Jürg Weis gehören der Armee oder anderen salvadorianischen Sicherheitskräften an... Die Art der Verstüm-



melung, die von geübter Hand vorgenommen wurde, verweist... auf Praktiken der als Todesschwadronen bekannten Spezialeinheiten von Armee und Sicherheitskräften."

Es gibt Indizien für eine Überwachung von Jürg Weis, dessen Visum am 19.8.'88 laut Aussagen der Armee nach einer „Intervention von außen" von der Einwanderungsbehörde verlängert wurde, wobei die sonst üblichen Fragen über die Gründe der Verlängerung ausblieben. Der Chef der Einwanderungsbehörde bestritt hingegen gegenüber der Delegation eine solche Intervention, ein Mitarbeiter bestätigte jedoch gegenüber anderen Personen, daß ein solcher Eingriff erfolgt sei. Der reibungslose Ablauf der Visumsverlängerung ist zumindest ungewöhnlich, lagen über Jürg Weis doch bereits Daten über eine kurzzeitige Festnahme durch die Armee 1986 vor.

Es gibt Beweise für die vom Generalstab der Armee angeordnete Vertuschung des Mordes gegenüber der Delegation, der eine ausgefeilte falsche Version über die Todesumstände von Jürg und seinen Begleitern präsentiert wurde. Hauptorganisator der Vertuschung war ein S 3 Offizier, der dem damaligen Operationschef im Generalstab, Mauricio Vargas unterstand. Vargas ist einer der bekanntesten Hardliner in der Armee. „Die Abteilungen S 3 und S 5 (psychologische Kriegsführung, G.G.) stehen in direkter Koordination mit dem militärischen Geheimdienst (S 2) und unterstehen diesem de facto."

Sollte der Mord von oben angeordnet gewesen sein, was die Delegation besonders bei einer vorherigen Überwachung nicht ausschließt, sind die Planer der Ermordung wahrscheinlich dort zu finden, wo auch die Vertuschung des Mordes stattfand: im Generalstab der Armee selbst.

In ihrer abschließenden Bewertung der Ereignisse betont die Delegation, daß der Mord an Jürg Weis auf dem Hintergrund der aktuellen politischen Situation in El Salvador interpretiert werden muß. Diese ist charakterisiert durch zunehmende Repressionen, Verhaftungen und Ausweisungen von Ausländern, gegen die von Seiten der Armee seit 1988 eine gezielte Propaganda und Denunzierung als „ausländische Subversive und Agenten des internationalen Kommunismus" entfacht wurde. Am 8. Januar 1988 teilte der damalige Geheimdienstchef der Armee, Orlando Zepeda, Erzbischof Rivera y Damas im Auftrag des Generalstabs mit, daß die Kirche davon absehen möge, Ausländern unter ihrem Schutz den Zugang zu den Konfliktgebieten zu gewähren. Diese würden sich nämlich in die interen Angelegenheiten einmischen. Zepeda ist heute Chef der 1. Brigade in der Hauptstadt. Er propagiert den „totalen Krieg" und hat sich durch sein brutales Vorgehen bei der Auflösung von Demonstrationen hervorgetan.

Noch wenige Tage vor der Ermordung von Jürg Weis teilte der damalige Generalstabschef der Armee, General Blandon mit, daß ausländische Agitatoren unter



dem Deckmantel humanitärer Vorhaben ins Land gekommen seien, um für Aufruhr zu sorgen. (Prensa Gráfica, 16.8.'88)

Die offiziellen Begründungen der Todesumstände von Jürg Weis erhalten in diesem Kontext den Charakter eines angeblichen Beweises für die Richtigkeit der Armeepropaganda. Die Zerstörung des Gesichtes und des Kopfes können nur eine Funktion haben – die der Abschreckung.

Kalter Putsch gegen die christdemokratische Politik

Jürg Weis ist der erste ermordete Ausländer unter der christdemokratischen Regierung seit 1984, deren Hauptaufgabe darin bestand, im internationalen Rahmen für politische Unterstützung der US-amerikanischen Variante der Aufstandsbekämpfung zu werben. Die Ermordung von Jürg Weis muß als Indiz für eine Weichenstellung in Richtung einer Politik begriffen werden, deren primäres Ziel die Effektivierung der Kriegspolitik ist und weniger die Bewahrung eines demokratischen Anstrichs des Systems.

Die Ermordung von Jürg Weis ist kein



„Unfall" in dem Sinn, daß sich unkontrollierte Kräfte an einem Ausländer „vergriffen" haben. Sie ist vielmehr die Konsequenz eines Kräftemessens innerhalb der Armee und zwischen Regierung und Teilen der Armee, das zugunsten derjenigen entscheiden wurde, die jenseits der Legitimationsfrage freie Bahn für ihre Art der Kriegsführung beanspruchen.

Die zahlreichen Umbesetzungen im Militär während des letzten Jahres zugunsten der Hardliner, die in der Absetzung des regierungstreuen und US-loyalen Generalstabschef Blandon gipfelten, hatten den Charakter eines kalten Putsches gegen die christdemokratische Regierungspolitik, die aufgrund ihrer inneren Spaltung und Korruption eh am Ende ist. Die führenden Militärs um den jetzigen Generalstabschef Emilio Ponce haben mehr als die Hälfte der Schlüsselpositionen in der Armee besetzt. Sie fordern eine aggressivere Kriegsführung gegen die Guerilla und deren Umfeld und beanspruchen für sich, die zentrale Entscheidungsinstanz für die Fortführung des Krieges zu sein.

Der Wahlsieg der ultrarechten ARENA im März '88 bei den Kommunal- und Parlamentswahlen ist das politische Äquivalent zur faktischen Machtübernahme der Falken in der Armee. Erwartungsgemäß wird die ARENA die kommenden Präsidentschaftswahlen im März gewinnen, womit dann offiziell das Ende der christdemokratischen Ära der „politischen Öffnung" und scheinbaren „Demokratisierung" besiegelt ist.

Die Reaktivierung der Todesschwadrone, die integraler Bestandteil der Armee und der Sicherheitskräfte waren und noch sind, ist sowohl Ausdruck des Unmutes über die militärische Erfolgslosigkeit des US-amerikanischen Kriegskonzepts der „niedrigen Intensität", als auch eine bewußte Machtdemonstration der Falken in der Armee gegenüber den USA, um diese zu einem Einschwenken auf eine Politik des „totalen Krieges" zu bewegen.

Ob unter Reagan oder Bush, die US-Regierung will in jedem Fall jede Verschiebung des Kräfteverhältnisses in El Salvador zugunsten der Linken verhindern, da

ein Sieg der FMLN-Guerilla das Ende der US-Hegemonie in Zentralamerika bedeuten würde und weitaus größere Folgen hätte, als der Sieg der Sandinisten in Nicaragua 1979. Angesichts der zunehmenden militärischen Stärke der FMLN und ihrer internationalen diplomatischen Offensiven sehen sich die USA veranlaßt, die Fortführung des Krieges mit den Kräften zu betreiben, die sowohl die politischen Gegner ihrer jetzigen Bündnispartner sind als auch Kritiker des US-Konzeptes des „Krieges der niedrigen Intensität". Die ersten Annäherungsgespräche auf höchster Ebene zwischen den USA und der extrem nationalistischen und antikommunistischen ARENA-Partei sind bereits gelaufen.

Sollte ARENA die neue Regierung stellen, was kaum jemand bezweifelt, kommen auch auf die bundesdeutsche Regierung erhebliche Probleme zu. Parteipolitisch ist sie der Christdemokratie verbunden, die sie seit Jahren über die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung finanziert und mitdirigiert. Außenpolitisch ist sie ihrem Bündnispartner USA verpflichtet, dessen politischen Vorgaben in der Zentralamerikapolitik sie bisher stets bedenkenlos folgte. Es gilt zukünftig das diplomatische Kunststück vorzuturnen, sowohl die Opposition als auch die Regierung zu unterstützen.

Aber bereits jetzt, vor dem Regierungswechsel, brennt es ihr unter den Füßen. Sie wird die Geister nicht mehr los, die sie einst beschwor. Anfang Januar wurde der bundesdeutsche Botschafter aus Sicherheitsgründen nach Bonn abberufen. Er wird nicht zurückkehren. Todesschwadrone haben nicht nur Salvadorianer bedroht, sondern auch ausländische Diplomaten.

Der Untersuchungsdelegation wurde auf Anfrage beim Auswärtigen Amt jede Unterstützung durch die Botschaft vor Ort für die Pressekonferenz in San Salvador am 10.1.'89 verweigert. Es sei zur Zeit „sauungemütlich" in El Salvador, hieß es inoffiziell. Genschers Ministerium entschied auf höchster Ebene keine Hilfe zu geben, da die Botschaft schon genug Probleme hätte. Man riet der Delegation dringend, von ihrem Vorhaben Abstand zu nehmen — aus Sicherheitsgründen.

Etwas konsterniert steht die Bundesregierung nun vor dem Produkt ihrer eigenen Politik. Seit 1984 hat sie mit mehr als 60 Millionen DM Entwicklungshilfe pro Jahr die Kriegskasse der Regierung mitfinanziert. Alle Angriffe gegen Regierung und Armee in El Salvador hat sie stets abgewehrt und die Lüge über die Demokratie im Land verbreitet.

Menschenrechtsverletzungen gab es laut Bundesregierung nur seitens der Guerilla und einzelner nicht kontrollierbarer Kräfte. Noch im Oktober wies CDU-Generalsekretär Geißler die Behauptungen des Berichtes von Amnesty International über El Salvador zurück, demzufolge die Todesschwadrone Bestandteil von Armee und Sicherheitskräften sind. Die Bundesregierung fördert im Rahmen der Entwicklungshilfe ein Projekt zur Unterstützung der Kommunalentwicklung, das zu 100% von der ARENA kontrolliert wird. Im zuständigen Ministerium hieß es, die ARENA habe sich verändert. Sind das die ersten Angebote für eine zukünftige Zusammenarbeit?

Die ARENA ist die Partei der Oligarchie und des Militärs. Daran ändern auch die neu herausgebildeten Politiker der Partei nichts, die nach außen für einen neuen Anstrich der Ultrarechten Sorge tragen sollen. Die Todesschwadrone sind integraler Bestandteil der Armee und Sicherheitskräfte. Der systematische Terror, der diesen Kräften zugesprochen wird, wird genau dann forciert, wenn führende Kräfte in der Armee es für oportun erachten, was zur Zeit der Fall ist.



Zurück zum Terror von 1980/81?

Es ist mit einer Zunahme der Repression und der politischen Morde zu rechnen, in deren Folge (halb)legale Strukturen der politischen Opposition nicht zu halten sein werden. Wie von Todesschwadronen bereits angekündigt, wird sich der Terror nicht nur auf die linke Opposition beschränken, sondern auch all die „nützlichen Idioten" einbeziehen, die nach Sicht der Todesschwadronen auch indirekt der Guerillastrategie Vorschub leisten, „unwichtig, ob sie sich innerhalb der Regierung befinden oder in politischen Parteien mit demokratischem Anstrich". (Kommunique der „Revolutionären Antikommunistischen Ausrottungsaktion" vom 21.12.'88)

Die zivilen Bestandteile der Aufstandsbekämpfung werden zugunsten der militärischen Komponenten zurückgedrängt werden, was zu einer Ausweitung des Krieges führt. Der Terror wird an die Zeiten der frühen achtziger Jahre erinnern, doch seine Systematik wird eine andere sein.

Nicht nur die Stärke der FMLN ist mit ihren Anfängen 1980 nicht zu vergleichen. Auch der Gegner ist gestärkt. Dank der massiven Militär- und Ausbildungshilfe der USA ist die Armee heute dreimal so stark wie 1980, technisch auf dem höchsten Niveau, und die führenden Militärs sind in den USA trainiert.

Der CIA widmete sich inständig dem Aufbau eines funktionierenden „nachrichtendienstlichen Systems" für die Armee, deren Geheimdienst sowohl zentral als auch regional über umfassende Archive sogenannter „Subversiver" verfügt. Der Geheimdienst liefert die Namen, die Armee vollstreckt, so geschehen am 21.9.'88, als das Bataillon Jiboa von der fünften Brigade in San Fransisco zehn Campesinos aus einer Gruppe von 40 Leuten herausgriff und ermordete. Das Bataillon kam mit einer Namensliste.

„Dieses Geheimdienstsystem dient den Todesschwadronen als Nervenzentrum für ihre Operation", so Allan Nairn 1984 in seinem Hintergrundbericht über die Todesschwadrone in El Salvador. „Jede Garnison, unabhängig von ihrer Größe, hatte Einheiten der Todesschwadrone", bestätigte ein US-Beamter nach einer ausführlichen Untersuchung.

Besonders kennzeichnend für das Vorgehen der Todesschwadrone sind die Folterungen der Opfer und die Verstümmelung ihrer Leichen — ein Phänomen, das besonders 1988 stark zugenommen hat. Am 12.11.'88 werden in Yamabal/Morazan drei Campesinos der Landarbeitergewerkschaft ANTA ermordet und ihre Leichen grausam verstümmelt. Die Schädel sind zertrümmert, die Hände gebrochen, einem fehlt ein Arm, ihre Leiber sind zerschossen. Die Täter sind Soldaten der dritten Brigade in San Miguel und dem Destacamento militar Nr. 4 in San Fransisco de Gotera.

Am 25.2.'88 wurden drei Männer in Tepemechin/Morazan von der Armee verhaftet. Am Tag darauf wurden zwei von ihnen tot aufgefunden. Die Körper wiesen Folterspuren auf, Verbrennungen und zahlreiche Knochenbrüche. Beiden hatte man die Ohren und Nasen abgeschnitten, sowie die Daumen und die Ringfinger. Das Gesicht des einen war skalpiert, dem anderen der Schädel völlig zertrümmert worden. Der dritte Mann war verschwunden.

Der damalige zuständige Kommandant in San Miguel, Oberst Emilio Ponce, gab gegenüber der Presse bekannt, daß am 26.2.'88 seine Truppen zwei „Subversive" getötet hätten. Sie seien „im Gefecht gefallen". (Quelle: americas-watch-report, September '88).

Die unabhängige Menschenrechtskommission in San Salvador, deren Präsident 1987 erschossen wurde, gab Ende Dezember 1988 der Presse bekannt, daß die Reorganisation der Todesschwadrone direkt von der Sektion II im Generalstab der Armee betrieben wird. Die Sektion II ist der militärische Geheimdienst, das „Gehirn" der Kriegsstrategie zur „Aufstandsbekämpfung".

Die Ergebnisse der Untersuchungsdelegation über die Ermordung von Jürg Weis enden im Bericht mit dem Satz: „Besondere Bedeutung mißt die Delegation der Tatsache bei, daß die Deckung der Mörder von Jürg Weis vom Generalstab mitorganisiert wurde. Sollte die Ermordung von Weis auf Anweisung von oben erfolgt sein, hält die Delegation es für wahrscheinlich, daß die Anweisung durch den Geheimdienst erging und durchgeführt wurde."

Gaby Gottwald

Bezugsadresse für den Delegationsbericht:
Infostelle El Salvador,
Oscar-Romero-Haus, Heerstr. 203,
5300 Bonn

Die PLO auf Friedenskurs

Ein Jahr nach Beginn der Intifada, die nicht nur zu einer Stärkung des palästinensischen Selbstbewußtseins geführt hat, sondern auch zu einer weltweiten Einsicht in die Dringlichkeit einer Lösung des Palästinaproblems, erzielten die Palästinenser auch auf der diplomatischen Ebene zwei herausragende Erfolge: Der auf dem 19. palästinensischen Nationalrat in Algier (12.-15.11.1988) proklamierte Staat Palästina wurde bisher von 90 Regierungen anerkannt.

Außerdem gelang im Gefolge der UNO-Vollversammlung in Genf (13.-15.12.1988) der Durchbruch zur Aufnahme offizieller Gespräche zwischen der PLO und den USA.

Wir bedauern, daß wir es diesmal bei einer Darstellung der diplomatischen Erfolge der Palästinenser belassen müssen. Für die nächste Nummer wurde uns jedoch ein Artikel zur Intifada versprochen, ohne welche es zu den weitreichenden Nationalratsbeschlüssen und zum Einlenken der USA nicht gekommen wäre.

Die 19. Sitzung des Palästinensischen Nationalrates (Exilparlament) vom 12.-15.11.1988 in Algier war sowohl für die Palästinenser und die PLO als auch für die weitere politische Entwicklung im Nahen Osten von historischer Bedeutung.

Herausragendes Ereignis in Algier war die Ausrufung eines eigenen Palästinenserstaates, annähernd einhundert Jahre nach dem Beginn des Palästinakonflikts und vierzig Jahre nach der Gründung Israels. Neben dem „natürlichen, historischen und politischen Recht" bildet die Palästina-Teilungsresolution 181 der UNO von 1947 die zentrale Grundlage der palästinensischen Unabhängigkeitserklärung. Mit der Bezugnahme auf den Teilungsbeschluß signalisierte die PLO deutlich ihre endgültige Bereitschaft, die Existenz Israels anzuerkennen. Dazu meinte Abu Ijad, Stellvertreter Arafats: „Sollte Israel unser Recht auf einen eigenen Staat akzeptieren, dann gibt es die Chance für eine gegenseitige Anerkennung". Der endgültige Grenzverlauf beider Staaten soll jedoch erst auf einer internationalen Friedenskonferenz festgelegt werden. Ausdrücklich bekannte sich die PLO in der Unabhängigkeitserklärung dazu, den Palästinakonflikt mit friedlichen Mitteln zu lösen und auf jegliche Form von Gewaltpolitik gegenüber anderen Staaten zu verzichten. Mit der Staatsgründung gelang es der PLO zweifelsohne, das durch den Rückzug Husseins von der Westbank entstandene Machtvakuum auszufüllen. Die Einsetzung einer provisorischen Regierung wurde von den 338 Delegierten des Nationalrats jedoch auf einen späteren Zeitpunkt verschoben; bis dahin soll das Exekutivkomitee der PLO die Regierungsaufgaben des neuen Staates übernehmen.

Sehr kontrovers verliefen auf dem Nationalrat vor allem die Diskussionen um die Verabschiedung des politischen Abschlußberichts. Dessen Kernpunkt, die Annahme der UN-Resolutionen 242 und 338 (siehe Kasten) von 1967 bzw. 1973, war äußerst umstritten. Nach zweitägigen Marathondiskussionen einigte sich jedoch eine klare Mehrheit von 253 Delegierten bei 46 Neinstimmen und 10 Enthaltungen auf eine na-



Rede Arafats vor dem Nationalrat
Foto: Georg Stein

mentliche Nennung der beiden Resolutionen als Grundlagen für eine internationale Friedenskonferenz. Die Bezugnahme auf die Resolution 242 wurde jedoch ergänzt um die Forderung nach einer „Garantie der legitimen nationalen Rechte des palästinensischen Volkes, an erster Stelle das Recht auf Selbstbestimmung." Als Einzelresolution war 242 von der PLO bislang verständlicherweise abgelehnt worden, da sie die Palästinenserfrage auf ein reines Flüchtlingsproblem reduziert und die Rechte der Palästinenser auf Rückkehr, Selbstbestimmung und Gründung eines eigenen Staates mit keinem Wort erwähnt. Für die ausdrückliche Anerkennung der



Resolution 242 stimmten die Arafat-Organisation Al Fatah, die Demokratische Front für die Befreiung Palästinas (DFLP) von Nayef Hawatmeh, die Palästinensische Kommunistische Partei (PCP), ein Flügel der Palästina Befreiungsfront (PLF) sowie die Mehrheit der unabhängigen Delegierten. Dagegen waren die Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) von George Habash, die irakisch beeinflußte Arabische Befreiungsfront (ALF), die Palästinensische Volkskampffront (PPSF) und der von Abu el Abbas (dem vermeintlichen Drahtzieher der Achille-Lauro-Entführung) geführte Flügel der PLF. (Die unter syrischer Vormundschaft stehende Sa'iqa, das PFLP-Generalkommando und die 1983 von der Al Fatah abgespaltenen Rebellen von Abu Moussa boykottierten die Sitzung in Algier).

George Habash lehnte die Resolution 242 mit dem Argument ab, daß es besser sei, „Israel keine weiteren Geschenke" zu machen. Ungeachtet der unterschiedlichen Positionen zu 242 kam es in Algier jedoch zu keiner Spaltung der PLO. Erstmals wurde auf einer Nationalratstagung nicht nach dem Konsens-, sondern nach dem Mehrheitsprinzip entschieden; die Minderheit um Habash akezptierte den Mehrheitsbeschluß. Die Intifada wirkte hierbei quasi als Bindemittel für die nationale Einheit.

Entschließung 242 des Sicherheitsrats der Vereinigten Nationen über die Lage im Nahen Osten vom 22. November 1967

Der Sicherheitsrat

— in Bekundung seiner ständigen Sorge über die ernste Lage in Nahost,
— in Betonung der Unzulässigkeit, Gebiete durch Krieg zu erwerben, und der Notwendigkeit, für einen gerechten und dauerhaften Frieden zu arbeiten, in dem jeder Staat des Gebietes in Sicherheit leben kann,
— in Betonung ferner, daß alle Mitgliedstaaten durch die Annahme der Charta der Vereinigten Nationen die Verpflichtung eingegangen sind, in Übereinstimmung mit Artikel 2 der Charta zu handeln,

1. bekräftigt, daß die Erfüllung der Grundsätze der Charta die Einrichtung eines gerechten und dauerhaften Friedens in Nahost verlangt, der die Anwendung der beiden folgenden Grundsätze einschließt:
(i) Rückzug der israelischen Streitkräfte aus Gebieten, die während des jüngsten Konflikts besetzt wurden;
(ii) Einstellung aller Behauptungen oder Formen eines Kriegszustandes sowie die Beachtung und Anerkennung der Souveränität, der territorialen Unversehrtheit und der politischen Unabhängigkeit eines jeden Staates in diesem Gebiet und die seines Rechtes, innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen frei von Drohungen und Akten der Gewalt in Frieden zu leben;

2. bekräftigt die Notwendigkeit,
a) die freie Schiffart auf den internationalen Wasserstraßen des Gebietes zu garantieren;
b) eine gerechte Regelung des Flüchtlingsproblems zu verwirklichen;
c) die territoriale Unversehrtheit und die politische Unabhängigkeit eines jeden Staates in dem Gebiet durch Maßnahmen sicherzustellen, zu denen die Schaffung entmilitarisierter Zonen zählt;

3. (...).
Quelle: Vereinte Nationen, 6/1967, S. 203

Die Anerkennung der Resolution 242 durch den Nationalrat unterstreicht einmal mehr die territoriale Kompromiß- und politische Verhandlungsbereitschaft der PLO. Mit der Annahme von 242 erfolgte die implizite Anerkennung Israels durch die PLO, fordert die Resolution doch die „territoriale Unversehrtheit und die politische Unabhängigkeit eines jeden Staates" im Nahen Osten. Das zum Abschluß des Besuchs von Arafat in Schweden veröffentlichte Kommuniqué präzisierte die Beschlüsse von Algier darüberhinaus dahingehend, daß der Nationalrat „die Existenz Israels als einen Staat in der Region akzeptierte".

Mit diesem gemäßigten, an realpolitischen Gegebenheiten orientierten Kurs folgte die PLO vor allem auch den politischen Bestrebungen der Palästinenser in den besetzten Gebieten. Dazu meinte Ge-

Resolution des Sicherheitsrates 338, 22 Oktober 1973

Der Sicherheitsrat

1. Ruft alle Parteien gegenwärtigen Kampfes auf, das Feuer einzustellen und jede militärische Tätigkeit unverzüglich zu beenden, nicht später als 12 Stunden nach dem Zeitpunkt der Annahme dieses Beschlusses, in den Stellungen, die sie jetzt halten;

2. Ruft alle beteiligten Parteien auf, unverzüglich nach der Feuereinstellung mit der Durchführung der Resolution 242 (1967) des Sicherheitsrates in allen ihren Teilen zu beginnen;

3. Bestimmt, daß unverzüglich und gleichzeitig mit der Feuereinstellung Verhandlungen zwischen den beteiligten Parteien beginnen sollen unter geeigneter Ägide mit dem Ziel, einen gerechten und dauerhaften Frieden in Nahost zustande zu bringen.
Quelle: Israelische Informationszentrale, Jerusalem Januar 1974

orge Habash: „Wir müssen uns im gegenwärtigen Stadium des Palästinakonflikts die politischen Ziele der Intifada klar vor Augen halten, nämlich die Gründung eines unabhängigen Staates in der Westbank und im Gazastreifen. Wir sind ja keine Narren und wissen, daß die Intifada nicht Gesamtpalästina befreien kann. Das palästinensische Volk, die PLO und auch wir von der Volksfront akzeptieren zum gegenwärtigen Zeitpunkt einen Palästinenserstaat in der Westbank und im Gazastreifen."

Georg Stein

Interview mit Bassam Abu Sharif, engster politischer Berater Arafats



Endlich als offizieller Gesprächspartner von den USA anerkannt.

Foto: Thomas Billhardt, aus: Orient-Verlag „Die Palästinenser"

Genf, 16.12.1988

F: Jahrelang haben sich die Amerikaner geweigert, mit der PLO zu reden. Was waren denn die Hauptgründe der US-Regierung, jetzt den Dialog mit der PLO aufzunehmen?

A: Es gab verschiedene Elemente, die die amerikanische Kursänderung beeinflußt haben. Vor allem waren es die Beschlüsse des Palästinensischen Nationalrats von Algier (12.-15.11.1988, Anm. d. Verf.), mit denen die Palästinenser ihre Friedensinitiative vorgelegt haben. Die Ergebnisse des Nationalrats wiederum wurden entscheidend von der Intifada, dem Aufstand in den besetzten Gebieten, bestimmt. Seit über einem Jahr leisten die Palästinenser dem organisierten israelischen Terror Widerstand. Die Intifada hat dem palästinensischen Volk weltweite Sympathien eingebracht. Sie zeigte der ganzen Welt das wahre Gesicht Israels. Natürlich hat auch die klare Rede Arafats vor der UN-Vollversammlung in Genf erneut bestätigt, daß es die PLO mit ihrem Friedensprogramm von Algier Ernst meint.

F: Arafats Rede hat der US-Regierung ja zunächst nicht ausgereicht. Brachte die Präzisierung Arafats auf der Pressekonferenz die Wende?

A: Alles, was Arafat auf der Pressekonferenz gesagt hat, erwähnte er bereits in seiner Rede. Jeder, der die Rede ganau liest, wird das zugeben. Schon in der Rede hat Arafat bei den Ausführungen über die Friedensvorstellungen der PLO Israel namentlich mit einbezogen. Auf der Pressekonferenz erfolgte dann Arafats Klarstellung. Er hat die drei strittigen Punkte nacheinander präzisiert. In der Rede hingegen wurden sie in einzelnen Abschnitten angeführt. Arafat hätte sich schlecht vor die UNO stellen und nur drei Punkte vorlegen können, nach dem Motto: eins, zwei, drei, der Herr sei mit Euch. Arafat hat aber auch auf der Pressekonferenz noch einmal deutlich gemacht, daß man von ihm keinen politischen Striptease verlangen kann.

F: Hat denn Schweden nach Arafats Rede eine schriftliche Erklärung der PLO an die US-Regierung übermittelt, in welcher die drei umstrittenen Fragen bezüglich der Resolution 242, der Anerkennung Israels und der Verurteilung des Terrorismus präzisiert wurden?

A: Schweden und andere Staaten haben beim Einfädeln des Dialogs so eine Art Katalysatorrolle gespielt.

In der Frage der Anerkennung bedarf es genauer Formulierungen. Es geht gegenwärtig um die Anerkennung des israelischen Existenzrechts und nicht um die Anerkennung Israels. Da besteht nämlich ein großer Unterschied. Das Existenzrecht Israels ergibt sich aus dem Teilungsbeschluß 181 der UNO von 1947, der Geburtsurkunde Israels. Die staatliche Anerkennung Israels selbst kann jedoch nur zwischen zwei Staaten geschehen, und nicht zwischen der PLO und Israel. Auf der Grundlage gleicher Rechte hat eine gegenseitige und gleichzeitige Anerkennung im Rahmen der internationalen Friedenskonferenz zu erfolgen.

F: Die US-Regierung hat den Abbruch des Dialogs für den Fall angekündigt, daß es neue palästinensische Terroranschläge geben wird. Besteht die Möglichkeit, daß palästinensische Organisationen, die außerhalb der PLO stehen und deren Politik ablehnen, mit neuen Anschlägen den Dialog gefährden könnten?

A: Die Frage des Terrorismus gehört zu den Hauptthemen, über die die PLO mit den Amerikanern reden möchte. Es geht dabei darum, wie das Massaker an unserem Volk in Palästina gestoppt werden kann, wie man Israel unter Druck setzt, seine Unterdrükkungspraktiken zu beenden. Auf diese Frage müssen wir schnell eine Antwort finden. Zum Schutz der Bevölkerung vor dem organisierten israelischen Terror schlagen wir deswegen vor, die besetzten Gebiete bis zur

Einberufung der internationalen Friedenskonferenz der UNO zu unterstellen.

Terroristische Anschläge kann es überall und zu jeder Zeit geben. Kann denn Reagan garantieren, daß es keine illegalen Aktionen von irgendwelchen amerikanischen Organisationen geben wird? Dafür würden wir ihn ja auch nicht verantwortlich machen. Wenn wir das täten, müßte man z.B. auch Bundeskanzler Kohl und Präsident Mitterand für die Aktionen der RAF bzw. der Action Directe zur Rechenschaft ziehen. Von Gibraltar bis Finnland gibt es wohl kein europäisches Land, welches garantieren könnte, daß es keine terroristischen Anschläge gibt. Die PLO jedenfalls hat den Terrorismus verurteilt.

F: Es war doch aber in den letzten Jahren immer so, daß die Amerikaner und teilweise auch die Europäer pauschal die PLO für alle palästinensischen Anschläge im Ausland verantwortlich gemacht haben, auch wenn es sich z.B. um Aktionen von Abu Nidal handelte.

A: Bei Gruppen wie der von Abu Nidal handelt es sich eigentlich nicht um palästinensische Organisationen. Sie arbeiten vielmehr für arabische Regierungen; sie sind gegen die PLO.

Was künftige Terroraktionen anbelangt sage ich Ihnen jetzt etwas, was die PLO bislang nicht veröffentlicht hat. Wir haben Informationen darüber, daß der israelische Geheimdienst Mossad in den kommenden Monaten in Europa eine Reihe von Anschlägen gegen Synagogen und andere jüdische Einrichtungen plant. Wir haben diese Informationen an verschiedene europäische Regierungen weitergeleitet und sie darauf hingewiesen, auf der Hut zu sein. Die Mossad-Teams befinden sich bereits in Europa. Da sich die PLO ihrer politisch-diplomatischen Verantwortung bewußt ist, spielen wir nicht mit solchen Behauptungen. Damit die PLO von niemandem zu Unrecht beschuldigt werden kann, haben wir einige europäische Regierungen über diese Anschläge informiert. Der Mossad hat in der Vergangenheit schon öfters terroristische Anschläge ausgeführt und Bekennerschreiben z.B. unter dem Namen „Revolutionäre Gruppe Abu Jihad" und was weiß ich noch alles von wem veröffentlicht. Das waren jedoch eindeutig Mossadaktionen. Die PLO wird alles tun, Anschläge palästinensischer Organisationen, die nicht in der PLO sind, zu verhindern; diese Gruppierungen sind, wie gesagt, lediglich Werkzeuge bestimmter arabischer Regierungen. Sollte es dennoch zu Anschlägen solcher Gruppen kommen, wovon ich nicht ausgehe, dann kann auf jeden Fall niemand die PLO dafür verantwortlich machen.

F: Seit wann weiß die PLO von den geplanten Mossadaktionen und welche Staaten in Westeuropa hat sie davor gewarnt?

A: Darüber kann ich nicht reden. Ich möchte in diesem Zusammenhang aber noch etwas erwähnen: Vor etwa zwei Monaten haben wir davon erfahren, daß mehrere Mossadkommandos in verschiedene Teile der Welt geschickt wurden. Ihr Auftrag ist die Ermordung Arafats. Amiran Nir, ein israelischer General, plante die Ermordung Arafats auf seinem Weg zur UN-Debatte nach New York. Nir kam jedoch kürzlich bei einem Flugzeugabsturz in Mexiko ums Leben. Er benutzte einen falschen Namen. General Nir war in den USA sehr bekannt. Er war nämlich der israelische Kontaktmann in der Iran-Contra-Affäre. Oliver North und der gesamte Nationale Sicherheitsrat der US-Regierung kannten ihn sehr gut.

F: Die israelische Regierung ist absolut gegen den US-Dialog mit der PLO. Besteht denn die Möglichkeit, daß sich zumindest der linke Flügel der israelischen Arbeiterpartei in Zukunft mehr der PLO öffnet?

A: Es gibt in der israelischen Gesellschaft in der Tat einen gewissen Wandel. Die Veränderung in der öffentlichen Meinung Israels vollzieht sich dabei zweifelsohne schneller und geht tiefer als der Wandel in den traditionellen politischen Führungsschichten.

In der israelischen Arbeiterpartei gibt es eine neue Generation. Diese steht im Gegensatz zu den alten Parteiführern. Die junge Generation ist teilweise schon heute für eine Lösung mit der PLO. Selbst im Likud gibt es eine kleine Fraktion, die für einen Dialog mit der PLO eintritt. Wir möchten uns nicht in die innerisraelischen Angelegenheiten einmischen und können den Israelis auch nicht ihre politischen Vertreter wählen. Wir sind auf jeden Fall bereit, im Rahmen einer internationalen Friedenskonferenz mit den Israelis zu verhandeln. Wir hoffen, daß es der jungen Generation in der Arbeiterpartei und im Likud gelingt, die alte Führungsschicht davon zu überzeugen, daß es keine andere Lösung gibt, als sich zusammenzusetzen und miteinander zu reden. Ohne friedliche Lösung gibt es nicht nur für die Palästinenser, sondern gerade auch für Israels junge Generation keine Zukunft. Die Amerikaner können die Israelis zweifellos beeinflussen, genauso wie das ein Vater mit einem mißratenen Kind tun kann. Die USA haben doch einen großen moralischen, politischen und wirtschaftlichen Einfluß auf Israel. Israel könnte ohne die 7 Milliarden US-Dollar, die es jährlich von amerikanischen Steuerzahlern erhält, gar nicht überleben.

F: Welche Rolle können die Europäer jetzt im Friedensprozeß übernehmen?

A: Auch die europäischen Staaten können eine positive Rolle übernehmen, nicht in dem Sinn, daß sie politischen Druck ausüben, sondern indem sie mit Israel über die Notwendigkeit einer Verhandlungslösung reden. Einer Friedenslösung mit zwei Staaten in Palästina. Die Europäer können Israel davon überzeugen, daß es keinen anderen Weg gibt, als sich zusammenzusetzen und miteinander zu reden. Wir haben noch einen langen Weg vor uns und wir haben keine Illusionen; wir wissen, daß es kein leichter Weg ist.

Bassam Abu Sharif war entscheidend am Zustandekommen des Dialogs zwischen den USA und der PLO beteiligt.

Das Interview führte Georg Stein.

Der Widerstand weitet sich aus

Ein Delegationsbericht

In der Türkei werden die Menschenrechte weiterhin verletzt. Dies vermittelt nicht nur der im letzten Herbst von amnesty international (ai) veröffentlichte Bericht. Auch eine Delegation von Rechtsanwälten und Journalisten, die im November 1988 nach Istanbul reisten, haben sich vor Ort in Gesprächen mit Mitgliedern von TAYAD, dem Hilfsverein der Familienangehörigen der politischen Gefangenen, und als Teilnehmer beim Dev Sol Prozeß über die Lage informiert und bestätigten die von ai gemachten Aussagen.



Massenprozeß im Istanbuler Militärgefängnis: 1250 Angeklagte

Bundespräsident Richard von Weizäcker gab sich ganz als staatsmännischer Gastgeber: „Der von Ihnen verkündete Zeitplan für die Rückkehr zur Demokratie wurde voll eingehalten," schmeichelte das liberale Gewissen der Nation dem ehemaligen Putschgeneral Evren, der sich inzwischen seriöser als Staatspräsident der Türkei bezeichnet und in dieser Funktion Mitte Oktober die Bundesrepublik besuchte. Der so Gelobte wußte denn auch, wie man sich zu bedanken hat: Er sei für die Abschaffung der Todesstrafe in der Türkei, ließ er die Deutschen wissen. Auch sonst hatte der scheinbar Geläuterte Menschenrechtsfreundliches im Gepäck. Schon im März dieses Jahres hatte die Türkei als eines der ersten Länder die Anti-Folter-Konvention der Europäischen Gemeinschaft unterzeichnet, der die wirtschaftlich angeschlagene Türkei gern beizutreten wünscht. Als Vorbote eröffnete der türkische Staatsminister Yusuf Özal vor kurzem schon mal die „erste Erlebnis- und Leistungsschau" in den Hamburger Messehallen. Steht es also wirklich zum Guten mit den Menschenrechten im NATO-Partnerland und EG-Aspiranten Türkei?

Um zu erfahren, wie die Situation in der Türkei tatsächlich aussieht, flogen wir in einer Delegation von Anwälten und Fernsehjournalisten Ende November nach Istanbul. Eingeladen waren wir von TAYAD, dem Hilfsverein der Familienangehörigen der politischen Gefangenen. Immer noch befinden sich von den rund 250.000 Menschen, die seit dem Putsch des Generals Evren im September 1980 aus politischen Gründen verhaftet wurden, 15.000 in Haft. Am Flughafen begrüßt uns der TAYAD-Vorsitzende Mustafa Eryüksel. Untergebracht werden wir bei einer Lehrerfamilie, deren Sohn Messud im DEV SOL-Massenprozeß vor Gericht steht. DEV SOL ist die Abkürzung für „Devrimci Sol", revolutionäre Linke.

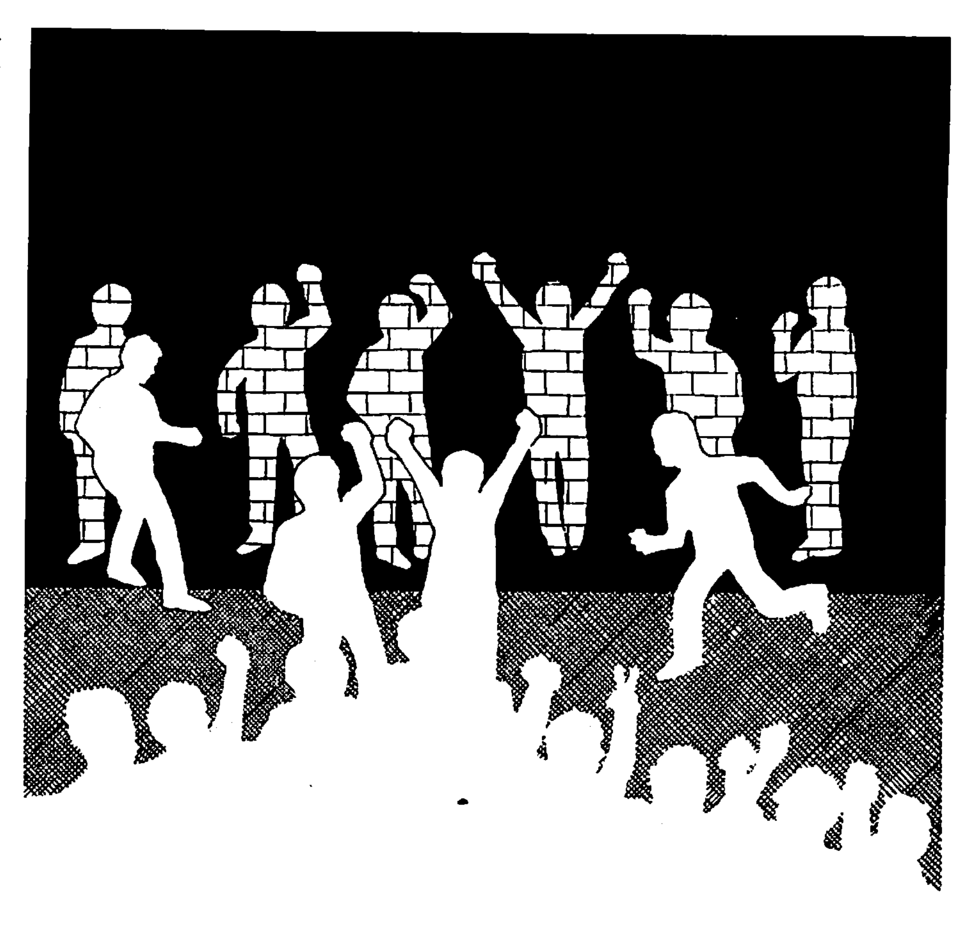
Der Staatsanwalt hat für Messud die Todesstrafe gefordert. Zwar ist die Todesstrafe seit 1984 nicht mehr vollstreckt worden. Was aber von den Worten des Generals Evren zu halten ist, zeigt die Aussage des Vorsitzenden des Rechtsausschusses im Parlament: Die Forderung nach Abschaffung der Todesstrafe sei „die Privatmeinung eines Generals".

Messud ist im Gefängnis nicht ganz so hart gefoltert worden wie andere Gefangene – allerdings nicht aus plötzlich entdeckter Menschenfreundlichkeit des Geheimdienstes MIT. Messud hat keine Hände mehr. Da funktionierten Foltermethoden wie zum Beispiel das Aufhängen an den Händen nicht mehr. Messuds Eltern stehen zu ihm.

Erst einen Tag vor unserer Ankunft ist eine größere Demonstration von Angehörigen von der Polizei auseinandergetrieben worden. Viele, erfahren wir im TAYAD-Büro, sind geschlagen und verhaftet worden. Trotzdem freut man sich in dem Büro, uns zu sehen. Nach einem Brandanschlag – verantwortlich vermutlich: der türkische Geheimdienst MIT – sind die TAYAD-Leute umgezogen in drei kleine, schlicht eingerichtete Altbauräume. An den Wänden Skulpturen der Gefangenen aus aufge-

weichtem Zeitungspapier: Ein Mann aufgehängt an den Fäusten, ein zusammengefalteter Körper, eingequetscht in einen LKW-Reifen. Alltag in einem Land, das planmäßig zur Demokratie zurückkehrt.

Ein altes Ehepaar erzählt, daß 32 Personen festgenommen wurden. Die alte Frau selbst wurde in den Bauch geschlagen. Die Festgenommenen wurden bis zum späten Abend auf der berüchtigten ersten Polizeiwache Birinci Sübe festgehalten. Alle wissen, daß sich in dieser Wache in fünf unterirdischen Etagen Folterkeller befinden.



Noch am Nachmittag versammeln sich die Angehörigen vor dem Justizpalast am Sultan-Achmed-Platz zu einer Protestkundgebung. Wir warten auf die Vorführung der Verhafteten vor den Staatsanwalt. Uns fällt eine Frau mit Brandverbänden an Armen und Hals auf: Sie hat sich vor ein paar Tagen mit Benzin übergossen und angezündet, weil sie verzweifelt war und Angst hatte, daß ihr Sohn im Gefängnis beim Hungerstreik stirbt. Sie konnte gerettet werden. Heute ist sie wieder da und demonstriert mit. Spät am Abend teilt Verteidiger Ibrahim Mavioglu mit, daß zwölf Verhaftete wieder freigelassen wurden. Die anderen 20 bleiben ohne Angabe von Gründen weiter in Haft. Sie werden umgehend in die politische Abteilung des Sagmancilar-Gefängnisses gebracht, wo auch sie sofort einen Hungerstreik beginnen. Es ist zu befürchten, daß sie später der Teilnahme an einer illegalen Aktion angeklagt werden.

Obwohl die Gefahr groß ist, selbst hinter Gefängnismauern zu verschwinden, gehen die Aktivitäten der TAYAD-Angehörigen weiter. So gerät auch der Besuch am Grab eines der vier Revolutionäre, die im Todesfasten um die Erleichterung der Haftbedingungen 1984 starben, zur Demonstration: Die Angehörigen entrollen Transparente, rufen Parolen und singen revolutionäre Trauerlieder. Auch die Mütter der Toten sind da. Keine weint. Alle heben die Faust. Im Gehen streichelt eine der Mütter das Bild des Sohnes auf dem Grab.
Am nächsten Tag sind wir Zeugen einer kleineren Aktion auf dem Sultan-Achmed-Platz. Vier Mütter in Leichenhemden verbrennen symbolisch Kopien des „1. August-Dekrets“, mit dem die Regierung die Haftbedingungen erneut verschärft hat, und das inzwischen, nicht zuletzt wegen der vielen Protestaktionen und des Hungerstreiks von 2000 Gefangenen, teilweise wieder zurückgenommen werden mußte. Vertreter aller großen Zeitungen wie „Hurriyet“, „Tercüman“ und „Milliyet“ sind da und fotografieren. Auch wir filmen die Aktion auf dem Platz, auf dem die zur Hagia Sophia strömenden Touristen für eine begrenzte Öffentlichkeit sorgen. Nach zehn Minuten verstreuen sich alle, noch bevor die Polizei irgendjemanden festnehmen kann.

Die Männer und Väter, für die die Angehörigen kämpfen, sind derzeit angeklagt im DEV SOL-Massenprozeß. Nach einer Leibesvisitation dürfen wir auf der Pressebank Platz nehmen. Auf dem Gang ins Metris, dem Istanbuler Militärgefängnis, stehen Soldaten mit Maschinenpistolen. 1250 Menschen sind in diesem Schauprozeß angeklagt, alle wegen Mitgliedschaft und „Sympathisantentums“ zur Organisation DEV SOL. Nur wenige der Angeklagten sind überhaupt anwesend: Gegen 1170 von ihnen wird das Verfahren in Abwesenheit geführt. Trotz des schwebenden Verfahrens wurden sie, nach willkürlich erscheinenden Kriterien, freigelassen. Jetzt werden die meisten beschattet: Auf diese Weise hofft der Geheimdienst die in der Illegalität bestehenden Strukturen auszuspähen. Für die meisten der so Freigelassenen hat Staatsanwalt Recep Sözen kurz zuvor die Todesstrafe gefordert. Rözen hat Vorstellungen von Recht und Ordnung, über die General Evren beim demokratischen Small-Talk mit dem Bundespräsidenten vermutlich nicht geplauscht hat: Er ist gern persönlich anwesend, wenn in den Kellern der Polizeiwache gefoltert wird.

Von den anwesenden Angeklagten verlesen einige die 1500 Seiten starke Prozeßerklärung: Was sie vorbringen, werden wohl weder die türkischen Machthaber noch ihre europäischen Partner gern hören.

Die nationalen und internationalen Konzerne, so die Angeklagten, würden den von der Junta geschaffenen Unterdrükkungsapparat zur Zerschlagung der Gewerkschaften und zur rücksichtslosen Durchsetzung ihrer Profitinteressen nutzen. Die Statistik zeigt, daß diese Vorwürfe nicht aus der Luft gegriffen sind: Schon in den ersten sechs Jahren nach dem Putsch wurden die Löhne und Gehälter real um die Hälfte gesenkt, während die Konzerne in nur drei Jahren, so der „Türkei-Informationsdienst“, ihre Profite um das 56fache steigern konnten. Die Tariflöhne, gab selbst das „Handelsblatt“ zu, sind inzwischen auf ein Viertel der Löhne in den klassischen Billiglohnländern Taiwan und Südkorea abgesunken. Der Monatslohn eines Arbeiters beträgt durchschnittlich 140 Mark, die billigste Wohnung kostet 100 Mark Miete.

Den beisitzenden Richter zur Rechten in diesem Schauprozeß scheint das nicht zu interessieren. Schon nach zehn Minuten schläft er fest. Sein Kollege linkerhand hält immerhin bis zum Nachmittag durch. In der Mittagspause erzählen die Angeklagten Ibrahim Erdogan und „Yeni-Cözüm“ – Ex-Chefredakteur Ertugrul Mavioglu, was die Richter vermutlich ebenfalls nicht um ihren Schlaf bringen würde, von den Foltermethoden. Von der Stromfolter, der sie noch

bis vor wenigen Monaten ausgesetzt waren, berichten sie, daß die Folterbeamten jetzt dafür sorgen, daß an den Stellen, an denen die Elektroden angesetzt werden, keine Brandwunden mehr nachweisbar sind. Ibrahim erzählt, daß er zweimal mit Frau und Kind festgenommen wurde. Auch sie wurden gefoltert.

Von Sinan Kokul erfahren wir, daß auch die Aussagen der meisten Angeklagten nur unter Folter zustandegekommen sind. Fast alle distanzieren sich denn auch während des Prozesses von ihrer Zeugeneigenschaft. Einige Zeugen haben laut Sinan ausgesagt, daß sie während der Ermittlungsverfahren mit verbundenen Augen Personen identifizieren sollten. Dem Kommandanten von Sagmacilar wird die Auskunftsfreudigkeit der Angeklagten vor laufenden Fernsehkameras unheimlich. Er will uns das Filmen verbieten. Obwohl in diesem Prozeß das Militär die Sitzungsgewalt hat, gelingt es ihm nicht. DEV SOL-Gründer Dursun Karataş greift aus dem Hintergrund ein, reißt die neu eingeführten Gitter, die die Angeklagten von uns trennen sollen, ein, beschwert sich lautstark bei den Soldaten. Schließlich setzt er sich durch. Auch die mehrmaligen Hinweise auf unsere internationalen Presseausweise dürften ihre Wirkung auf den Kommandanten nicht ganz verfehlt haben. Immerhin war es das erste Mal seit acht Jahren, daß ein offizielles Fernsehteam in einem politischen Prozeß Aufnahmen machte.

Auf dem Weg zurück in die Stadt macht uns Sevgi Erdogan, die Frau Ibrahims, auf den Geheimdienstwagen aufmerksam, der uns folgt. Die TAYAD-Mitglieder kennen ihre Spitzel seit Jahren genau.

Die Anti-Folter-Konvention der EG wurde im August ratifiziert. Mindestens fünf Menschen sind in der Türkei allein im ersten Halbjahr 1988 unter der Folter gestorben. Auf die Pressekonferenz, die wir nach unserer Rückkehr in Hamburg abhalten, kommt kaum jemand. Schließlich wissen doch alle, daß die Türkei ihren Fahrplan zurück zur Demokratie genau einhält.

Weitere Informationen:
A. Friedetzky
Holstenstr. 114
2000 Hamburg 50

Spendenaufruf für TAYAD:
Stichwort A. Friedetzky, Haspa-Konto: 1250/120357, BLZ 200 505 50.

Internationales Tribunal gegen das Regime in der Türkei

Ein „Internationales Tribunal gegen das Regime in der Türkei" wurde anläßlich des 40. Jahrestages der Deklaration der Menschenrechte am 10./11. Dezember letzten Jahres in Köln abgehalten. Eine international besetzte Jury aus Schriftstellern, Wissenschaftlern, Politikern etc. prüfte die umfangreichen Anklageschriften und hörte dazu ZeugInnen und Sachverständige. Dabei ging es um die Repression gegen die Presse und gegen Oppositionelle, um Folter und die Unterdrückung der Frauen, um die Verbote und Beschränkungen gewerkschaftlicher Rechte, um die Verfassung von 1982, um den inneren Krieg der türkischen Regierung gegen die Kurden ebenso wie um die Militär- und Polizeihilfe, die das türkische Regime vor allem von der Bundesrepublik erhält.

In dem Urteil heißt es u.a.:
„Der Militärputsch vom 12.9.1980 — Generalangriff auf die politischen und sozialen Rechte der Völker der Türkei — hat unermeßliches Leid über weite Teile der türkischen und kurdischen Bevölkerung gebracht und große Teile der politischen Opposition physisch oder psychisch handlungsunfähig gemacht.

Seit dem 12.9.1980 starben mindestens 229 Menschen durch Folter, 50 wurden hingerichtet, mehrere Hundert in anderer Weise ermordet. Über eine Million Menschen wurden Ermittlungs- und Strafverfahren unterworfen. 650.000 Menschen wurden festgenommen, 210.000 Prozesse wurden eingeleitet. 30.000 Menschen mußten wegen ihrer politischen Auffassung ihre Heimat verlassen.

Dies ist die Bilanz von 8 Jahren Militärherrschaft in der Türkei."

Die Jury stimmte den Anklageschriften in sämtlichen Punkten zu und formulierte entsprechende Forderungen. Anklageschriften und Materialien des Tribunals sind erhältlich bei:

R. Hasselbring, Postfach 91 08 43, 3000 Hannover 91.

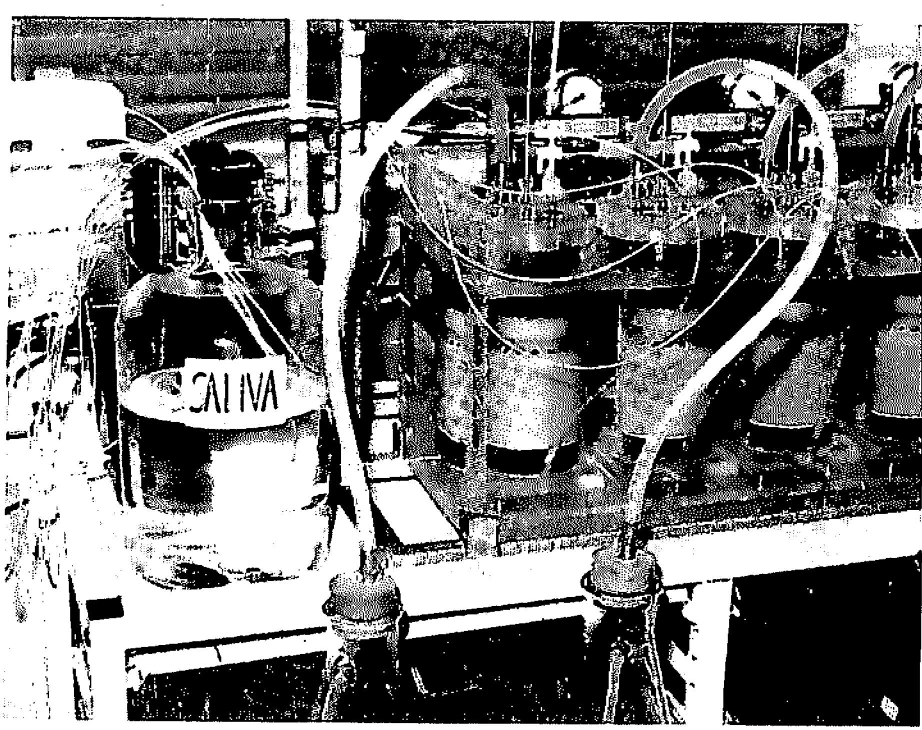


Die Zukunft der Welternährung im Griff des Agrobusiness

Die Kuh von morgen gibt es schon heute, vorläufig allerdings erst als Einzelexemplar. Sie heißt RUSITEC und steht im Landwirtschafts-Biotechnologiezentrum bei Wien, das von der FAO und der Internationalen Atomenergie-Agentur (!) gemeinsam betrieben wird.

RUSITEC kann in ihrem Kuhmagen bei normaler Fütterung unter günstigen physiologischen Bedingungen mit Wärme, Säuregehalt und Speichelfluß unbeschränkt Mikroorganismen am Leben erhalten. Ihre Aufgabe ist, verschiedene Futtermittel zu kauen, damit die Wissenschaftler Ernährungsgrad und Verdauungsfreundlichkeit unterschiedlicher Nährstoffe (und chemischer Produkte) feststellen können. Mit den friedlich grasenden Kühen von der Alm hat RUSITEC außer den gemeinsamen chemischen Abläufen der Verdauung indes nichts mehr gemein. Sie besteht nur aus einer Anhäufung von technischen Apparaten (siehe Foto).

Bei sorgfältiger technischer Weiterentwicklung wird sie eines Tages auch Milch produzieren können und in Form einer Fabrik dort errichtet werden, wo heute noch ein traditioneller Kuhstall steht.



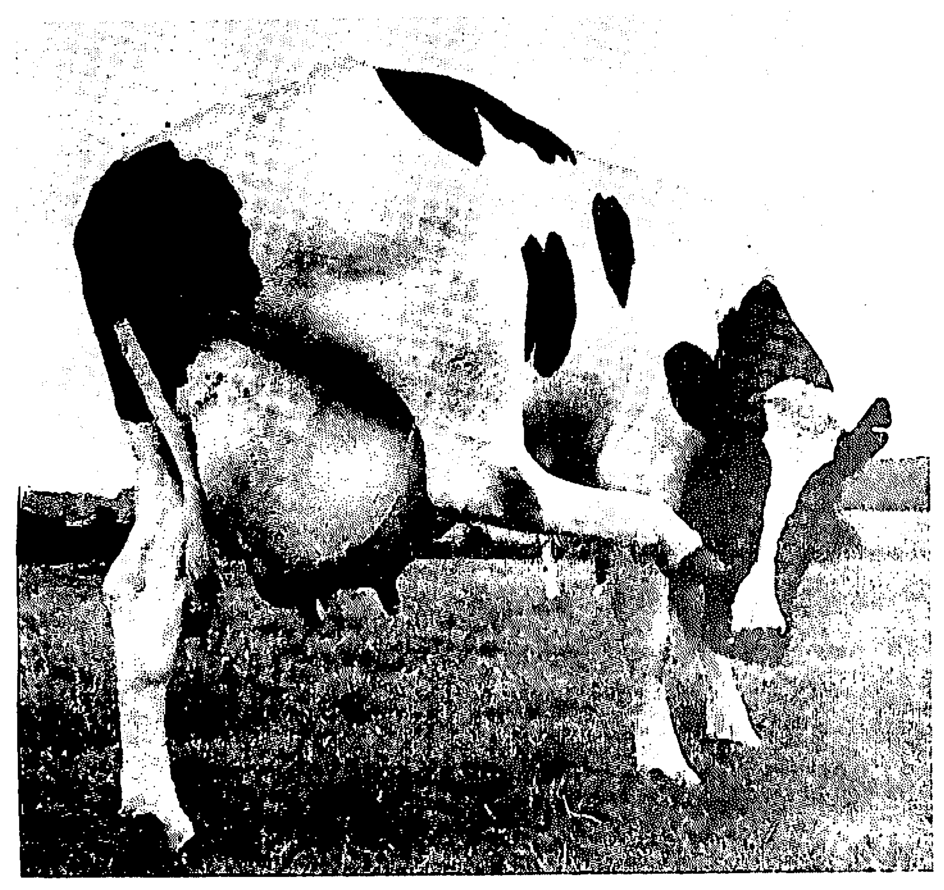
Das Foto zeigt die künstliche Kuh bei der Verdauung *Foto: FAO/IAEA*

Diese Zukunftsvision ist angesichts des heutigen technologischen Wissensstandes vielleicht etwas weit gegriffen, aber die sich abzeichnenden bio- und gentechnologischen Möglichkeiten setzen der Phantasie keine Grenzen. „Die Auswirkungen der Genrevolution werden so viel größer sein, daß die Leute sich wahrscheinlich im Jahr 2000 nicht einmal mehr an die Grüne Revolution erinnern werden", sagt Pat Mooney, kanadischer Agrarwissenschaftler und einer der bekanntesten Kritiker der Bio- und Gentechnologie.

Träger der zukünftigen Entwicklung sind die großen Transnationalen Konzerne des Agro-/Chemie- und Nahrungsmittelsektors, die ihre Konzernstrategien zunehmend auf die Bereiche Bio- und Gentechnologie ausrichten. Über ihre Verflechtung mit universitärer Grundlagenforschung und „unabhängigen" Forschungsinstitutionen bestimmen sie letztendlich, was, wann und wo die kapitalintensive Forschung stattfindet und welche Prozeßtechnologien angewendet werden.

Bereits heute wickeln die Transnationalen Konzerne 80% der Agrarexporte der „Dritten Welt" ab. Sechs Unternehmen kontrollieren 85% des Weltgetreidehandels (Cargill, Continental, Louis Dreyfus, Bunge & Born, Mitsui Cook, Andre/Garnac), vier Unternehmen beherrschen 80% des Weltkakaomarktes (Gill & Druffus, Cadbury-Schweppes, Nestle, Rowntree), und ein einziger Konzern kontrolliert den gesamten Welthandel an Palmöl und 1/3 des Weltmargarine- und Speiseölmarktes (Unilever). Die Exportorientierung ihrer Produktion läßt viele Länder zunehmend zu Lieferanten billiger pflanzlicher Rohstoffe werden, die dann unter der Kontrolle der Transnationalen Konzerne zu Fertigmenüs oder industriellen Produkten weiterverarbeitet werden. Die Bevölkerung dieser Länder sieht sich steigender Arbeitslosigkeit durch Rationalisierung in der landwirtschaftlichen Produktion bei weiterer Konzentration des Landbesitzes und steigenden Preisen für einheimische Nahrungsmittel gegenüber. Der Internationale Währungsfonds unterstützt diese Politik oder erzwingt sie gar mit Hilfe seiner wirtschaftlichen Konditionen, die den Unternehmen günstige Investitionsbedingungen schaffen (Infrastrukturmaßnahmen, Senkung des Lohnniveaus, Freizügigkeit des Gewinntransfers). Die steigende Produktion künstlicher Rohstoffe wird zu weiterem Preisverfall auf den Rohstoffmärkten führen und die Devisenerlöse senken. Damit wird der Knebel der Auslandsverschuldung für viele Länder noch fester angezogen. Selbst für sogenannte Schwellenländer wie Mexiko oder Brasilien wird es angesichts dieser ökonomischen Bedingungen schwierig, die riesigen Investitionen aufzubringen, die nötig wären, um eine eigenständige biotechnologische Forschung und die dazugehörige Prozeßtechnologie zu finanzieren.

Gleichzeitig findet eine qualitative Veränderung in den strukturellen Abhängigkeiten vieler Länder der „Dritten Welt" von Transnationalen Konzernen im Agro- und Chemiesektor statt. Die Macht der Konzerne wird sich nicht länger vorwiegend auf die



Früchte des Fortschritts: die wandelnde Milchmaschine ...

direkte Kontrolle der Produktion erstrekken, sondern über die Monopolisierung technischen Know-hows im Bereich Biotechnologie/Agrochemie eröffnen sich den Konzernen Möglichkeiten, die verschiedenen Stufen des agrochemischen Produktionsprozesses von der Konzernzentrale aus fernzusteuern (vom Saatgut über Pestizide bis zum Fertigprodukt). Die Transnationalen Konzerne könnten dadurch eine politische Macht erlangen, die sie auch eine Nationalisierung ihrer Produktionsstätten in Ländern der „Dritten Welt" nicht mehr fürchten läßt. Der geplante europäische Binnenmarkt wird den Spielraum ihrer Aktivitäten weiter erhöhen und die Konzentrationsprozesse beschleunigen.

Nutznießer der Weltagrarmarktordnung ist z.B. die Firmengruppe Ferruzzi, die ihre Aktivitäten in der „Dritten Welt" auf den Bereich der nachwachsenden Rohstoffe konzentriert hat und sich inzwischen auf allen Ebenen der zukunftsträchtigen Biotechnlogoie Know-how angeeignet hat. **Michael Windfuhr** setzt sich in diesem Heft mit Aufstieg und Firmenstrategie von Ferruzzi auseinander.

Die Auswirkungen der biotechnologischen Entwicklung auf die Bevölkerung in der „Dritten Welt" werden schwerwiegend sein. In der (Subsistenz-)Landwirtschaft in Afrika, Asien und Lateinamerika tragen Frauen die Hauptlast der landwirtschaftlichen Arbeit, sie entscheiden über Anbauweise und Ernährung. Die systematische Zerstörung der Landwirtschaft durch die „Grüne Revolution" brachte ihnen bereits eine Verschlechterung ihrer ökonomischen und gesundheitlichen Situation sowie ihrer sozialen Stellung. Daß die Gentechnik diesen Prozeß noch beschleunigen wird, zeigt **Helga Satzinger** in ihrem Artikel auf.

Zunächst und unmittelbar werden Familien von Kleinbauern getroffen, die vom Anbau der Pflanzen leben, bei denen die Substitutionsprozesse oder die biotechnischen Verfahren am weitesten entwickelt sind. Zum Beispiel werden durch die Substitution von Vanille Tausende von Kleinbauern auf Madagaskar arbeitslos werden, ebenso wie Ölpalmenpflanzer, die gegen die ökonomische Macht des Unilever-Konzerns chancenlos sind.

Weitreichender können sich die Folgen der Generosion auswirken. Die Züchtung von Hochertragssorten und die Durchsetzung der „Grünen Revolution" hat die Vielfalt der Natur zerstört. 95% unserer Nahrung stammen inzwischen von 30 Pflanzensorten. Je schmaler die genetische Basis der Nahrungsmittelproduktion wird, je weniger Pflanzensorten angebaut werden, desto größer wird die Anfälligkeit für epidemieartige Infektionen. Solche Epidemien hat es bereits in Indonesien und auf den Philippinen beim Reisanbau gegeben. In Indien sind inzwischen von ehemals 50.000 Reissorten die meisten verschwunden, nur noch 30 Sorten bestimmen den Markt. In Europa findet 95% des Roggenanbaus mit drei Sorten statt, und in ganz Brasilien wird nur noch eine Kaffeesorte angebaut. Die Generosion läßt ähnliche Katastrophen wie die große irische Hungersnot durch Kartoffelfäule im 19. Jahrhundert wieder ins Bewußtsein rücken. Jahrhundertelange Erfahrungen in der Landwirtschaft und Anbautraditionen werden in wenigen Jahren dem Profitdenken und den „Entwicklungs"vorstellungen von Regierungen geopfert. Hungerkatastrophen werden so langfristig vorprogrammiert.

Daran werden auch einzelne NGO-Projekte zur Förderung traditioneller Anbaumethoden und Ansätze zur Errichtung lokaler Genbanken nichts ändern können. Bereits jetzt befinden sich ca. 90 % des weltweiten genetischen Materials in den Genbanken der Metropolen, zu denen Konzerne oft ungehinderten Zugang haben.

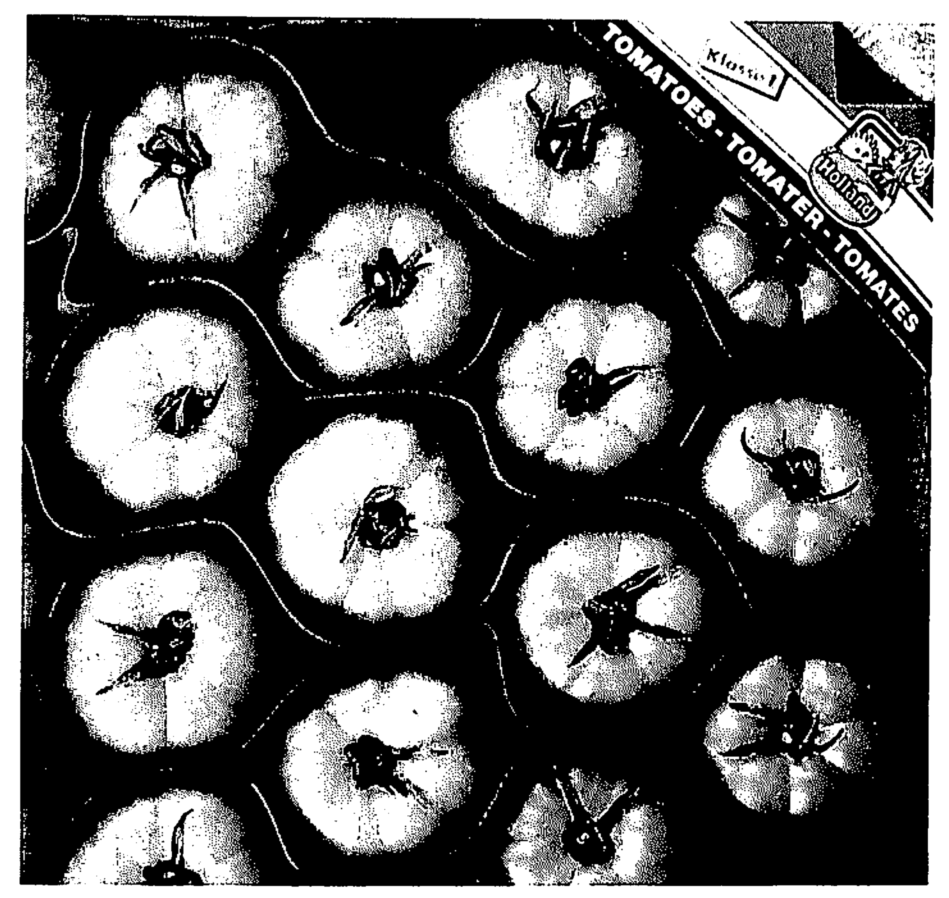
Die Chemiekonzerne, die sich zunehmend ins Saatgutgeschäft einkaufen, verwenden diese genetischen Informationen jedoch nicht, um Saatgut oder Pflanzen gegen äußere Bedingungen wiederstandsfähiger zu machen, sondern sie setzen die genetische Manipulation ein, um die Pflanzen gegen das von ihnen selbst verkaufte Herbizid resistent zu machen (Artikel von **Martin Thurau**). In diesem Bereich ist die gentechnologische Forschung am weitesten fortgeschritten, weil ein umsatzstarker Markt vorhanden ist. Die paradoxe, aber profitrationale Entwicklung von herbizidresistenten Pflanzen zeigt deutlich, wohin die Reise geht. „Für einen Pflanzenschutzmittelhersteller wie BAYER kann es nicht darum gehen, ertragreiche Pflanzen zu konstruieren. Pflanzen sollen widerstandsfähiger gemacht werden gegen Substanzen (gemeint sind Herbizide), die ihr sonst schaden", erklärt Dr. Kraus, BAYER-Institutsleiter der Abt. Biotechnologie.

Die Entwicklung der Landwirtschaft und der Nahrungsmittelproduktion muß in Zusammenhang gesehen werden mit der Entwicklung von Atomtechnologie, Mikroelektronik und Computertechnik. Die Tendenz zur weiteren Internationalisierung ökonomischer Prozesse, weltweiter Rationalisierung und Unternehmenskonzentration führt in allen Bereichen zur Verstärkung internationaler Ausbeutungsstrukturen unter der Führung kapitalistischer Regierungen und Transnationaler Konzerne. Dennoch geht es um eine neue Dimension. In der Gentechnologie liegt die Gefahr der Manipulation von Lebewesen, durch versehentlich freigesetzte Mikroorganismen oder bewußte Manipulation nach den Interessen derer, die über das technologische Wissen verfügen oder die politische Macht verfügen. Daß der Versuch, Natur und Technik vollständig zu beherrschen öfter fehlzuschlagen pflegt, zeigen Harrisburg/ Tschernobyl/Biblis hinreichend.

Deshalb ist jede weitere Forschung mit genetisch manipulierten Lebewesen generell abzulehnen. Andererseits können Bio- und Gentechnologie zu Ergebnissen führen, die theoretisch für die Menschen „positiv" sind, wie z.B. bei der Entwicklung neuer Medikamente (zur Begriffsdefinition und Anwendung von Bio- und Gentechnologie siehe Artikel von **Tilman Lamparter**).

Die Frage, ob sich Kriterien formulieren lassen, bei denen bio- und gentechnische Verfahren angewendet werden dürfen erübrigt sich, wenn wir die Bedingungen anschauen, unter denen bei uns Forschung stattfindet.

Forschungspolitik ist immer eine Politik für das Kapital gewesen. Die Entwicklung der Atomforschung hat reichlich Erfahrungen hinterlassen, die es bei einer Kritik an der Gentechnologie zu berücksichtigen gibt. Durch Kapitalverflechtung von Industrie und Universitäten bzw. „unabhängigen" Forschungsinstitutionen wird Forschung zunehmend unter dem Aspekt der Verwertbarkeit für das Kapital betrieben. Ergebnisse, die an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet sind, kommen höchstens als Nebenprodukt heraus, sind aber nicht Ziel der Forschung. Es kann deshalb nicht unsere Aufgabe sein, Anwendungsmöglichkeiten für die neuen Technologien zu diskutieren.



... und geschmacksneutrale verpackungsfreundliche Einheitstomaten

Biotechnologie wird nicht zufälligerweise gerade jetzt als Technologie zur Beseitigung von Umweltschäden und zur Sicherung der Welternährung propagiert, wo das Ausmaß der bereits angerichteten Umweltzerstörung der Erde gerade erahnbar wird, in einer Zeit, in der schon der Regen nicht mehr als Trinkwasser genießbar ist und der Atrazingehalt des Grundwassers steigt.

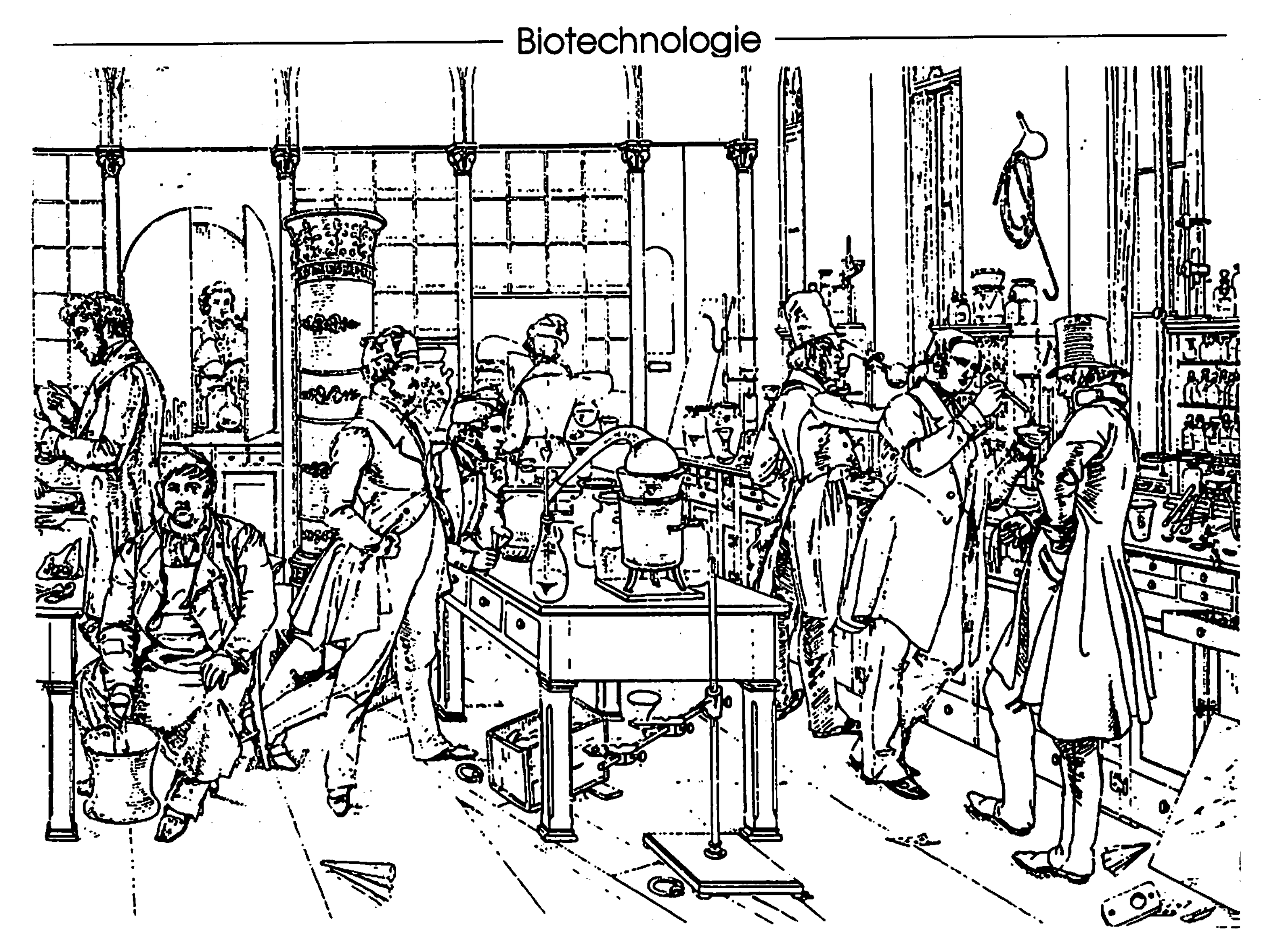
In der Weltlandwirtschaft, die durch Koloniale Ausplünderung, Modernisierungsstrategien und „Grüne Revolution" systematisch den Verwertungsinteressen des Kapitals angepaßt und ökologisch ruiniert wurde, sollen neue resistente Pflanzensorten oder stickffixierende Bakterien die Erträge erhöhen und die Eskalation der Schäden verhindern. Doch wie die Teflonpfanne als Ergebnis der Weltraumforschung vielleicht die Bratprobleme einiger Haushalte löst, gleichzeitig jedoch für eine Erhöhung der Krebsrate in der Bevölkerung sorgt, sind die Risiken vieler biotechnologischer Verfahren noch gar nicht überschaubar, weil die Auswirkungen der komplizierten Prozesse weder aus der Grundlagenforschung noch aus Versuchen hinlänglich bekannt sind.

Landwirt der Zukunft bei der Feldarbeit

Entwickelt oder angewendet werden ohnehin nur die Verfahren, die profitversprechend sind. Die unvermeidlichen Nebenwirkungen der menschenverachtenden kapitalistischen Produktion sollen durch die Entwicklung einer neuen Technologie auf höherer technologischer Stufe beseitigt werden. In der herrschenden Wissenschaftslogik konsequent weitergedacht wird eines Tages auch die Genmanipulation am Menschen ihre Legitimation finden, weil dann vielleicht nur noch genetisch veränderte „resistente" Menschen überlebensfähig sein werden.

Die Frage nach Chancen und Risiken der Biotechnologie, die oft im Vordergrund der Diskussion steht, kann also nicht unabhängig von den bestehenden ökonomischen und gesellschaftlichen Bedingungen gesehen werden. Anders gesagt: Die Tendenz zum tiefgekühlten Fertigmenü für den Mikrowellenherd auf der einen, zu Hungerkatastrophen auf der anderen Seite, wird nicht aufzuhalten sein, solange das Kapital die Verfügungsgewalt über die Technologien hat und die Weltökonomie sich am Profit orientiert.

Uwe Hartwig



Klonen soll sich lohnen

Gen- und Biotechnologie in der Landwirtschaft

Gen- und Biotechnologie sind in letzter Zeit aus verschiedensten Richtungen zunehmend ins Schußfeuer der Kritik geraten. Oft ist allerdings nicht richtig klar, welche Bereiche Gen- und Biotechnologie umfassen.

Je nach politischem oder gesellschaftlichem Standpunkt wird unter diesen Technologien etwas anderes verstanden; oft werden mit Gentechnologie Produktionsweisen bezeichnet, die eigentlich unter den Bereich der Biotechnologie fallen. Dabei ist die wirtschaftliche Bedeutung der Biotechnologie heute bei weitem größer, so daß es eher gerechtfertigt wäre, die Gentechnologie als einen Unterbereich der Biotechnologie zu sehen. Im folgenden soll versucht werden, Gen- und Biotechnologie näher zu definieren und aufzuzeigen, in welchen Bereichen, die die Landwirtschaft betreffen, sie eingesetzt werden und wo jetzt und in Zukunft ihr Einsatz möglich ist.

Gentechnologie:

Gemeint ist damit eine gezielte und direkte Manipulation des Erbmaterials von Tieren, Pflanzen und Mikroorganismen. Mit einem ständigen Anwachsen des Wissens über die molekularen Grundlagen der Vererbung wurde es möglich, Gene einzelner Merkmale in Organismen einzuschleusen. Bevor es möglich ist, ein Gen einer gewünschten Eigenschaft in einen Organismus einzubringen, müssen jedoch mehrere Bedingungen erfüllt sein:

-Ein Gen dieser Eigenschaft muß existieren, bekannt sein und isoliert werden können.

-Für den Organismus muß ein System gefunden werden, mit dessen Hilfe es möglich ist, das Gen einzuschleusen.

-Die Regulation der „Gen-Expression" muß funktionieren. Gen-Expression nennt man das Umsetzen der genetischen Information der DNA (dem Träger der genetischen Information) in Proteine. Für die Regulation dieses Ablaufs sind — zusätzlich zum eigentlichen Gen — weitere DNA-Sequenzen nötig, die von einem Organismus zum anderen und je nach Funktion des Proteins verschieden sind.

An allen diesen Punkten stoßen die Gentechniker an Grenzen — bei weitem nicht alle Ziele, die der Öffentlichkeit gegenüber geäußert werden, lassen sich mit Hilfe der Gentechnologie erfüllen.

So kommt es, daß der Haupteinsatzbereich der Gentechnologie noch immer in der Forschung liegt. Ihre Anwendung in der Produktion ist z. Zt. beschränkt auf Mikroorganismen. Hier geht es vor allem um die Herstellung von Medikamenten wie Insulin, Interferon o. ä.

In der Landwirtschaft ist der Einsatz der Gentechnologie an zahlreichen Stellen denkbar: Sowohl bei der gentechnischen Manipulation von Nutzpflanzen und Tieren, als auch bei der Verwendung gentechnisch veränderter Mikroorganismen in den der Landwirtschaft vor- und nachgeschalteten Bereichen. Zum ersteren gehört z. B. der Einsatz von Mikroorganismen, die für die Düngung oder Schädlingsbekämpfung eingesetzt werden können, zum letzteren gehört die Verwendung von Mikroorganismen zur Weiterverarbeitung pflanzlicher Rohstoffe für Lebensmittel und Industrie. Auf die genetische Manipulation von Mikroorganismen soll im Zusammenhang mit der Verwendung genetisch nicht manipulierter Bakterien an anderer Stelle eingegangen werden. Dieser Einsatz erfolgt schon lang und fällt unter den Bereich Biotechnologie.

Die gentechnologische Forschung an Nutzpflanzen läuft zur Zeit am intensivsten im Bereich der Herbizidresistenz. Etwa 12 Transnationale Konzerne (TNKe) — fast alle hauptsächlich Chemiekonzerne — forschen auf dem Gebiet oder haben eine sol-

che Forschung in Auftrag gegeben. Es geht dabei um folgendes: Ein höherer Einsatz von Herbiziden (Unkrautvernichtungsmitteln) läßt sich oft deswegen nicht durchführen, weil auch die Nutzpflanzen das Herbizid nicht vertragen. Das gilt v. a. für sog. Totalherbizide, die für fast alle Pflanzen giftig sind. Z. B. versucht die Firma CibaGeigy, mit Hilfe der Gentechnologie Sojapflanzen zu erzeugen, die gegen das von ihnen vertriebene Totalherbizid AAtrek (welches als Wirkstoff Atrazin enthält) resistent sind.

Atrazin wird bei der Unkrautbekämpfung in Maisfeldern eingesetzt — Mais besitzt eine „natürliche" Resistenz gegen Atrazin. Soja und Mais werden oft in jährlichem Wechsel angebaut — jedoch die Sojapflanzen vertragen das im Boden gespeicherte Atrazin, das sowieso schlecht abgebaut wird, nur bis zu einer gewissen Menge. Der Einsatz atrazinresistenter Sojapflanzen würde einen deutlich höheren Einsatz von Atrazin ermöglichen. Geschätzt wird eine Verdoppelung bis Verdreifachung des Atrazinumsatzes, falls solche Sojapflanzen gezüchtet werden können. (1)

In Europa und den USA laufen momentan die ersten Freilandversuche mit herbizidresistenten Pflanzen. So führt Hoechst in Belgien seit Anfang diesen Jahres Freilandversuche mit Kartoffeln und Luzerne durch, die gegen das von ihr vertriebene BASTA resistent sind. In fünf europäischen Ländern und in den USA führt die belgische Firma Plant Genetic System Freilandversuche mit 12 verschiedenen herbizidresistenten Pflanzen durch. Herbizidresistente Pflanzen dürften die ersten gentechnisch manipulierten Organismen sein, die direkt in der Landwirtschaft eingesetzt werden. In diesem Bereich der Gentechnik wird am meisten geforscht.

Trotzdem werden noch ein paar Jahre vergehen, bis das erste Saatgut marktreif wird. Bei dem Ziel, dieses Saatgut auch in großen Mengen zu verkaufen, dürfte den Konzernen die jetzige Gesetzgebung noch ein Dorn im Auge sein. In der BRD und in den USA sind Freilandexperimente mit genetisch veränderten Organismen noch genehmigungspflichtig.

Für die BRD heißt das, daß alle Experimente bei der ZKBS (Zentrale Kommission für Biologische Sicherheit) angemeldet werden müssen. Daß trotzdem so intensiv geforscht wird, zeigt, daß die Konzerne auf eine Liberalisierung in der Gesetzgebung hoffen; eine Gesetzesänderung für die Gentechnologie scheint in der BRD anzustehen — in den Medien unter dem Thema „Sicherheit in der Gentechnologie" angekündigt.

Zudem ist nicht in allen Ländern die Gesetzgebung so „restriktiv". Der Einsatz von in der BRD verbotenen Pestiziden in Ländern der „Dritten Welt" zeigt, daß Sicherheitsbestimmungen zum Teil gar nicht existieren. Das gilt auch für die Gentechnologie. Die US-amerikanische Firma Calgene führt in Mexiko „Feld-Tests" durch, bei denen gentechnisch manipulierte Tomaten freigesetzt werden sollen (2). Hier handelt es sich nicht um herbizidresistente Tomaten, sondern um solche, die angeblich nicht so schnell faulen sollen. (Zum Thema Herbizidresistenz siehe auch den Artikel von Martin Thurau in diesem Heft).

Andere Forschungsziele der gentechnischen Pflanzenzüchtung werden sich so schnell nicht erreichen lassen. Oft handelt es sich bei solchen Zielen nur um plakative Aushängeschilder, die für Akzeptanz in der Bevölkerung sorgen sollen. Beispiel stickstoffixierende Pflanzen: Mehr als 17 Genprodukte werden bei stickstoffixierenden Bakterien benötigt, um Stickstoff aus der Luft in organische Substanzen einzubauen. In Pflanzen, die sich selbst aus der Luft mit Stickstoff versorgen sollen, müßten alle diese Gene eingeschleust werden (die Stickstoffversorgung von Pflanzen erfolgt über den Boden, da muß der Stickstoff in chemischen Verbindungen vorliegen, um von der Pflanze aufgenommen werden zu können). Gleichzeitig muß die Regulation der Gen-Expression für jedes einzelne Gen an die der Pflanze angepaßt werden. Sauerstoff stört bei der Stickstoffixierung — also müßten die Gentechniker dafür sorgen, daß die Genprodukte vor allem in sauerstoffreiem Gewebe aktiv sind.

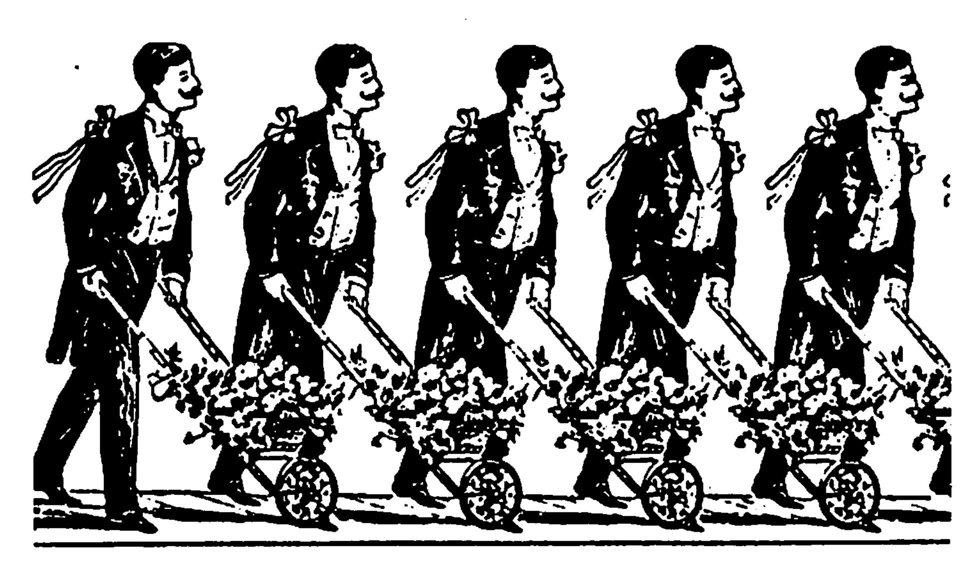
Wahrscheinlicher ist es, daß stickstoffixierende Bodenbakterien gentechnisch „verbessert" werden. Die bei einer Anwendung solcher Bakterien unvermeidliche Freisetzung ist jedoch sehr bedenklich, weil Mikroorganismen ihre Gene z. T. auch auf andere Arten übertragen können und es überhaupt nicht klar ist, was bei der Freisetzung einer so großen Zahl genetisch manipulierter Organismen alles passieren kann.

Ein weiteres Aushängeschild für die Gentechnologie an Pflanzen ist die Resistenz gegen Schädlinge. Schädlingsresistenz konnte bisher unter günstigen Bedingungen auch in der herkömmlichen Züchtungstechnik erreicht werden. Voraussetzung dafür ist, daß mindestens eine Pflanze derselben Art gefunden werden muß, die diese Resistenz zeigt. Mit Hilfe der Gentechnologie könnten theoretisch auch Resistenzen anderer Pflanzenarten oder von Bakterien auf die Nutzpflanze übertragen



werden. Aber auch hier gibt es verschiedene Probleme. Eine in einem einzelnen Gen verankerte Resistenz wird relativ schnell von dem Schädling durch Anpassung „geknackt" werden. So müßten mindestens 2 Resistenzgene in die Pflanze eingebracht werden — es ergeben sich wieder ähnliche Schwierigkeiten: Eine „sichere" Resistenz gegen Schädlinge erfordert eine Gen-Manipulation mit mehreren zusätzlichen Genen.

Gleichzeitig ist zu erwarten, daß solche Pflanzen — falls sie von Konzernen entwikkelt wurden — sofort patentiert werden, was bedeutet, daß eine Weiterzucht durch die Bauern selbst nicht erlaubt ist oder nur gegen Lizenz ermöglicht wird.



Biotechnologie:

Biotechnologie umfaßt einen viel größeren Bereich als nur die Gentechnologie. Der Begriff Biotechnologie läßt sich deshalb auch etwas schwieriger eingrenzen. Meist wird darunter der Einsatz von Mikroorganismen (z. B. Bakterien oder Hefen) oder Zellkulturen in industriellem Maßstab verstanden. Hier ist schon ein prinzipieller Unterschied zur Gentechnologie zu sehen: Gentechnologie bezeichnet eher eine Me-

thode, wie das Erbgut von Organismen verändert wird, Biotechnologie bezieht sich meist auf den Einsatz der Organismen (die nicht gentechnisch manipuliert sein müssen) in der Produktion. Im Gegensatz zur Gentechnologie stellt die Biotechnologie schon heute einen wirtschaftlichen Faktor dar. Für 1984 wurde von der Enquete-Kommission der Umsatz in der „gesamten westlichen Welt" (in den kapitalistischen Industrieländern) auf 60 Mrd DM (Gesamtumsatz der chemischen Industrie: ca. 800 Mrd. DM) geschätzt. (3) Da es sich bei der Biotechnologie um einen schnell wachsenden Wirtschaftszweig handelt, dürfte heute ihr Anteil noch bedeutend größer sein.

In der Landwirtschaft ist der Einsatz von Biotechnologie in mehreren Bereichen denkbar und findet zum Teil auch schon statt:

- direkt in der Landwirtschaft bei der Züchtung, Düngung und Schädlingsbekämpfung. Hierher gehört die Pflanzenzüchtung mit Hilfe von Zellkulturen, das Ausbringen stickstoffixierender Bakterien und — zum Teil — die biologische Schädlingsbekämpfung.
- Bei der Weiterverarbeitung pflanzlicher Rohstoffe in der Lebensmitteltechnologie oder für die Industrie.

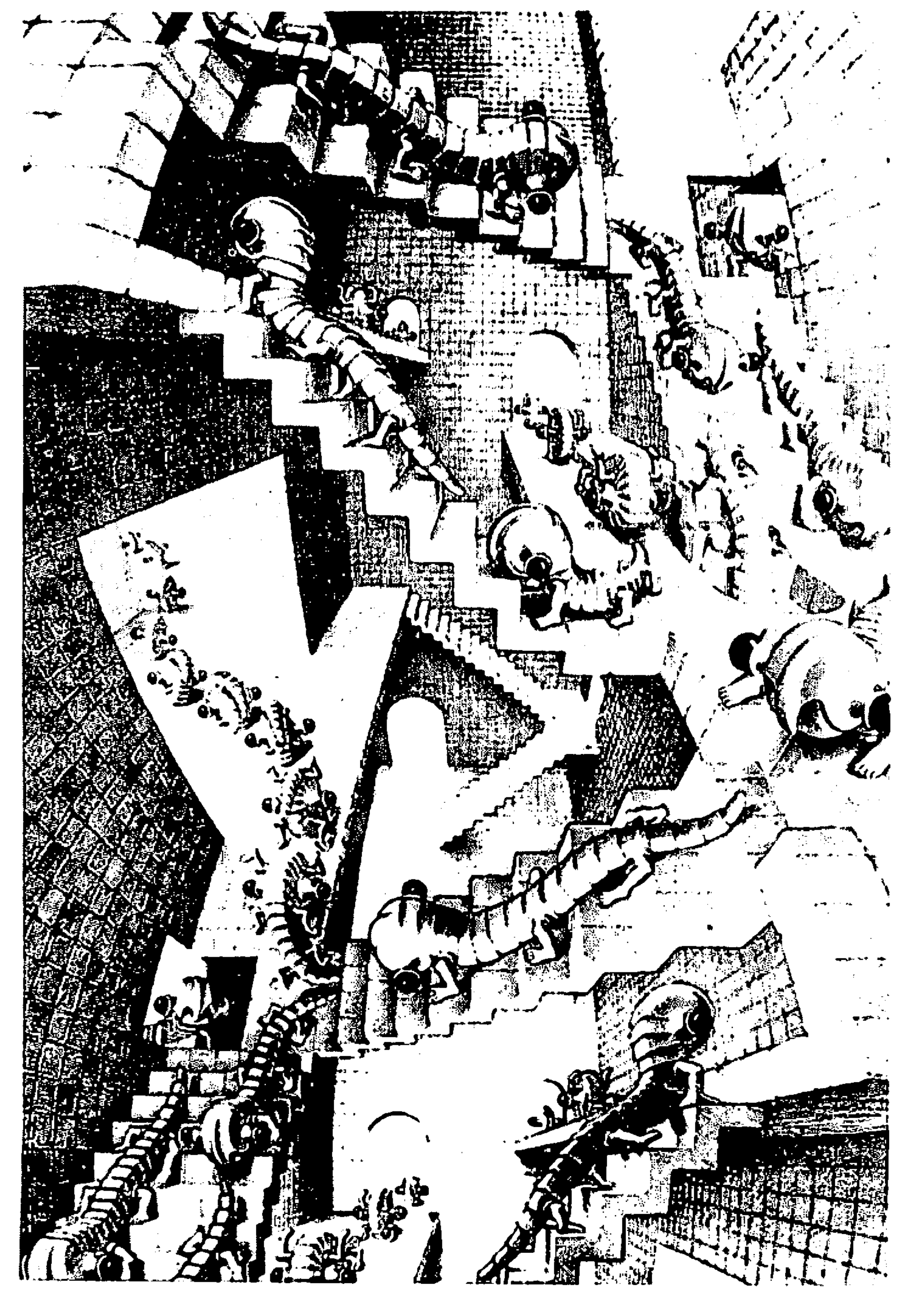
Im folgenden soll auf diese Bereiche etwas näher eingegangen werden:

1) Zellkulturtechnik:

Die herkömmliche Vermehrung von Pflanzen funktioniert entweder über Samen oder vegetativ mit Hilfe von Stecklingen. Seit längerer Zeit schon ist es bei bestimmten Pflanzen möglich, diese über sog. Zellkulturen zu vermehren. Dazu werden aus teilungsaktivem Gewebe der Pflanze Zellen entnommen, die sich in einer Nährlösung mit einer bestimmten Zusammensetzung aus Pflanzenhormonen und -nährstoffen weitervermehren. So erhält man eine große Anzahl von Pflanzenzellen, aus denen man — unter anderer Hormonzusammensetzung — wieder Keimlinge regenerieren kann. Das Resultat sind genetisch fast identische Pflanzen, sog. Klone.

Von dem bis vor kurzem größten TNK auf dem Lebensmittelsektor, Unilever, wurde diese Technik in der Züchtung von Ölpalmen eingesetzt. Für den Konzern bestand der Vorteil darin, daß dadurch in den konzerneigenen Plantagen die Generationszeit der Palmen abgekürzt wurde und angeblich die Erträge stiegen. Das wiederum konnte Unilever ausnutzen, um die Rohstoffpreise für (das von ihr selbst weiterverarbeitete) Palmöl zu drücken. (4).

Ein weiterer Einsatzbereich der Zellkulturtechnik liegt bei der Vermehrung von Kartoffeln. Diese werden normalerweise vegetativ mit Hilfe von Stecklingen vermehrt. Bei dieser Art von Vermehrung werden allerdings Viren von einer „Generation" auf die andere übertragen, so daß irgendwann alle Kartoffeln von den Viren befallen wären. Dann muß man wieder auf andere Vermehrungsarten zurückgreifen. Mit Hilfe der Zellkulturtechnik ist es inzwischen möglich, Kartoffeln vegetativ zu vermehren und gleichzeitig die Pflanzen virusfrei zu erhalten.



2) Einsatz von Bakterien in der Landwirtschaft

Von wachsender Bedeutung wird mit Sicherheit die Beimpfung von Äckern mit Rhizobien (stickstoffixierende Bakterien) sein.

Vor allem in Brasilien und in den USA werden Soja-Felder mit diesen Bakterien beimpft. In Symbiose mit der Pflanze (das funktioniert allerdings nur bei den Leguminosen — Hülsenfrüchtlern) können die Bakterien Stickstoff aus der Luft in eine für die Pflanze verwertbare Form umwandeln, so daß — zumindest theoretisch — der Einsatz von künstlichem Stickstoffdünger reduziert werden kann.

Die ersten Freisetzungsexperimente genetisch veränderter Organismen fanden auch mit Bakterien statt, die in der Landwirtschaft eingesetzt werden sollten. In Kalifornien versuchte ein Forschungsinstitut, Bakterien, die für die Eiskristallbildung an Erdbeeren verantwortlich sind, genetisch so zu verändern, daß sie bei Frost nicht mehr den Kristallisationskeim bilden.

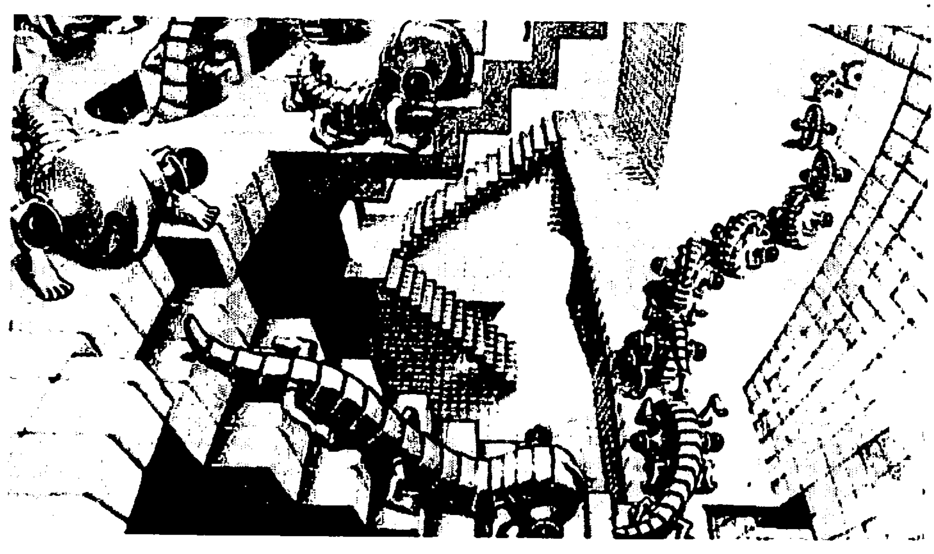
Auch Rhizobien sollen gentechnisch verändert werden. Die Firma Bio Technica International (Boston) hat einen Freilandversuch beantragt, bei dem Bakterien ausgeimpft werden sollen, die mehr Stickstoff fixieren als die nicht manipulierten. (5)

3) Biologische Schädlingsbekämpfung:

Auch biologische Schädlingsbekämpfung muß teilweise zur Biotechnologie gezählt

werden. Hier werden z. B. Bakterien in der Landwirtschaft eingesetzt, die Schmetterlingsraupen abtöten sollen. Der Einsatz von „Bacillus thurengiensis" (B. t.), einem Bakterium, das ein für die Raupen giftiges Protein enthält, wurde in Nicaragua gefördert. Nicaragua wurde dabei von einem Frankfurter Verein VFLU (Verein zur Förderung von Landwirtschaft und Umweltschutz in der Dritten Welt) unterstützt. Ziel dieses Projekts war es, Nicaragua unabhängiger von zu importierenden Schädlingsbekämpfungsmitteln zu machen (6).

Gleichzeitig wird auch in Großkonzernen an diesem Bakterium gearbeitet. Die Firma Höchst produziert in großtechnischem Maßstab das Toxin von B. t.; gleichzeitig gibt es Versuche, mit Hilfe der Gentechnik das Gen für das Toxin auf Pflanzen oder auf andere Bakterien zu übertragen (5).



4) Nachwachsende Rohstoffe:

Schon länger dienen pflanzliche Rohstoffe als Ausgangssubstanzen für Industrieprodukte (Zellulose, Kautschuk, Stärke, Fette). Es sieht so aus, als würde durch die Biotechnologie deren Bedeutung drastisch zunehmen. Fette und Öle haben momentan den größten Anteil an in der Industrie eingesetzten pflanzlichen Rohstoffen. Ausgangssubstanz ist dafür meist Kokos- oder Palmöl. In der BRD heimische fettliefernde Pflanzen wie z. B. Raps bieten dafür nicht die richtigen Ausgangssubstanzen — die Zusammensetzung der Fettsäuren ist für einen Einsatz als Industrieöl ungeeignet. Ein Ziel der Biotechnologie ist es jetzt, Bakterien zu finden bzw. zu erzeugen, die langkettige Fettsäuren in kurzkettige umwandeln können. Damit stünden auch Raps oder Sonnenblumen für den Industriebedarf zur Verfügung. An dem Beispiel läßt sich sehen, wie die Austauschbarkeit der Rohstoffe zunimmt bzw. zunehmen wird. Was bedeutet, daß mehr Produzenten um denselben Markt konkurrieren und damit die Preise auch für pflanzliche Rohstoffe, die aus der „Dritten Welt" kommen, weiter gedrückt werden.

Ein weiteres Beispiel für nachwachsende Rohstoffe ist die Gewinnung von „Bio-Alkohol" aus Zucker. In Brasilien wurde 1978 das sog. Proalcool-Programm gestartet. Mit massiver staatlicher Unterstützung wird dort aus Zucker von Zuckerrohr und -rüben Alkohol gewonnen, der in Fahrzeugen als Ersatz für Benzin eingesetzt wird. Etwa 17 Prozent aller brasilianischen Fahrzeuge fahren heute mit dem „Bio-Alkohol". Das Projekt ist wegen seiner ökologischen Folgen umstritten; auch wird z. T. der Grund für die staatliche Unterstützung in „militärisch-nationalen Autarkiebestrebungen" gesehen. (7)

5) Lebensmitteltechnologie:

Hier gilt ähnliches wie für den Einsatz nachwachsender Rohstoffe in der Industrie. Durch Biotechnologie werden die Rohstoffe austauschbarer. Mikroorganismen können auch Fettsäuren, die in Lebensmitteln Bedeutung haben, ineinander umwandeln. Möglich ist z. B. eine Gewinnung von Kakaobutter aus Palmöl. Aus Kakao gewonnenes Fett, das vor allem bei der Herstellung von Schokolade eingesetzt wird, kann mit Hilfe der Biotechnologie durch das billigere Palmöl ersetzt werden — Unilever freut sich.

Ein weiteres Beispiel aus diesem Bereich ist die Gewinnung von Fruchtzucker aus Maisstärke. Mit Hilfe von Enzymen wurde es möglich, aus Maisstärke Zucker billiger herzustellen als aus Zuckerrohr oder -rüben.

In den USA hat dieser Maiszucker den herkömmlichen zu 50 Prozent vom Markt verdrängt. Verwendet wird dieser Zucker vor allem in „soft-drinks" (Coca-Cola, Fanta etc.).

Eine Folge davon war, daß der Rohstoffpreis für Zucker weiter gedrückt wurde. Für zuckerproduzierende Länder der „Dritten Welt" wie Kuba oder die Philippinen bedeutete das natürlich eine weitere Verschlechterung der „terms of trade". Kuba, das vor 24 Jahren für den Kauf eines Traktors im Ausland 200 Tonnen Zucker verkaufen mußte, muß heute 800 Tonnen exportieren, um einen Traktor zu erwerben.

So trägt die Biotechnologie mit dazu bei, daß Preise für Rohstoffe weiter in die Knie gehen oder daß diese Rohstoffe gar nicht mehr verkauft werden können.

Welche Auswirkungen sind zu erwarten?

Bei der Diskussion um die Folgen von Gen- und Biotechnologie wird oft eines vernachlässigt: vor welchem ökonomischen Hintergrund diese Technologien eingesetzt und benutzt werden. Gefahren, die direkt von der Anwendung dieser Technologien ausgehen, sind schon zahlreich beschrieben worden. Im Landwirtschaftssektor betrifft dies vor allem die Ausbringung von gentechnisch veränderten Bakterien und das Züchten herbizidresistenter Pflanzen. Darauf möchte ich jedoch hier nicht näher eingehen. Ich halte die Konsequenzen, die sich auf der ökonomischen Ebene ergeben, für weitreichender.

Da sind die Auswirkungen der Biotechnologie schon jetzt zu spüren. Der Grund für deren Einsatz liegt ja nicht — wie von ihren Befürwortern immer behauptet — darin, daß damit der Hunger bekämpft, Umweltverschmutzung verhindert oder Arbeitsbedingungen erleichtert werden sollen. Ihr Einsatz erfolgt, weil unter gewissen Bedingungen (staatliche Förderung der Grundlagenforschung, technisches Know-how, Infrastruktur) mit Hilfe dieser Technologie rationalisiert werden kann — die Produktionskosten werden geringer, der Gewinn erhöht oder die Preise der Konkurrenz gedrückt.

Die Erforschung der Grundlagen für Gen-und Biotechnologie erfolgt an Universitäten und staatlichen Forschungsinstituten. Zur Anwendung kommen beide Technologien fast ausschließlich bei Großkonzernen. Das gilt vor allem für die Gentechnologie. Nur Transnationale Konzerne bringen das für die Entwicklung nötige Kapital auf und gehen das Risiko ein, daß sich eine Entwicklung evtl. auch als Flop erweisen kann. Mit Hilfe der Gentechnologie werden die Konzerne noch weitere Produktionszweige und Märkte an sich reißen.

Schon seit Beginn der „Grünen Revolution" begannen ehemals reine Chemiekonzerne, sich in den Saatgutbereich einzukaufen. Hochertragssorten versprachen hohe Wachstumsraten für den Umsatz in der Saatgutbranche; gekoppelt an die Verwendung dieser Sorten war ein erhöhter Bedarf für Pestizide und Düngemittel, so daß auch hier Umsatzsteigerungen erwartet werden konnten. Falls der Durchbruch bei der Erzeugung herbizidresistenter Pflanzen gelingt, ist eine weitere Konzentration im Saatgutbereich auf wenige TNKe zu erwarten. Noch mehr Bereiche in der Landwirtschaft werden dann der Kontrolle der TNKe unterworfen sein. Auch Biotechnologie wird in erster Linie von Konzernen genutzt. Sie hat jetzt schon ihren Anteil an Rationalisierungsmaßnahmen im Agrar- und Lebensmittelbereich. Daß davon in erster Linie die „Dritte Welt" betroffen ist, zeigt die Züchtung von Palmen mit Hilfe der Zellkulturtechnik von Unilever oder die Gewinnung von Zucker aus „Ersatzpflanzen" wie Mais (s. o.). Dabei ließe sich in manchen Bereichen ein sinnvoller Einsatz der Biotechnologie — wenn er nicht unter

den Vorzeichen des (internationalen) Kapitals geschähe — vorstellen. Biologische Schädlingsbekämpfung könnte den Einsatz von Pestiziden vermindern, stickstoffixierende Bakterien die Verwendung von Kunstdünger reduzieren, mit Hilfe von Biogasanlagen ließe sich die Energie von Abfallprodukten sinnvoll weiterverwenden.

Von der Gentechnologie ist in dieser Hinsicht allerdings nichts zu erwarten. Ihr Einsatz in der Landwirtschaft ist unter allen Umständen abzulehnen.

T. Lamparter

LITERATUR

(1) GID Gen-ethischer Informationsdienst Berlin Nr. 38

(2) Leslie Roberts: Genetic engineers build a better tomato. Science 241, 1290 1988

(3) Chancen und Risiken der Gentechnologie. Bericht der Enquete-Kommission des 10. Deutschen Bundestages

(4) Henk Hobbelink: Biotechnology and Third World agriculture. (Zu beziehen über GID Berlin)

(5) Walter Klingmüller: Zur Freisetzung gentechnisch veränderter Mikroorganismen. Naturwissenschaften 75, 503-508 (1988)

(6) Helmut Thielen: Landwirtschaft und Ökologie in Lateinamerika und Nicaragua. isp-pocket 33, Juni 1988

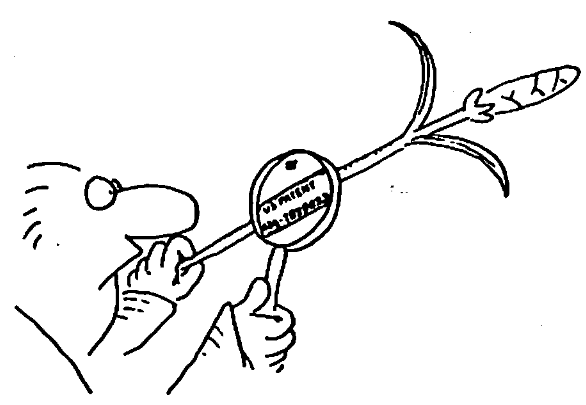
(7) Joachim Spangenberg: Chance oder Bedrohung für die Dritte Welt? GID (Genethischer Informationsdienst Berlin) Nr. 35, August 1988

Sortenschutz-Patentschutz

In der Bundesrepublik wie in den anderen UPOV-Mitgliedsstaaten[1] gilt seit 1961 für züchterisch veränderte Pflanzen das Sortenschutzgesetz, das auf Drängen der Pflanzenzüchter eingeführt wurde, um den Preis für ihr züchterisch verbessertes Saatgut auf dem Markt stabil zu halten. Dieses Gesetz besagt, daß neu gezüchtete Sorten 25 bzw. 30 Jahre lang nur durch den „Erfinder" oder seinen rechtlichen Nachkommen gewerblich genutzt werden dürfen, das Vermehrungsmaterial dementsprechend nur von dieser Person vertrieben werden darf.

Der Bauer darf die Ernte einer geschützten Sorte als Konsumgut verkaufen und auch einen Teil der Ernte als Saatgut für seine eigenen Felder weiterverwenden. Das Sortenschutzgesetz verbietet allerdings die Herstellung von Saatgut für den Vertrieb. Es untersagt jedoch nicht die Weiterzüchtung des Saatgutes durch andere Züchter.

So kann ein zweiter Züchter z.B. in eine frostempfindliche, bereits geschützte Sorte eine frostresistente Sorte einkreuzen und die neue Sorte, die in sich die Vorteile der ersten Sorte und die Frostresistenz vereinigt, uneingeschränkt vertreiben. Auch kann dieser Züchter den Sortenschutz für das Ergebnis seiner Züchtung beantragen, ohne daß das Einverständnis des ersten Züchters oder das Errichten einer Lizenzgebühr notwendig ist.



Mit dem Hinweis auf die neuesten Entwicklungen in der Gentechnologie begründen die Transnationalen Konzerne nun ihre Forderung nach einer Patentierbarkeit der Pflanzen.

Das Patentrecht würde einen wesentlich weiter umfassenden Schutz für den ersten Züchter bedeuten.

So könnte der Bauer, gälte das Patentrecht für seine angebaute Sorte, strenggenommen kein Saatgut für seine eigenen Felder einbehalten, und die geschützte Sorte dürfte nur mit Einverständnis des ersten Züchters, eventuell gegen Lizenzgebühr, weiterentwickelt werden.

Es gibt allerdings eine Gesetzeslücke im Sortenschutzgesetz, die bisher nicht in Anspruch genommen worden ist, da kein wirtschaftliches Interesse bestand.

Jeder UPOV-Staat hat ein Artenverzeichnis zum Sortenschutzgesetz. Nur die darin aufgeführten Pflanzen fallen unter das Sortenschutzgesetz. In der Bundesrepublik erfaßt diese Liste über 160 Arten aus den Bereichen Landwirtschaft, Garten- und Zierpflanzenbau. Pflanzen, für die kein Sortenschutz besteht, können zur Patentierung beantragt werden.

So wurde 1986 die Tomoffel, ein Hybrid aus Tomate und Kartoffel, nach deutschem Recht patentiert.[2] Ebenfalls patentierbar, da nicht im deutschen Artenverzeichnis aufgeführt, sind z.B. verschiedene vor allem tropische Arzneipflanzen und asiatische hybride Gemüsepflanzen. Das erste europäische Patent wurde für die Kamille erteilt, wohl eher ein strategischer Schritt.

Im Juni 1988 erteilte das Europäische Patentamt (EPA) das erste Patent für eine genetisch veränderte Pflanze an eine US-amerikanische Biotechnikfirma.

Damit wurde der Artikel 53 b der Europäischen Patentkonvention von 1973 sowie der Artikel 2 des UPOV-Übereinkommens von 1961, die besagen, „europäische Patente dürfen nicht erteilt werden für Pflanzensorten und Tierarten sowie für im wesentlichen biologische Verfahren[3] zur Züchtung von Pflanzen und Tieren", zu Gunsten der gentechnisch verarbeitenden Industrie sehr liberal ausgelegt.

U.S.

Anmerkungen:

1 Union der Züchter zum Schutz neuer Pflanzenzüchtungen. Mitglieder sind die meisten europäischen Staaten, die USA sind 1970 beigetreten.

2 auf Druck des Bundesverbandes Deutscher Pflanzenzüchter wurde die Patentierung der Tomoffel nach drei Monaten zurückgenommen. Der Bundesverband Deutscher Pflanzenzüchter fordert die Streichung der Artenverzeichnisse und für alle Pflanzen den Sortenschutz.

3 mikrobiologische Verfahren und deren Ergebnisse sind nicht vom Patentschutz ausgenommen.

Literatur:

Freudling, Dr. Crescentia: Biotechnik und Patentierung am Beispiel von Mikroorganismen und Pflanzen, Werkstatt-Reihe 47, Öko-Institut Freiburg, 1988

„Ihr Aktionskreis ist die Welt"

Die Konzernstrategien der Ferruzzi-Gruppe

Mit diesem Motto präsentierte sich der italienische Konzern „Ferruzzi Agricola Finanziaria" Ende 1987 in ganzseitigen Zeitungsanzeigen. In einem bislang einzigartigen Kaufrausch hatte Firmenchef Raul Gardini aus einem mittelgroßen multinationalen Unternehmen ein Agrobusiness-Komplex aufgebaut.

Entstanden ist ein Mischkonzern, der ideal zur Konversion von landwirtschaftlichen Rohstoffen in industrielle Rohstoffe und deren Weiterverarbeitung strukturiert ist. In fast allen, ob öffentlich oder privat geförderten Programmen und Technologien zur alternativen Nutzung der überschüssigen Agrargüter verfügt Ferruzzi über die entscheidenden Kenntnisse, Produktionsstätten und Vermarktungswege. Dieses neue, konsequent entwickelte Agrarimperium — von der Ackerfurche bis zur Zapfsäule und dem Medikamentenschrank — hat sich frühzeitig gerüstet, um auf dem biotechnologischen Zukunftsmarkt eine Schlüsselrolle zu spielen.

Der ungewöhnliche Aufstieg der Gruppo Ferruzzi

1979 übernahm Raul Gardini nach dem Flugzeugabsturz seines Schwiegervaters und Firmengründers Serafino Ferruzzi die Geschäfte des Ferruzzi-Konzerns. Der Jungunternehmer Serafino Ferruzzi hatte nach dem zweiten Weltkrieg eine kleine Getreidehandelsfirma gegründet, die Getreide aus Osteuropa in das zerstörte Italien importierte. Den Marshallplan geschickt ausnützend, dehnte Ferruzzi später die Handelsaktivitäten auf die USA aus. Damit war der Grundstock für den zielstrebigen Ausbau des Unternehmens gelegt.

Der nächste Schritt der Unternehmensentwicklung ging in Richtung italienischer Binnenmarkt. Um die Agrarimporte in Italien zu verteilen, baute Ferruzzi die notwendige Infrastruktur aus. Vor Augen stand ihm ein nationaler Agrarindustriekomplex, eine Kombination, die bis heute die Unternehmensphilosophie prägt: Produktion landwirtschaftlicher Rohstoffe, Handel und Transport und die industrielle Weiterverarbeitung der Rohstoffe.

Der EG-Agrarmarkt — Ferruzzis Goldgrube

Mit dem Beginn der europäischen Agrarpolitik 1962 übernahm Ferruzzi große Teile der Importe aus der EG nach Italien. Gleichzeitig reagierte das Unternehmen schnell auf sich abzeichnende Veränderungen im Futtermittelgeschäft, in das er während der 50er Jahre eingestiegen war. Erdnüsse und Raps wurden zunehmend durch Sojabohnen in der Tiernahrung ersetzt. Ferruzzi gründete die „Soja Ravenna", ein Verarbeitungsbetrieb für Sojabohnen, und begann, Infrastruktureinrichtungen in den USA, Brasilien und Argentinien aufzubauen, den Hauptproduzenten von Soja. Ferruzzi wurde zum Nutznießer der europäischen Agrarpolitik. Geschickt investierte er in die Lücken der europäischen Marktordnungssysteme, wie den Futtermittelhandel. Hauptgeschäftszweig Ferruzzis blieb allerdings der Getreidehandel. Der Export bescherte ihm aufgrund der Getreidemarktordnung der EG reichliche Subventionen.

Aber nicht nur im Getreidesektor begann Ferruzzi aus dem subventionsfinanzierten europäischen Überschußbinnenmarkt Profit zu schlagen. Mit dem Kauf des italienischen Zuckerherstellers Eridania und der Übernahme der französischen Zuckerfirma Beghin Say stieg Ferruzzi zu Europas größtem Zuckerimperium auf. 13% des gewinnträchtigen Zuckersektors der EG waren Ende der 70er Jahre in der Hand des Konzerns.

„Der größte Bauer der Welt"

Mit dem Einstieg in das Zuckergeschäft wuchs Ferruzzis „bäuerliche Basis". Zuckeranbau wird zum größten Teil als Vertragslandwirtschaft betrieben. Ende des letzten Jahrzehnts war Ferruzzi nicht nur zu einem der größten direkten Landnutzer in Europa geworden, sondern gilt wegen der Landkäufe in Brasilien und der Vertragslandwirtschaft in den USA als der weltweit größte „Bauer" — wie er sich selbst gern bezeichnet.

Mit einer Million Hektar hat er ein mehrfaches des Branchenführers und Agromultis Unilever mit „gerade 100 000 ha" unter Pflug. Raul Gardini übernahm 1979 einen florierenden Mischkonzern, mit Standbeinen im Handel, dem Energiepflanzenanbau und der Landwirtschaft. In nur acht Jahren sollte es ihm gelingen, diese Anfänge zu einem Konzern-Netzwerk auszubauen, das nicht nur zur perfekten Subventionsmaschine, sondern auch zum Umwandslungsspezialisten für agrarische Rohstoffe geworden ist.

Gardinis Chance: die Agrarpolitik

Schon frühzeitig erkannte Gardini die wachsenden Probleme der Bauern in den USA und der EG. Die Industrialisierung und Modernisierung der Landwirtschaft während der 70er Jahre hatte nicht nur Millionen Farmer und Bauern aus der Landwirtschaft verdrängt, sondern auch die Überschüsse zum Hauptproblem der Agrarpolitik werden lassen. Hier sah Gardini seine Chance. Als Alternative formulierte er seine Neuorientierung der Agrarpolitik. Die Umstellung des Anbaus auf neue Produkte sollte den Bauern als erster Schritt neue Perspektiven geben. In einem groß angelegten Bauernberatungsprogramm überredete Gardini ab 1983 italienische Bauern zum Anbau von Sojabohnen zu Futterzwecken. Mit kostenlosen Saatgutlieferungen und festen Einkommenszusagen ließen sich viele Bauern gewinnen.

Ferruzzis italienische Tochtergesellschaft, die Ölmühle Olii & Risi, die mit der Abwicklung des Programmes betraut war, geriet in der Folge in finanzielle Schwierigkeiten, da die Sojaimporte aus Brasilien, Argentinien und den USA, die Ferruzzis Handelsgesellschaften tätigten, zu niedrigen Preisen auf den europäischen Markt gelangten. Gardini, nebenberuflich in seiner Eigenschaft als Argarwissenschaftler, zum Mitglied des Wissenschaftlichen Bera-

tungsgremiums der EG-Kommission zum Abbau der Überschüsse ernannt – eine Berufung, die deutlich werden läßt, welchen Einfluß er auf die europäische Politik hat – gelang es, Kommission und Ministerrat zur Subventionierung der europäischen Sojaproduktion zu überreden. Damit hatte er es geschafft, sich doppelte Unterstützung aus der europäischen Agrarkasse zu sichern: billige Einfuhren von Eiweißfuttermitteln in die EG, bei subventioniertem Anbau derselben Produkte in der EG.

Gardinis zweite Empfehlung an die Agrarverantwortlichen lautete: Verarbeitung von überschüssigen Agrarrohstoffen durch industrielle Nutzung. Wiederum konnte er sich und sein Unternehmen der EG als erfahrene Partner anbieten. Beim Programm „Proalcool" in Brasilien hatte der Ferruzzi-Konzern bereits reichlich Erfahrungen in der Umwandlung von „nachwachsenden Rohstoffen" gewonnen. Mit Zucker und Ölpflanzen produziert und verarbeitet das Unternehmen Pflanzen, die für industrielle Zwecke bestens genutzt werden können. Der weltweite Preisverfall für Agrarrohstoffe der letzten Jahre betraf auch Ferruzzis Produkte. Insbesondere der Zuckersektor geriet seit Mitte der 70er Jahre unter Druck. Die Preise für Zucker fielen an den Zuckerbörsen unter die Produktionskosten.

Überschüsse, stagnierender Absatz, alternative Produkte und fallende Preise betreffen nicht nur den Zuckermarkt. Nicht die „Grenzen des Wachstums" haben, wie zu Anfang der 70er Jahre vermutet, unsere Agrarentwicklung bestimmt, sondern Überschüsse, fehlende Märkte und sinkende Preise prägen die Situation auf den Weltmärkten.

Im Streit der Agrarhandelsgiganten EG und USA ruinierten die Kontrahenten mit gegenseitigen Dumpingangeboten ihre jeweiligen Agrarkassen und nebenbei die Preise der übrigen Anbieter.

Diese Situation ließ Raul Gardini hellhörig werden. Verschleuderte Agrarausgaben und der überquellende Agrarmarkt weckten bei ihm Hoffnungen, an diesem Überschußgeschäft teilhaben zu können. Unermüdlich versucht er, die Verantwortlichen von seiner Idee zu überzeugen. Die Zukunft der Landwirtschaft liegt nicht im fortgesetzten Handelskrieg und daraus resultierenden Dumpingpreisen – obwohl er als Handelsunternehmer ebenso wie andere, ausgezeichnet an den Dumpingexporten und der Nahrungsmittelhilfe verdient – sondern in alternativen Nutzungsmöglichkeiten agrarischer Rohstoffe: Landwirtschaft auf dem Weg vom Nahrungsmittelproduzenten zum Industriesektor, getreu den Vorstellungen von Firmengründer Serafino Ferruzzi, der von einem nationalen Agrarindustriekomplex geträumt hatte.

Vom Feld bis zur Zapfsäule – Alles in einer Hand

„Im Oktober 1985 definierte die Gruppo Ferruzzi ihre Ziele: die Schaffung einer der größten Agrar-Industrie-Gruppen der Welt, die Ausweitung ihrer Aktivitäten auf neue Bereiche und die Ausdehnung über neue Kontinente." So umriß zum Jahreswechsel 1987/88 ein Anzeigentext von Ferruzzi das neue Konzept: Verwertung landwirtschaftlicher Überschüsse, Nutzung neuer Bereiche zur Verarbeitung agrarischer Rohstoffe.

Zwei Hauptrichtungen der Umwandlung bieten sich bei der Nutzung nachwachsender Rohstoffe an: zum einen die Umwandlung der Ausgangsmaterialien Zukker, Stärke und Öle und Fette in Ethanol zur Nutzung als Kraftstoffzusatz oder Kraftstoffersatz, zum anderen die Umwandlung zu Grundstoffen industrieller Fertigungsprozesse vor allem in der chemischen Industrie.



Biosprit-Tankstelle in Brasilien

Zucker, Energiepflanzen und Stärke: Ferruzzi produziert und handelt nicht nur die zur Umwandlung notwendigen Pflanzen, sondern besitzt auch das Know-how und die notwendigen Produktionsstätten. „Heute läßt die Wissenschaft neue Ideen wachsen" lautete Gardinis Motto, um in das Geschäft mit dem flüssigen Agrargold zu drängen. In einem Jahr beispiellosen Wachstums baute Gardini 1987 seine „Gruppo Ferruzzi" zum Umwandlungsspezialisten aus.

Zu Beginn des Expansionsjahres versuchte Ferruzzi zunächst seinen Anteil am europäischen Zuckermarkt durch den Kauf des britischen Zuckerrübenmonopolisten British Sugar Corporation (BSC) von der Rohstoffirma S & W Berishford zu erweitern. BSC verarbeitet den gesamten Rübenzucker Großbritanniens und deckt damit etwa 50% des britischen Bedarfs.

Die britische Monopolkommission lehnte jedoch das Angebot ab, da sie befürchtete, Ferruzzi könnte durch den Erwerb von BSC soviel Macht und Einfluß in Brüssel gewinnen, daß auch britische Interessen geschädigt werden. Ferruzzi mußte seinen Anteil an S & W Berrishford senken.

Mit dem flüssigen Geld begann Ferruzzi dann die gewaltige Expansionswelle. Im März vergrößerte das Unternehmen seinen Anteil am italienischen Chemiekonzern Montedison von 27 auf 40%. Bereits im Besitz des größten italienischen Oliven- und Speiseölproduzenten Olii e Risi, erwarb der Multi im Herbst mit der Central Soja das marktführende Sojaverarbeitungsunternehmen der USA für 665 Mio. US-Dollar.

Neben dieser Ausweitung im Bereich der Öl- und Eiweißpflanzen setzte Ferruzzi auch auf einen weiteren Bereich nachwachsender Rohstoffe: den Stärkesektor. Vom US-Multi CPC (u.a. Knorr) erwarb Ferruzzi die 13 Stärkefabriken in Europa (Markennahme: Maizena) und beherrscht inzwischen etwa 35% der gut subventionierten europäischen Stärkeproduktion. Mit den Montedison-Anteilen hat Ferruzzi Zugang zur Chemie, Pharma-, Papier- und Stärkebranche – ein optimales Netz zur Verwendung von Agrarüberschüssen. Damit der Kreislauf sich schließen kann, ergänzte Ferruzzi sein Imperium, zu dem ja auch eine Handelsflotte (12 Tanker) und zwei Drittel der italienischen Getreidelager sowie eine Handelsorganisation, die 30% des EG-Weizenhandels abwickelt, gehören, um die italienischen Tankstellen und Raffinerien der französischen Erdölgruppen Total.

Der perfekte Kreislauf: vom Feld bis zur Zapfsäule eine ideale Überschuß- und Subventionsverwertungsmaschinerie.



Raul Gardini

Nachwachsende Rohstoffe – Hoffnung für die Bauern?

Ferruzzis Lösung der Probleme erscheint so naheliegend wie vernünftig: Die teuren Überschüsse sollen, als Treibstoffe aufgearbeitet, den Mineralölimport senken, und das zu umweltfreundlichen Bedingungen. Sie werden als Grundstoffe für Produkte der chemischen Industrie Verwendung finden. Dies würde nicht nur den von Quoten und Flächenstillegungsprogrammen geplagten Bauern neue Hoffnung geben, sondern auch Probleme, wie die große Abhängigkeit der EG von Erdöllieferungen und das Ausmaß der Umweltbelastung durch Kohlendioxid bei der Verbrennung im Automotor begrenzen.

Der entscheidende Nachteil des Biosprits ist die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit. Im Juni 1988 präsentierte I. Kiechle seinen EG-Kollegen bei einem Treffen in Würzburg einen Bericht über den Sachstand bei nachwachsenden Rohstoffen. Selbst der in großtechnischen Anlagen erzeugte Alkohol wird danach zu einem Preis von 1,20 bis 1,60 DM pro Liter auf den Markt kommen können. Der Stützungsbedarf pro Liter beträgt etwa 1 DM. Landwirtschaftsministerium und Bauernverbände versuchen zwar vorzurechnen, daß dieser Betrag kaum die herkömmlichen Subventionen für die Landwirtschaft übersteigen würde, Bioethanol als Kraftstoffkomponente hat aber nur dann mittelfristig wirtschaftliche Chancen, wenn der Herstellungspreis erheblich sinken sollte. Dies ist allerdings nur bei erheblichen Preissenkungen für Agrarprodukte zu erwarten, Forderungen, denen die Bauernverbände nicht zustimmen können. Die neueste Studie der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL) belegt ausdrücklich, daß die Wirtschaftlichkeitsschwelle von Bioethanol noch in weiter Ferne liegt. Für die Mineralölindustrie sind nachwachsende Rohstoffe deshalb schon lange kein Thema mehr. Sie redet der Spezialisierung das Wort. Die sonnenreichen Länder des Südens können langfristig zu kostengünstigen Lieferanten von Bioethanol werden. Den Ländern des Nordens empfiehlt sie die Herstellung von Methanol aus fossilen Materialien. Sollte die Mineralölversorgung langfristig knapp und teuer werden, suchen die Ölunternehmen Ersatz auf den landwirtschaftlichen Nutzflächen der Dritten Welt.

Nur wenig hoffnungsvoller ist die Situation für die Nutzung nachwachsender Rohstoffe im industriellen Bereich. Zwar weist die Industrie auf vielfältige Verwendungsmöglichkeiten hin, in seinem Papier „Einsatz nachwachsender Rohstoffe in der chemischen Industrie“ betont ihr Verband allerdings ausdrücklich, daß er nur dann bereit sei „verstärkt nachwachsende Rohstoffe einzusetzen“, wenn politische Entscheidungen gefällt werden, um „die derzeit geltenden Agrarmarktordnungen den Bedürfnissen der Industrie anzupassen und damit dieser Industrie Anreize zu geben.“ Es wird deutlich, daß die chemische Industrie, die für den Bereich des Industriepflanzenbaus ein Nachfragemonopol besitzt, an einer Steigerung des Einsatzes nachwachsender Rohstoffe nur auf der Basis der Weltmarktpreise Interesse hat. Der Hoffnungsschimmer der Bauern hängt am seidenen Subventionsfaden europäischer Agrarpolitik.

Der Acker – das „Ölfeld“ der Zukunft?

Aber nicht nur die Bauern, auch Ferruzzi selbst benötigt inzwischen Subventionen. Der gewaltige Kaufrausch 1987 hatte die Ferruzzi Agricola Finanziaria, die neugeschaffene Konzernholding, in finanzielle Schwierigkeiten gebracht. Innerhalb eines Jahres war der Anteil von Fremdkapital von 40 auf 66% gestiegen. Die kurz- und mittelfristige Verschuldung des Unternehmens hatte sich vervielfacht. Umso dringender war Gardini auf die Annahme seines Konzeptes zur Überschußverwertung in der EG durch die Kommission angewiesen.

Die Errichtung von zwölf Fabriken zur Erzeugung von Bioethanol hatte er der Kommission vorgeschlagen, sieben in Frankreich und fünf in Italien. Frankreichs Landwirtschaftsministerium sagte sofort seine Unterstützung zu. Um Ferruzzis Biosprit konkurrenzfähig zu machen, müßte die französische Regierung die Mineralölsteuer um 60 Pfennig senken. Vierzig Pfennig wollte die Regierung übernehmen, den Rest die gemeinsame Agrarkasse tragen.

Ende Oktober 1987 lehnte die Kommission diesen Vorschlag ab, obwohl es Tage zuvor schon so aussah, als hätte Gardini die Kommission bereits überzeugt. Angesichts des Haushaltsloches Ende 1987 konnte zu der Zeit keine weitere Subventionierung beschlossen werden. In vielen Wirtschaftszeitungen wurden danach die Unkenrufe laut, die vom Ende des Aufstiegs Ferruzzis sprachen. Trotzdem rechnet Ferruzzi weiter mit den EG-Milliarden für ein Biospritprogramm.

Die französische Regierung ließ sich vom Beschluß der EG-Kommission nicht beeindrucken und senkte den Steuersatz für Ethanol. Ferruzzi konnte daraufhin mit der Produktion beginnen. Die Sympathie der Agrarverantwortlichen in der EG-Kommission Ende Juni 1988, daß die Steuererleichterung Frankreichs nicht im Gegensatz zum Beschluß vom Oktober des Vorjahres stehe, sondern als komplementäre Bemühung um alternative Absatzmärkte verstanden werde. Die Ablehnung der Gemeinschaftsbeihilfen für die Verwendung von Bioethanol als Treibstoffzusatz Ende vergangenen Jahres sei keineswegs als mangelndes Interesse an der Erforschung alternativer Verwendungsmöglichkeiten für Agrarprodukte zu werten, schreibt die Kommission. Vielmehr seien Forschungsprogramme für den Bereich der erneuerbaren Energien beabsichtigt wie etwa das Programm „Energie und Landwirtschaft" und das Mehrjahresprogramm ECLAIR (Biotechnologie), in dem es um die agro-industrielle Zusammenarbeit geht." (aus: Agra-Europe: 27/88)

In der ganzen EG machen die Interessengruppen mobil. Die Zahl der Studien, die die ökologischen und agrarpolitischen Vorteile belegen, ist 1988 rapide gewachsen. Von der Spitzenorganisation der holländischen Landwirtschaft (Landbouwshap) bis zum Bayerischen Bauernverband wird gemahnt, „daß die Bauern ungeduldig Fortschritte bei der Markteinführung der nachwachsenden Rohstoffe erwarten."

Die Zeit arbeitet für Ferruzzi. Neue Technologien der Pflanzenzüchtung und -manipulation lassen die Hoffnung wachsen, Pflanzen den Erfordernissen der Industrie, in Hinblick auf „maßgeschneiderte" Inhaltstoffe anzupassen. Millionenbeträge fließen in die großzügig ausgestatteten Forschungsprogramme der Bundesregierung und der EG zur Förderung der Biotechnologie. Lösungen für die Agrarprobleme, insbesondere die Probleme der Bauern, werden die „nachwachsenden Rohstoffe" nicht bieten können. Selbst wenn man die günstige Entwicklung voraussetzt, wird der Flächenbedarf der Bioenergie nicht die überschüssige Nutzfläche in der EG ausgleichen können.

Nur zu Niedrigstpreisen werden nachwachsende Rohstoffe mit Konkurrenzprodukten in den Wettbewerb treten können. Für die europäischen und amerikanischen Bauern bedeutet dies eine Fortsetzung des landwirtschaftlichen Strukturwandels nach dem Motto „Wachsen oder Weichen". Während die Bauernverbände nationale Standeshoffnungen an Subventionen koppeln müssen, planen die Mineralölindustrie und Ferruzzi längst global. Sollten die Erdölvorräte zu neige gehen, bieten sich die gewaltigen Palmölüberschüsse Malaysias, Indonesiens etc. und die großen Flächen der rohrzuckerproduzierenden Länder als Alternativen an. In Europa und den USA werden in diesem Wettkampf der kostengünstigen Anbaustandorte nur die größten und biotechnologisch modernisierten Betriebe mit der Konkurrenz aus der Dritten Welt mithalten können.

Derweil zieht Gardini Bilanz seines gewaltigen Expansionsjahres. Sein französisches Tochterunternehmen Beghin Say konnte 1987 seinen Reingewinn um 9% auf rund 240 Mio. DM erhöhen. Allen Unkenrufen zum Trotz erzielte auch die Konzernholding „Ferruzzi Agricola Finanziaria" im Geschäftsjahr 1987/88 hohe Gewinne. Der ausschüttungsfähige Gewinn erhöhte sich um 155%; erwarteter Umsatz im nächsten Geschäftsjahr 30,5 Mrd. DM.

Genug Geld für Gardini, nicht zu ruhen. Im Frühjahr 1988 kaufte er vom französischen Zuckerkonzern Saint-Louis-Bouchon dessen Tochterfirma, den Speiseölproduzenten Lesieur, dem wiederum die spanische Speiseölfabrik Koibe mit 20% Marktanteil in Spanien gehört. Doch nicht genug: Der europäische Binnenmarkt wirft seine Schatten voraus. Erst vor wenigen Wochen kaufte Raul Gardini sich in das Versicherungsgeschäft ein, bei der Volksfürsorge.

Nachwachsende Rohstoffe werden als potentielle Energielieferanten und Rohstoffbasis industrieller Verwertung zweifelsohne an Bedeutung gewinnen. Ferruzzi hat sich auf allen Ebenen der zukunftsträchtigen Biotechnologien Know-how und Marktanteile gesichert.

Im Laufe seiner geschickten Indienstnahme nationaler und internationaler Subventionen ist es ihm dabei nicht nur gelungen, in den verschiedensten Ländern und Teilen der Welt einen Fuß in die zukünftigen Konversions- und Biotechnologiegeschäfte und -märkte zu setzen, sondern auch dieselben Subventionen für seinen Konzernausbau zu nutzen.

Michael Windfuhr

Nachwachsende Rohstoffe im Nichtnahrungsmittelbereich

Verschiedene Verwendungsmöglichkeiten eröffnen sich für die Nutzung nachwachsender Rohstoffe:

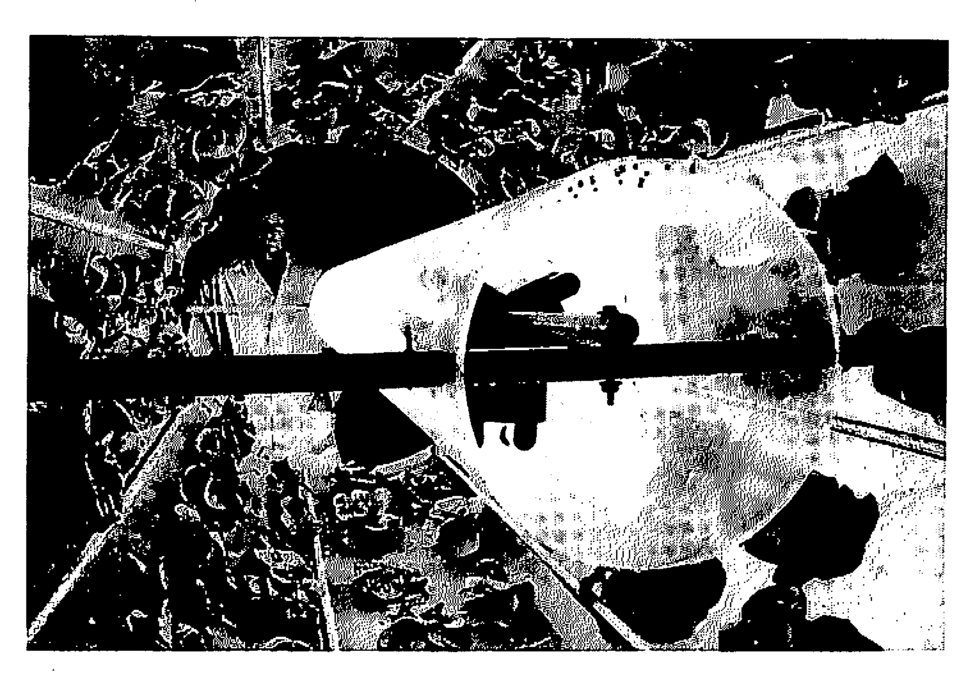
Industrielle Nutzung:
Im industriellen Bereich werden die verschiedenen Ausgangsstoffe in vielen Bereichen eingesetzt.
Stärke: 1984 wurden in der BRD 1,7 Mio. Tonnen landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu Stärke verarbeitet. Von den gewonnenen 700 000 Tonnen Stärke wurde die Hälfte industriell verwertet (in der EG werden ca. 40% der gewonenen 4 Mio. Tonnen industriell genutzt). Die Produktpalette reicht von Antibiotika über Baustoffe, Gummiwaren, Klebstoffe bis hin zu Zahncremes.
Zucker: Von den knapp 10 Mio. Tonnen EG-Zucker werden etwa 80 000 Tonnen in der chemischen Industrie genutzt (Produkte: von Vitaminen über Aminosäuren bis hin zu Waschmitteln.)
Öle und Fette: Öle und Fette sind die bedeutendsten pflanzlichen Rohstoffe industrieller Produktion: Der EG-Verbrauch beträgt 11,5 Mio. Tonnen, von denen 9,8 Mio. Tonnen für die Ernährung und für Tierfutter eingesetzt werden. 1,7 Mio. Tonnen gebraucht die Industrie zur Herstellung von Waschmitteln, Kosmetik, Kunststoffen, Farben usw. Ein hoher Anteil dieser Mengen wird aus Entwicklungsländern eingeführt.

90% der Öle und Fette, die die bundesdeutsche chemische Industrie benutzt, müssen eingeführt werden. Die Verwendung ist sehr vielseitig und wichtig für die chemische Industrie.
Holz: Weltweit werden jährlich knapp 3 Mrd. Kubikmeter Holz geschlagen. Die Industrieländer (90% des Weltholzverbrauches) decken ca. 90% ihres Bedarfes selbst. Die EG muß allerdings große Holzmengen einführen. „Bei Holz besteht in der BRD die — nach dem Erdöl mit Abstand — größte Rohstofflücke" (BMFT, 1986, S. 28).
Bioethanol:
In der BRD werden etwa 1 Mio. Hektoliter Agraralkohol hergestellt (aus Zucker und Stärke). Von dieser Menge werden rund 150 000 Hektoliter für technische Zwecke benutzt, der Rest für den Nahrungs- und Genußmittelsektor. Eine Verbrauchssteigerung größeren Ausmaßes ist bei Bioethanol nur zu erwarten, wenn der Agraralkohol bei der Kraftstoffversorgung eingesetzt wird. Im Gespräch ist allerdings „nur" eine 5%ige Beimengung zum Super- und Normalkraftstoffe.

Gentechnik – neue Waffe im Kampf um Nahrungsmittel

Der Gentechnik wird häufig nachgesagt, die Zauberformel für die Lösung aller Weltprobleme zu liefern. Sogar sonst recht technikkritische Geister hoffen im Stillen auf einige positive Anwendungsbereiche.

Im folgenden sollen mögliche Konsequenzen der Anwendung gentechnischer Verfahren für Länder der Dritten Welt in dem Bereich Pflanzenbau skizziert werden.



Während der letzten dreißig Jahre gab es im Prinzip zwei Entwicklungsstrategien für die Landwirtschaft. Die eine beruht darauf, Standortvorteile der Tropen gegenüber den Industrieländern des Nordens zu nutzen, z.B. für den Anbau von Tabak, Kakao, Vanille, Ölpalmen, Blumen, Baumwolle oder nicht für den lokalen Markt bestimmtes Gemüse. Die Grundnahrungsmittel sollten dann im wesentlichen auf dem Weltmarkt eingekauft werden. Die andere Strategie, die „grüne Revolution" beruht darauf, Hochleistungssorten z.B. Mais, Weizen, Reis anzubauen, die im Vergleich mit lokalen Landsorten einen hohen Bedarf an Kunstdünger, Wasser und Agrargiften aufweisen, aber eine Produktionssteigerung unter günstigen Witterungsbedingungen ermöglichen. Die sozialen Folgen dieser Strategie sind weitgehend bekannt: Landverluste der Armen, Landkonzentration in Händen der Reichen. Im Punjab, einst die Kornkammer Indiens, sind z.B. in den letzten 30 Jahren durch die Anbauweise der Grünen Revolution ein Drittel des fruchtbaren Landes für den Anbau unbrauchbar geworden.

Mit der Gentechnik wird diese Problematik um einige Dimensionen erweitert werden, deren Tragweite bislang nicht überschaubar ist. Weizen ist durch entsprechende Viehfütterungsmethoden vom Grundnahrungsmittel für Menschen (einschließlich eventuellem Schnapsrohstoff) zur Futterpflanze für Vieh avanciert. Durch Gentechnik wird er möglicherweise zum Motorentreibstoff und/oder zum Ausgangsmaterial der sehnlich erhofften Biokunststoffe. Kühe ließen sich ganz abschaffen, Milch könnte von Gewebekulturen in Bioreaktoren erzeugt werden, bei Bedarf dann vielleicht mit Vanillegeschmack. Mit Gentechnik läßt sich möglicherweise der Nährstoffgehalt von Nahrungspflanzen verändern – ein Projekt, das immer wieder als mögliche Verbesserung der Ernährung in Dritte Welt Ländern propagiert wird. Diese veränderten Pflanzen werden wohl eher ihre Abnehmer in der Hochleistungsmassenviehhaltung Europas und der USA finden, wo mit computergesteuerter Fütterung jedes Milligramm an veränderter Eiweißzusammensetzung in Milch und Pfennig umgesetzt werden kann.

Die Weizensorte, die sich mit Hilfe einkonstruierter Bakteriengene den Luftstickstoff zum Dünger aufbereitet, hatte lange die Rolle, der Gentechnik sinnvolle Nutzungsmöglichkeiten für die öffentliche Debatte zu verschaffen. Die Idee war klar: Kunstdünger ist teuer, z.B. für arme Länder kaum erschwinglich; seine Produktion ist extrem energieaufwendig, was auch hierzulande in absehbarer Zeit zu Problemen führen wird. Darüber hinaus führt Kunstdünger langfristig zur Abnahme der natürlichen Bodenfruchtbarkeit, ist in tropischen Böden z.T. gar nicht anwendbar und belastet Trinkwasser und Oberflächengewässer mit Nitrat. Warum dann nicht Pflanzen bauen, die den Luftstickstoff selbst binden? Es stellte sich heraus, daß der Stoffwechselvorgang, den man umbauen wollte, zu kompliziert ist. Außerdem hätte das Binden des Luftstickstoffs der Weizenpflanze so viel Energie gekostet, daß sie keinen nennenswerten Ertrag mehr hätte bringen können.

Luftstickstoffbindung durch symbiotische Bakterien oder Algen wird in der traditionellen und ökologischen Landwirtschaft durch Fruchtwechsel zwischen Getreidepflanzen und Hülsenfrüchten, Mischkulturen von Mais und Bohnen oder von Wasserfarnen mit entsprechenden Al-



gen, die im Naßreisbau mitwachsen, genutzt. Neben dem Erhalt der Bodenfruchtbarkeit dient diese Anbaumethode in den meisten Fällen auch der Versorgung mit Nahrungspflanzen, die sich hinsichtlich des Eiweißgehaltes für die menschliche Ernährung ergänzen, abgesehen von anderen positiven synergetischen Effekten. Weizen umzubauen ist nur für diejenigen sinnvoll, die Interesse an einer Ausweitung ihres Marktes für Weizensaat haben oder die sich nur aus ökonomischen Gründen für Weizen interessieren. Den stickstoffixierenden Weizen wird es so schnell nicht geben. Man arbeitet nun an freien Bodenbakterien aus Lateinamerika, die mit den Wildformen von Mais symbioseähnliche Beziehungen unterhalten. Diese versucht man so umzukonstruieren, daß sie mit den Hochleistungssorten von Mais oder Weizen neue Symbiosen eingehen. Es ist jedoch eine fromme Annahme, daß diese Bakterien im Freiland das tun, wofür sie konstruiert sind und nicht andere Pflanzenarten bevorzugen, diese zu gut wachsenden „Un"kräutern machen.

Erst die breite Anwendung wird zeigen, welche Risiken tatsächlich mit gentechnisch veränderten Organismen verbunden sind. Die chemische Industrie schert sich nicht um eine ökologisch sinnvolle Wirtschaftsweise, solange die Zerstörung profitabler ist. Dies zeigt auch das Beispiel der herbizidresistenten Pflanzen (vgl. Artikel v. Martin Thurau in diesem Heft).

Die mögliche Produktpalette der Firmen wird durch synthetisches Saatgut noch erweitert. Pflanzenembryonen können mit dazugehörigen Wachstumshormonen und sonstiger Agrarchemie in Tablettenform verpackt aufs Feld gebracht werden. Die Konzerne profitieren von Zeitersparnis in der Saatgutproduktion und Erschließung neuer Saaten — wie z.B. für Kartoffeln, die bisher vegetativ vermehrt werden. Zusätzlich wird an Bakterien, Viren, Pilzen gearbeitet, die auf Felder gesprüht werden sollen, um dort bestimmte Pflanzen- oder Insektengifte zu produzieren, oder wie das Beispiel der Eis-minus Bakterien zeigt, Eiskristallbildung auf Pflanzen zu verhindern, um Anbauzeiten zu manipulieren.

Die organisierte Unvernunft

Nun ist es ein beliebtes Argument, daß das Problem der Gentechnik nur ihre Anwendung im gegenwärtigen politisch-ökonomischen Kontext sei, es im Prinzip eine positive Nutzung gäbe.

Ich halte Gentechnik für ein der Komplexität des Lebewesen unangemessenes, extrem reduktionistisches Zurichtungsverfahren, das zwangsläufig zerstörerische „Neben"wirkungen hat. Dies sehe ich in Analogie zur unmöglichen positiven Nutzung der Atomkernspaltung. Hier möchte ich nur ein Argument aus der Ökologie anführen.

In jeglichem Anwendungsbereich der Gentechnik gibt es ein Problem — die Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen oder veränderter Nukleinsäuren, sei es absichtlich, wie in der Landwirtschaft angestrebt, oder unabsichtlich, durch Unfälle mit Biofermentern, Abwässern der Biotechnischen Industieanlagen, Unfälle in Forschungseinrichtungen oder schlicht und einfach dadurch, daß es kein hermetisch abgeschlossenes Arbeiten mit Organismen gibt: Ein völlig abgeschlossenes System ist lediglich ein Denkmodell der theoretischen Physik. So läßt sich nachweisen, daß sogar aus dem Labor mit der höchsten Sicherheitsstufe in der Bundesrepublik, in dem Impfstoffe gegen Maul- und Klauenseuche produziert werden, Krankheitserreger entweichen können. (Solche biotechnische Anlagen sind übrigens problemlos für einige Stunden oder Tage zur Produktion von biologischen Waffen zu benutzen, ohne das es anschließend beweisbar wäre.) Es gibt keine wissenschaftliche Methode, die Effekte der Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen vorherzusagen, es gibt nicht die Möglichkeit des Tests — es gibt nur den Ernstfall. Mögliche Schädigungen eines Ökosystems, neue Pflanzenkrankheiten, Verdrängung einer Art, Verschiebung der Vegetationszyklen oder anderes, lassen sich, wenn überhaupt erst spät auf die Ursachen zurückführen. Eine Rückholbarkeit des schädigenden Einflusses ist nicht möglich. Das Risiko der Gentechnik besteht darin, daß es sich mit ihren Trägern, den veränderten Organismen selbst vermehrt und verändert. Die gegenwärtige ökologische Situation der Erde ist desolat. Ihre weitere Destabilisierung dadurch, daß die bisher im Laufe der Evolution aufeinander abgestimmten Erbanlagen der Arten relativ blind durcheinandergewürfelt werden, sollte sich aus Vernunftgründen verbieten.



Gentechnik und Frauen

Bei den bisherigen Strategien der Landwirtschaftsentwicklung in den Ländern der 3. Welt wurde die Rolle der Frau als Produzentin der Nahrungsmittel, als Verantwortliche für die Wasser- und Energieversorgung wurde übersehen. Erst mit der Dekade der Frau 1975-85 geriet ihre Schlüsselposition in den Blick. Die Erfahrungen mit den bisherigen Entwicklungsstrategien wurden ausgewertet: die Bedingungen der von Frauen betriebenen Landwirtschaft hatten sich verschlechtert, sie waren z.B. auf Grenzertragsböden, auf schwierige Hanglagen abgedrängt worden, weil das beste Land für Hochertragssorten zur Verfügung gestellt wurde. Bewässerung konnte sich zum Trinkwasserkonkurrenten entwickeln, Einsatz von Herbiziden im Großgrundbesitz bedeuteten Einkommensverluste der Landarbeiterinnen, der Anbau von geldbringenden Früchten ging weitgehend zu Lasten der Nahrungsmittelproduktion – weniger arbeitsintensive Früchte verdrängen die ursprüngliche Mischkultur. Auf der Weltfrauenkonferenz 1985 lautete denn auch das einhellige Resumée, daß die bisherige „Entwicklung" den Frauen nichts genützt habe. Im wesentlichen brachte sie eine Verschlechterung der gesundheitlichen und ökonomischen Situation sowie der sozialen Stellung der Frau – bei zunehmender Arbeitsbelastung. Jegliche Verbesserung der Lage der Frauen müsse dagegen an den Erfahrungen der Frauen selbst, an ihren Problemdefinitionen und Lösungsstrategien ansetzen.

Gentechnik wird den Landwirtschaft treibenden Frauen nichts nützen, im Gegenteil, ihre Landnutzungsmöglichkeiten werden sich verschlechtern. Durch Gentechnik rückt kein Wald näher, aus dem sie Feuerholz, Futter für ihr Vieh, Heilpflanzen oder Baumaterial holen können, kein Weg zur Wasserstelle wird kürzer, keine Minute Arbeitszeit wird gespart, die für den Anbau reichhaltiger Nahrungsmittel notwendig wäre. Die Frauen haben ein ausgeklügeltes System der Naturnutzung. Ihre Arbeit erfordert Kenntnisse über Anbauverfahren, Verwendung lokaler Sorten und deren Vermarktungs- bzw. Tauschmöglichkeiten. Dazu gehört eine Arbeitsorganisation, die Anbau, Nahrungsmittelverarbeitung und -konservierung, Energie- und Wasserversorgung, Hausinstandhaltung, Kinderversorgung, Gelderwirtschaften, Kranke und Alte versorgen und kulturelle Aktivitäten integriert. Während der Kolonisierung und im Zuge der Modernisierung wurde in eurozentrierter, patriarchaler Arroganz die Existenz und Bedeutung dieser Arbeit und des Wissens der Frauen übersehen. Erst langsam, mit dem Scheitern der bisherigen Konzepte, wird die Bedeutung der Frauenarbeit erkannt.

Daß eine Laborkreation aus dem Hause BASF oder Max Planck in Köln sinnvoll in die Landwirtschaft der Frauen zu integrieren wäre, wage ich zu bezweifeln. Eher läßt sie sich auf die Bedingungen auf dem Mond anpassen, die für unseren Wissenschaftsapparat greifbar und berechenbar sind – im Gegensatz zu den Lebensbedingungen und Prioritäten von Frauen in anderen Ländern.

Gentechnik – eine neue Waffe

Gentechnische Verfahren werden in den Bereichen nutzbar sein, in denen eine Modernisierung stattgefunden hat, die in die Geldwirtschaft einbezogen sind. Dies gilt nicht für den Subsistenzbereich, in dem die meisten Frauen für sich und ihre Kinder ums Überleben kämpfen, sondern für den Großgrundbesitz oder die Staatsfarmen, die mit der Technologie des Fortschritts arbeiten. Hier dürften die neuen Verfahren kurzfristige Lösungen für die ökologischen Probleme des bisherigen Anbaus wie z.B. salzresistente Sorten im Bewässerungsanbau versprechen. Möglicherweise werden auch neue Verarbeitungs- und somit Vermarktungsmöglichkeiten für die Produkte des Großgrundbesitzes erschlossen, was bestehende Landkonflikte weiter stabilisieren bzw. verschärfen kann.

Der agrarische Rohstoffmarkt kann durch gentechnische Verfahren völlig verändert werden. Wenn beispielsweise rentable Verfahren des Rohstoffersatzes in Betrieb gehen, können quasi über Nacht Ökonomien ganzer Länder ruiniert sein, die auf wenige Exportprodukte gesetzt haben.

Ein Folgenkomplex sei hier nur am Rande erwähnt: die weitere Monopolisierung der im Anbau verwendeten Technologien (Saatgut inbegriffen), verbunden mit einer rapiden Verarmung genetischer Vielfalt der Kultursorten und einem weiteren Verlust alter Landrassen. Sollte sich die Patentierbarkeit gentechnisch veränderter Organismen oder aus Lebewesen abgeleiteter Verfahren international durchsetzen, wird dieser Prozeß sicher enorm beschleunigt.

Dritte Welt Länder sind bereits heute Testgebiet für gentechnische Produkte, die in Europa und USA wegen ihrer Gefährlichkeit nicht zugelassen sind.

Die Entwicklung und Anwendung der Gentechnik ist selbst in einer relativ breit informierten Gesellschaft demokratisch nicht kontrollierbar. Wie soll dies für Länder der Dritten Welt möglich sein – angesichts des chronischen Informationsdefizits, über die ökologischen und sozialen Konsequenzen importierter Technologien. Welche politischen Handlungsmöglichkeiten bleiben den verschuldeten Ländern, wenn mit gentechnischen Verfahren neue Anbau- und Exportmöglichkeiten für Produkte erschlossen werden, die die Kreditgeberländer interessieren? Gentechnik wird in diesem Kontext zu einer Waffe.

Die Gentechnik wird im gegenwärtigen weltweiten Konflikt um die Nutzung der natürlichen Ressourcen eine entscheidende Rolle spielen. Sie wird zu einer weiteren politischen, ökonomischen und ökologischen Destabilisierung der Länder der Dritten Welt führen zugunsten eines Machtzuwachses weniger Multinationaler Konzerne, die die technologische Entwicklung der Naturausbeutung steuern. Ist es dann nicht Zufall, wenn das erste Produkt der Gentechnik, mit dem die Frauen der Dritten Welt gegenwärtig konfrontiert sind, ein Impfstoff gegen Schwangerschaft ist?

Helga Satzinger



Basler Appell gegen Gentechnologie

Die 600 Teilnehmer des Basler Kongreß* gegen Gentechnologie vom 5./6. Dezember 1988 verabschiedeten folgenden Appell:

I. In den Laboratorien dieser Welt manipulieren Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen das Erbgut von Mikroben, Pflanzen, Tieren – und Menschen. Sie maßen sich an, lebendige Organismen, die sich in unermeßlichen Zeitläufen herausgebildet haben, abrupt und gewaltsam zu korrigieren und effizienter zu machen.

II. Schon in diesem Jahrhundert wurden die von Menschen seit Jahrhunderten genutzten Naturkreisläufe zugunsten grenzenloser Ertragssteigerung in der Landwirtschaft zerstört. Die Gentechnologie wird diese Entwicklung sprunghaft beschleunigen und auf eine neue Stufe heben. An die Stelle der natürlichen Vielfalt treten – noch vermehrt – anfällige Monokulturen, Hochleistungstiere. Der standartisierte Mensch ist machbar geworden.

III. Die wissenschaftlich-technische Revolution hat die Bedeutung der naturwissenschaftlichen Forschung grundlegend verändert. Ihre Ergebnisse sind nicht wertfrei, sondern dienen unmittelbar den Interessen von Wirtschaft und Militär und geraten damit unter die Gesetze des Marktes und des Krieges. Aus Konkurrenzgründen findet die gentechnologische Forschung im geheimen statt, und die Gefahren ihrer Nutzung werden gezielt verschleiert, um genügend Produkte auf den Markt zu werfen und damit vollendete Tatsachen zu schaffen. Eine Wissenschaft aber, die für sich alle Freiheit reklamiert, die Verantwortung für die politischen und sozialen Folgen hingegen abschiebt, verdient kein Vertrauen.

IV. Die Völker, deren Kulturen vom Kolonialismus zerstört worden sind und deren Nationen heute um ihr Selbstbestimmungsrecht kämpfen, leiden unter der Übermacht der Industrieländer. Die Gentechnologie wird ihre Abhängigkeit auf militärischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet noch verstärken. Manipuliertes und patentiertes Saatgut und Nutzvieh etwa werden die Völker – über das heutige Maß hinaus – an die Chemie- und Nahrungsmittelkonzerne ketten. Zugleich zerstört die gegenwärtige Weltmarktordnung alle Formen der Subsistenzwirtschaft, welcher weltweit die Mehrheit der Menschheit ihr tägliches Überleben verdankt.

V. Die Industriegesellschaft unterwirft die Menschen einem zerstörerischen Leistungsdruck. Obwohl sie ihnen eine strenge Disziplin abverlangt, kann sie keine absolut zuverlässig und fehlerfrei funktionierenden Menschen hervorbringen. Vor allem aber steht das Ringen um Wettbewerbsvorteile und damit um Profit in krassestem Gegensatz zur Erfordernis sorgfältiger Sicherheitsabklärungen und genauester Einhaltung von Sicherheitsvorschriften. Diese Sachverhalte hat uns die Atomtechnologie mit Deutlichkeit vor Augen geführt. Die Gentechnologie aber ist noch weit weniger beherrschbar als die Atomtechnologie. Bei der Freisetzung von manipulierten Organismen zum Beispiel handelt es sich um Gefahren, welche den Zeithorizont von Generationen sprengen; einmal freigesetzte, gentechnologisch veränderte Lebewesen lassen sich nicht zurückholen.

VI. Wie bei der Atomtechnologie sind es bei der Gentechnologie Bürgerinnen und Bürger, welche von den Wissenschaftlern und den wenigen Wissenschaftlerinnen Rechenschaft verlangen. Die Initiativen gegen die Gentechnologie gehen vor allem von Frauen aus. Von führenden Positionen noch immer weitgehend ausgeschlossen, haben Frauen die Normen wissenschaftlichen Denkens und Handelns weit weniger verinnerlicht als Männer, oder sie lehnen diese Normen aus der Geschichte der neuen Frauenbewegung heraus ab. Sie bilden jene Mehrheit der Menschheit, die zwei Drittel aller Arbeit verrichtet, aber nur über 10 Prozent der Löhne und über 1 Prozent des Besitzes verfügt. Nun beschneidet die Gen- und Reproduktionstechnologie einmal mehr auch die Autonomie der Frauen über ihren Körper. Gen- und Reproduktionstechnologie verspricht die Realisierung eines alten Männertraums: nicht nur die Beherrschung des Lebens und die Kontrolle der Bevölkerungsentwicklung, sondern auch die industrielle Erzeugung des Lebens ohne die Frauen. Heute schon entmündigen Technopatriarchen mit der Reproduktionstechnologie und pränataler Diagnostik Frauen in den Industrieländern: Gleichzeitig sterilisieren sie unter Zwang massenhaft Frauen in ehemaligen Kolonien.

VII. Die darwinistische Ideologie einer „natürlichen Zuchtwahl" stellt eine Tradition dar, innerhalb derer die Gentechnologie zwangsläufig zu Formen der Eugenik, zur Ausmerze und Verhinderung „unwerten, defekten Lebens" führen wird. Nicht „genetische Mängel" aber, sondern die Ungerechtigkeiten der Wirtschafts- und Sozialordnung müssen überwunden werden. Menschenwürde und Liebe zu allem Lebendigen, der Respekt vor den Völkern dieser Erde dulden keine Pfuschereien am Erbgut des Lebens. Die Verantwortung für die jetzigen und fernsten Generationen gebietet, alle Eingriffe in die Erbsubstanz zu unterlassen. Wer am Kern des Lebens manipuliert, setzt das Leben selbst aufs Spiel. Die Gentechnologie löst keine Probleme – sie schafft nur neue, lebensbedrohende.

Darum fordern wir:

VERBOT DER FORSCHUNG, PRODUKTION UND ANWENDUNG DER GENTECHNOLOGIE!

Die Forschungspolitik hat sich grundsätzlich zu ändern. Die Erforschung und Anwendung von umwelt- und sozialverträglichen Technologien sind zu fördern (biologischer Landbau, dezentrale Energieversorgung, menschengerechte Medizin).

* Verbot der Freisetzung von gentechnisch manipulierten Organismen.
* Verbot der Patentierung von Lebewesen.
* Verbot des gentechnisch hergestellten Rinderwachstumshormons. Die Firma Sandoz hat die Herstellung von Rinderwachstumshormonen in Kundl, Österreich, einzustellen.
* Verbot der pränatalen Diagnostik auf der Basis der Analyse von Chromosomen, fetaler DNS und Stoffwechselprodukte – außer auf ausdrücklichen Wunsch der Schwangeren.
* Verbot der In-vitro-Fertilisation, des intratubaren Gametentransfers (GIFT-Verfahren) sowie aller anderen Methoden, die den Zugriff auf die Eizelle ermöglichen.
* Verbot jeglicher Veränderung an der menschlichen Erbsubstanz.
* Produktions- und Zulassungsverbot für gentechnisch erzeugte Heilmittel.
* Verbot von genetischen Tests zur Auslese von „geeigneten Arbeitskräften"; Verbot von genetischen Verfahren (Gen-finger-printing) in der Kriminalistik.
* Verbot von genetischen Reihenuntersuchungen.
* Die Schweizer Regierung ist verpflichtet, die Forderungen der Länder der sogenannten Dritten Welt, die sich gegen die Ausbeutung ihrer genetischen Ressourcen, gegen eine weitere Abhängigkeit durch die neue Hochtechnologie und gegen eine weitere Monopolisierung durch Gewährung von Patenten richten, zu unterstützen.
* Sofortiges Verbot aller Forschungen, die der Entwicklung von biologischen Waffen dienen. Die Schweizer Regierung ist verpflichtet, sich in der UNO-Abrüstungskonferenz der vierzig in Genf und in der KVAE sich für die Durchsetzung des Vertrages zur Ächtung der biologischen Kampfstoffe einzusetzen.
* Aufgabe des geplanten „Eidgenössischen Instituts für Virusforschung und Immunprophylaxe in Mittelhäusern"/BE.
* Auflösung der industrie- und staatshörigen Kommission für biologische Sicherheit (SKBS). Die Akten der SKBS sollen nach deren Auflösung öffentlich und für alle einsehbar aufgelegt werden.

* Folgende Gruppen unterstützen den Kongreß:
Gruppe Basler Appell gegen Gentechnologie
Aktion Selbstschutz Basel
Demokratische Juristinnen und Juristen der Schweiz
Erklärung von Bern
Die Grünen Alternativen Basel
Die Grünen Alternativen Baselbiet
Konsumenten Arbeitsgruppe (KAG)
Redaktionskollektiv „mosquito"
Nationale Organisation gegen die Gen- und Reproduktions-technologien feministischer Frauen (NOGRETETE)
Organisation für die Sache der Frau (OFRA)
Progressive Organisation der Schweiz (POCH)
Schweizerische Gesellschaft für ein soziales Gesundheitswesen (SGSG)
Sozialistische Arbeiterpartei der Schweiz (SAP)

Totalherbizide

Neue Generation von Pflanzenschutzmitteln sichert der Chemo-Industrie Doppelverdienst



Die kleine belgische Firma Plant Genetic Systems hat Großes vor: Für das Jahr 1989 plant sie nicht weniger als zwölf Freilandversuche mit gentechnisch veränderten Pflanzen in fünf europäischen Ländern und den USA. Die „Früchte" jahrelanger Arbeit, herbizidresistente Kartoffel-, Luzerne-, Raps-, Tabak- und Tomatenpflanzen, sollen unter Realbedingungen auf ihre Widerstandsfähigkeit gegen eine Chemikalie mit dem endgültigen Namen BASTA getestet werden.[1]

Der Seniorpartner dieser Versuchsreihe, die Frankfurter Hoechst AG, brachte dieses Pflanzenschutzmittel schon Mitte der achtziger Jahre auf den Markt. BASTA gehört zu einer neuen Generation von Totalherbiziden, die an zentraler Stelle in den Stoffwechsel aller Pflanzen eingreifen und sie abtöten.

Für die kommerzielle Anwendung an wachsenden Kulturen fehlten bislang jedoch die gentechnisch veränderten Nutzpflanzen, die als einzige der Wirkung dieser Round-ups (so der Handelsname eines weiteren Herbizides) widerstehen. Nun hat die auf dem Gebiet der Pflanzengenetik äußerst erfolgreiche Newcomer-Firma die „Prototypen" für die Probe auf's Exempel durch den Einbau fremder, resistenzbringender Erbsubstanz konstruiert.

Totalherbizide stellen indes die erste und einzige Herausforderung dar, auf die die Pflanzengentechnik eine Antwort weiß. Alle anderen Forschungsziele liegen demgegenüber in sehr viel weiterer Ferne; war in der Anfangsphase der Pflanzengentechnik die Rede von einer „partiellen Entchemisierung" des Agrarsektors, so wird die chemische Pflanzenschutzstrategie derzeit unvermindert fortgesetzt. Nach mehreren Jahren Anlaufzeit zeichnet sich ein annähernd realistisches Bild, wozu die Gentechnik in der Pflanzenproduktion eingesetzt wird:

Die Entwicklung von Sorten, die gegen Insekten, Pilze, Krankheiten, Hitze und Frost, Wind und Überflutung widerstandsfähig wären, ist derzeit kaum zu erwarten. Die genetischen Grundlagen dieser Eigenschaften sind derart komplex, daß nicht absehbar ist, ob sie jemals gezielt gentechnisch beeinflußt werden können. Auch Pflanzen, die Luftstickstoff fixieren können und damit von einer Stickstoffversorgung durch Mineraldünger unabhängig wären, sind kaum zu erwarten. Zumindest muß ein vollständiger Einbau des genetisch äußerst komplizierten Stickstoffixierungsapparates nach heutigem Kenntnisstand nahezu unmöglich erscheinen. Ob eine Übertragung des natürlichen Stickstoffversorgungssystems, das zwischen Leguminosen und sogenannten Knöllchenbakterien besteht, sich auf andere Nutzpflanzen übertragen lassen wird, ist kaum abzusehen.

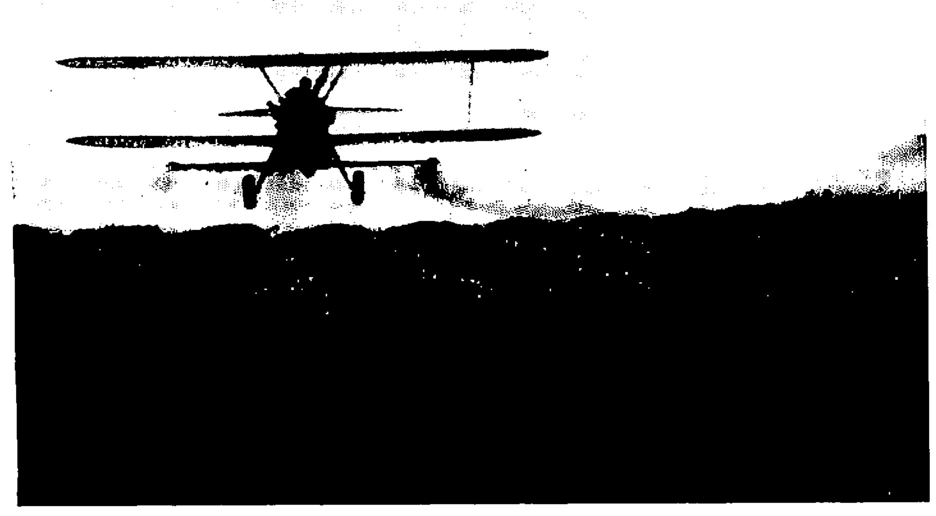
Demgegenüber gilt in aller Welt die Resistenzentwicklung gegen Totalherbizide als lukratives Geschäft. Kein Wunder, denn diese machen nur Sinn im Verbund mit den entsprechend resistenten Sorten. So wird der Gewinn für die Chemieindustrie ein doppelter sein, denn zunehmend sichern sich die Unternehmen weltweit den Zugriff auf die Saatgutbranche. Auch in der BRD: Die Hoechst AG hält mittlerweile immerhin eine Minderheitenbeteiligung an der Kleinwanzlebener Saatzucht (KWS) in Einbeck, dem größten der hierzulande eher mittelständischen Unternehmen. Außerdem kaufte sie die niederländischen Nunhems Zaden BV auf. Dies ist nur ein Beispiel für den Trend zur vertikalen Trustbildung, den der Agrarexperte Pat Mooney schon vor Jahren diagnostizierte. Bereits jetzt befinden sich mehr als 80% aller Saatgutpatente in den Händen transnationaler Konzerne.[2]

Die vier bundesrepublikanischen Chemiegroßunternehmen (Bayer, BASF, Hoechst, Schering) sind gut im Geschäft; sie gehören zu den weltweit 12 umsatzstärksten Agrochemieproduzenten. Die Leverkusener Bayer AG hält in diesem Marktsegment gar die Spitzenposition. Doch der Markt ist hart und so sind die bis zu 14%[3] der jährlichen Konzernumsätze in der Sparte Landwirtschaft nicht ohne Erfindergeist zu erwirtschaften. Die gentechnische Innovation im Landwirtschaftssektor kündigt sich mit den ersten marktreifen Totalherbiziden an.

Beispiel Atrazin

Ökologische und toxikologische Erfahrungen sind mit den meisten dieser neuen Substanzen bislang kaum gemacht worden. Einschlägig bekannt ist dagegen Atrazin, einer der vielversprechendsten Kandidaten für die geplante Herbizidstrategie.

Stichwort Persistenz: Atrazin wird als Totalherbizid bereits auf 95% aller Maisanbauflächen der BRD verwendet, da Mais natürlicherweise gegen Atrazin resistent



ist. Galt das Präparat bislang als innerhalb weniger Monate abbaubar und zeigte angeblich geringe Verlagerungstendenz, so kamen einige neuere Untersuchungen zu einem ganz anderen Ergebnis: Noch acht Jahre nach der Ausbringung konnten in Versuchen 60% der ursprünglichen Aktivität nachgewiesen werden, sowohl in Spuren von Atrazin – als auch in einer Vielzahl von Abbauprodukten. Dabei ist das erbgutschädigende (mutagene) Potential von Atrazin seit langem bekannt. In Fällen anderer Pflanzenschutzmittel offenbart sich die Gefährlichkeit der Pestizidabbauprodukte erst nach pflanzlicher Aktivierung, der Umsetzung im Stoffwechsel der Pflanze.

So zeigen Einzelmessungen von Herbiziden in den Umweltmedien Boden und Wasser höchstens die Spitze des Eisbergs, denn schließlich ist die Zahl ausgebrachter Einzelsubstanzen unüberschaubar groß. In der BRD sind derzeit 1800 Pestizid-Präparate mit 300 Wirkstoffen im Handel, von denen wiederum ca. 40% herbizid wirken. Geeignete Nachweissysteme im Wasser existieren dagegen für ganze zwanzig dieser Substanzen. Über mögliche Kombinationswirkungen der Präparate ist so gut wie nichts bekannt. Doch selbst wenn einmal gemessen wird, sind die – ohnehin fragwürdigen – Grenzwerte bereits überschritten. Mittlerweile hat diese flächendeckende Verseuchung auch die Grundwasserreservoire erreicht.[5]

Stichwort Resistenz: Wahrscheinlich ist das weitere Vordringen herbizid-resistenter Wildkrautmutanten.[6] Besonders bei den bisher verwendeten Totalherbiziden ist die gentechnische Konstruktion der widerstandsfähigen Nutzpflanzen nur die Vorderseite der Medaille. Ebenso leicht können spontan resistente Mutanten entstehen. Beispielsweise waren bereits zu Anfang der 80er Jahre 37 Wildkräuter gegen Atrazin resistent. Damit wird der fatale Wettlauf um immer neue, wirksamere Produkte fortgesetzt.

Erste Konsequenzen, die jedoch nur die Äcker des bundesrepublikanischen Musterlandes betreffen: Für die Ausbringzeit Herbst 1988 sind in Baden-Württemberg immerhin bis auf eines alle atrazinhaltigen Präparate verboten worden.

Beispiel BASTA

Fraglich ist, ob die neue Generation von Pflanzenschutzmitteln aus ökotoxikologischer Sicht Vorteile bringt. Für das bereits erwähnte BASTA ist eine Abschätzung der Toxizität schwierig; BASTA hemmt die sogenannte Glutamin-Synthetase, ein Eiweiß, das für den Stickstoffwechsel der Pflanzen unabdingbar ist. Doch auch im Tierversuch an Mäusen zeigt BASTA seine Wirkung. Hier wurden Symptome einer Ammoniakvergiftung festgestellt; ein Anzeichen dafür, daß auch die tierische Variante des Eiweißes durch das Herbizid gestört wird. Die möglicherweise geringere akute Toxizität darf jedoch nicht den Blick für die Tatsache verstellen, daß das weite Feld von Vergiftungserscheinungen unterhalb der akuten Toxizität, einer sozusagen „schleichenden" Vergiftung, für den neuartigen Wirkstoff überhaupt nicht abschätzbar ist, geschweige denn die Fülle möglicher Wechselwirkungen mit anderen Umweltgiften. Auch die Persistenz, also der Verbleib im Boden, erwies sich in Simulationsversuchen höher als erwartet.

Folgen für die Dritte Welt

Diese beiden Beispiele schon machen deutlich: Die Probleme, die durch Einsatz von Pflanzenschutzmitteln bisher bestanden haben, sind noch lange nicht vom Tisch.

Doch was derzeit in den Labors der hochindustrialisierten Länder auf den Anbau wartet, ist nicht nur für westliche Märkte entwickelt worden.

Schon seit den frühen siebziger Jahren zogen die multinationalen Chemiekonzerne gegen die Subsistenzwirtschaft sog. Dritte-Welt-Länder zu „Felde": mit standardisierten Hochertragspflanzen (HYCs), die zwar kurzfristig einen höheren Ertrag versprachen, aber eines ganzen Chemie-Pflegesets bedurften, um die erhöhten Anfälligkeiten gegen Witterung und Schädlinge auszugleichen. Die neue Idee eines Pakets

Konzern	Herbizid	Resistenz in
Calgene	Atrazin	Baumwolle, Soja, Tomate
	Betanal	Canola
		Glyphosat (Round up), Baumwolle, Mais, Soja, Tabak, Tomate
Ciba Geigy	Atrazin	Hafer, Mais, Soja, Tabak
	Dual	Sorghum
DuPont	Sulfonylharnstoff (Glean, Oust)	Soja, Tabak
Eli Lilly	Treflan	Hafer, Mais, Sorghum
Hoechst	Phosphinotricin (BASTA)	Kartoffel, Mais, Tabak
Mobay (Bayer)	Lexone	Soja
Monsanto	Bronco	Sorghum
	Glyphosat (Round up)	Baumwolle, Mais, Soja, Tabak, Tomate
Pfizer	unspezifiziert	Mais
PGS	Phosphinotricin	Kartoffel, Luzerne, Pappel, Raps, Tabak, Tomate, Zukkerrübe
Rhone-Poulenc	Bromoxynil	Sonnenblume
Shell	Aquinol	Mais
	Atrazin	Soja
	Cinch	Mais
	Glyphosat	unspezifiziert

Tabelle: Entwicklung von Totalherbiziden und resistenten Nutzpflanzen (Auswahl, größtenteils noch nicht marktreif) (4)

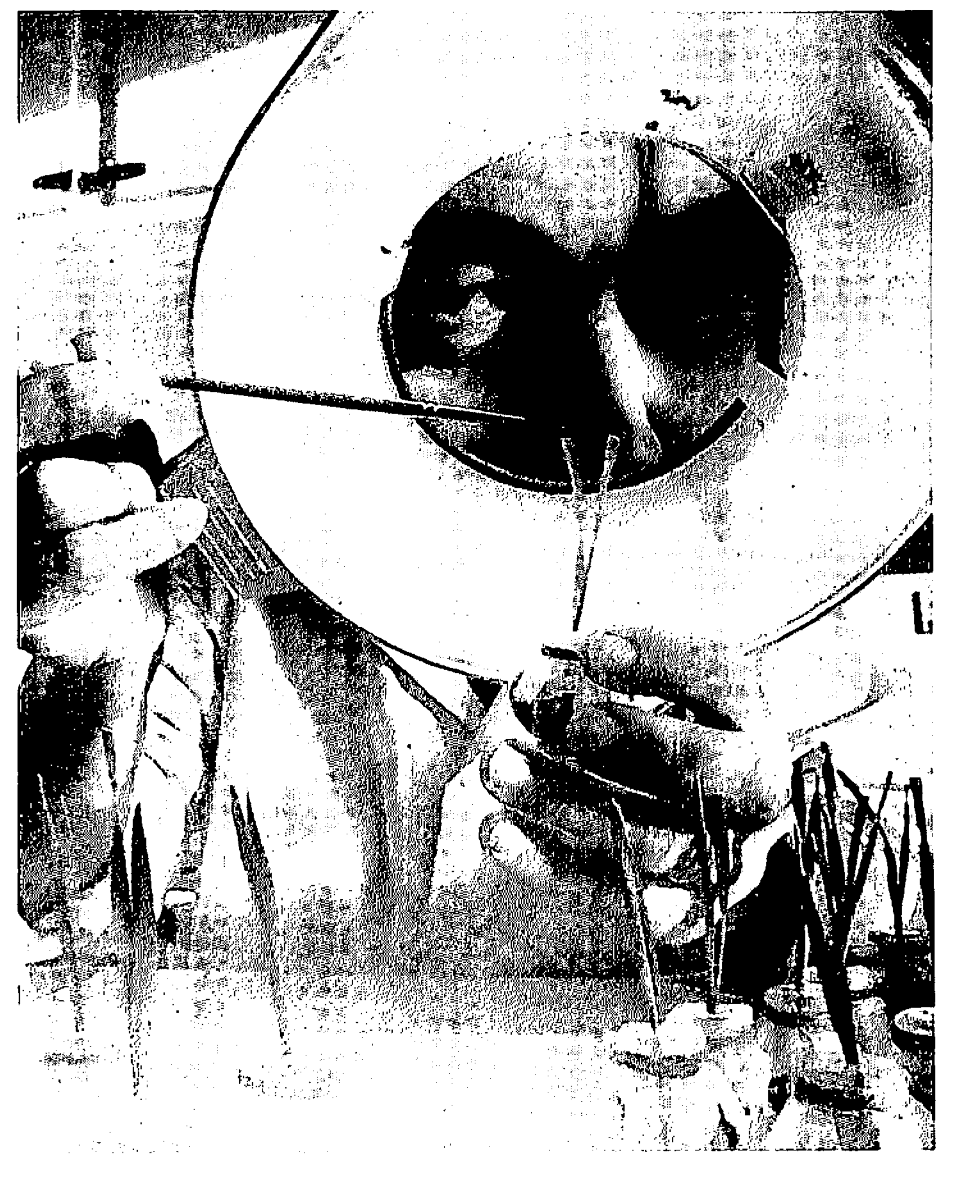
aus Totalherbizid und resistenter Nutzpflanze treibt diesen Gedanken des Doppelverdienstes durch die Technisierung der Landwirtschaft auf die Spitze. Damit ist schon von der Logik der Entwicklung zu erwarten, daß die sog. Dritte-Welt-Länder mit dieser neuen Variante des hochtechnisierten Landwirtschaftsimportes kaum besser fahren werden als seit den Zeiten der Grünen Revolution.

Schon die bisherigen Anpflanzungen von HYCs nicht standortangepaßter Varietäten führte zu erhöhtem Chemie- und Maschineneinsatz; die erhöhte Pflegebedürftigkeit zog im Gefolge des maschinisierten Anbaus eine drastische Verringerung des natürlichen Artenspektrums nach sich. Was sich seit geraumer Zeit, spätestens seit den 50er Jahren, abzeichnet, droht zum ökologischen Kahlschlag zu werden. Die Reduktion auf allzuwenige Sorten weniger Nutzpflanzen hat eine genetische Uniformierung eingeleitet. Schon heute ruht die Welternährung auf einer äußerst schmalen genetischen Basis: Weizen, Reis, Mais, Kartoffeln, Batate/Maniok/Yam, Zuckerrohr/-rübe und Soja in jeweils nur wenigen Varietäten. Dies wird langfristig neben drastischen Ernteverlusten auch den Verlust genetischer Mannigfaltigkeit von Pflanzenarten nach sich ziehen, die der modernen Botanik heute nicht einmal bekannt sind. Dieses Artensterben wird sich auch nicht durch die Etablierung von Samenbanken (wie bei der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL) in Braunschweig) wettmachen lassen, da der genetischen Vielfältigkeit eine jahrhundertelange Koevolution zugrundeliegt, die nun nachhaltig zerstört wird. Der durch die herbizidresistenten Pflanzen eingeleitete Trend zur „totalen Monokultur" wird jedenfalls den Verlust von Ökosystemen in den Ländern der sog. Dritten Welt weiter vorantreiben.

Mit dem ökologischen Kahlschlag droht der soziale. War schon die Grüne Revolution und HYC-„Taktik" gezielt an den kulturellen Entwicklungen der Empfängerländer vorbeigeplant, so ist der Einsatz der Gentechnik in der Pflanzenzucht alles andere als kleinerzeugerfreundlich.

Teures Saatgut, unerschwingliche Chemikalien und intensiver Maschineneinsatz sind die Rahmenbedingungen, die kaum zu den agrarisch strukturierten Wirtschaften der Trikontländer passen dürften.

Joachim Spangenberg, Agrarexperte aus Köln, beurteilt die Aussichten so: „Vielmehr setzt es (das Hochleistungssaatgut; M.T.) eine agro-industrielle Produktionsform mit Einsatz von Pflanzenbehandlungsmitteln, Düngemitteln, Wachstumsregulatoren und einem hohen Mechanisierungsgrad der Landwirtschaft voraus. Dies aber, so haben die Erfahrungen der Grünen Revolution gelehrt, ist nicht von Kleinbauern zu leisten, sondern nur durch Großagrarier mit entsprechenden Plantagen und den damit verbundenen Konzentrationstendenzen. Der Verlust ländlicher Arbeitsplätze, eine erneute Abwanderungswelle in die städtischen Ballungszentren und erhebliche soziale Probleme wären ebenso die voraussehbaren Folgen — wie große ökologische Probleme."[7]



Die Welternährungslage zu verbessern, ist auch nicht das Ziel dieses Umbauprogramms. Dr. Ernst Truscheit von der Bayer AG spricht die tatsächliche Optimierungsgröße offen an: „Kurz und mittelfristig haben Bio- und Gentechnik eine umso höhere Chance, je größer die Wertschöpfung für die betreffenden Produkte ist."[8] Die Markterwartungen für Totalherbizide fallen günstig aus, sobald das entsprechend resistente Saatgut marktreif ist, die zweite Einnahmequelle transnationaler Konzerne bei diesem Geschäft. Atrazin (Ciba Geigy) wird auf 140 Mio., BASTA von der Hoechst dagegen auf etwa 200 Mio. US-Dollar Jahresumsatz geschätzt.[9]

Die gentechnische Herbizidstrategie wird also die negativen Folgewirkungen der Entwicklung von Hochleistungssorten und der gegenwärtigen Herbizidstrategie eher noch verstärken:

- die Vergiftung der Umweltmedien
- den Trend zur „totalen" Monokultur
- die Verarmung der genetischen Reserven
- die Verstärkung des „Nord-Süd-Gefälles", des Ausbeutungsverhältnisses zwischen sogenannter Erster und der Dritten bzw. Vierten Welt.

Martin Thurau

Anmerkungen

1 Gen-ethischer Informationsdienst Nr. 36 (September 1988), Seite 3
2 Bericht der Unabhängigen Kommission für Internationale Entwicklungshilfefragen (1980), Seite 244; zitiert nach Korfmacher, H: Mit Gentechnik gegen den Welthunger? in: Ethnozid 3, 1987
3 Bayer-Geschäftsbericht 1986
4 * Der Deutsche Bundestag, DS 10/6775, Bonn 1987, Seite 64; * GeN, Öko-Institut (Hrsg.): Freisetzungsorientierte Forschungsprojekte in der Bundesrepublik, Eigenverlag Berlin-Freiburg-Darmstadt 1988; * Bertelsbeck, Norbert: unveröffentlichtes Manuskript; * Marx, J.D.: Science Vol. 230, S. 1148; * GeneWATCH 2, Nos. 4-6, Nov.-Dec. 1985, S. 16f; * Rural Advancement Fund International (RAFI) Communique, Pittsboro USA, Nov. 1987
5 * Oehmische, U. und Haberer, K.: Stickstoffherbizide im Rhein, in: Vom Wasser, 66. Band 1986, S. 225-241; * Schuster, G.: Versaut bis auf den Grund; Natur 6/87, S. 18ffa
6 Eine Mutante ist ein Lebewesen, hier: ein Wildkraut, das gegenüber dem ursprünglichen eine (nicht unbedingt künstlich erzeugte) genetische Veränderung trägt
7 Joachim Spangenberg: Schwerpunktthema: Dritte Welt; Gen-ethischer Informationsdienst (GID) Nr. 35 (Sondernummer); August 1988; Hrsg.: Genetisches Netzwerk, Berlin
8 research — Das Bayer Forschungsmagazin 1986, S. 49
9 Zitiert nach Weber, C. (PAN): Herbizidresistente Nutzpflanzen — Fortschritt für wen?

Die Stadtteilkomitees auf der Suche nach ihrer Basis

Die politische und gesellschaftliche Realität Nicaraguas im Jahre 1988 war gekennzeichnet durch eine dramatische Zuspitzung der Wirtschaftskrise, deren Folgen für die Bevölkerung aufgrund der Wirbelsturmkatastrophe im Oktober noch gravierender wurden, und die in Sapoá initiierten, jedoch vorerst gescheiterten Friedensverhandlungen mit der Contra. Die Verhandlungen führten zwar zu Spaltungstendenzen innerhalb der Contra, aber auch zu Problemen für die nicaraguanische Regierung im innenpolitischen Bereich.

Inflationsrate im Bezug auf den Basis-Warenkorb und Lohnverfall (1. Februar bis 22. Juni)

Index	Veränderungen	Kaufkraft der Löhne *(Grundwarenkorb von 46 Produkten und Dienstleist. für eine 6 köpf. Familie)			
Basis-Warenkorb	634%	88%	15%	39%	7%
Elementare Lebensmittel	615%	134%	19%	60%	11%
Waren aus staatl. Verteilungskanälen (Reis, Bohnen, Zucker, Öl)	685%	262%	60%	160%	27%
Fleisch/ Milchprodukte	252%	280%	139%	169%	62%

Quelle: Abteilung für Arbeit und Löhne, SPP (Haushalts- und Planungssekretariat).
*Lohnsteigerung um 30% im Juni wurde berücksichtigt.

Die Wirtschaftspolitik der FSLN im vergangenen Jahr hatte zum Ziel, die starke Inflation zu bekämpfen und durch Anreize für die Exportproduktion den akuten Devisenmangel zu überwinden. Erreicht werden sollte dies mittels der Währungsreform, einer rigiden staatlichen Sparpolitik und der Freigabe von Löhnen und Preisen. Die Maßnahmen führten zu Preisexplosionen bei den Grundleistungen. So stiegen beispielsweise die Treibstoffpreise 1988 um insgesamt 2000 Prozent, was eine Verteuerung beim Transport sowie bei Strom und Wasser zur Folge hatte. Vielen Arbeitern, die vom Umland in die Hauptstadt Managua kommen, reichte der Tageslohn gerade dazu, die täglichen Fahrtkosten zu bestreiten. Obwohl die Regierung versuchte, die drastischen sozialen Konsequenzen ihrer Austeritätspolitik für die armen Bevölkerungsschichten abzumildern, ist nicht nur bei den Marginalisierten in den ärmsten Stadtvierteln die Tendenz zur weiteren Verarmung sichtbar.

So reichte beispielsweise ein mittlerer Arbeitslohn nur noch zur Deckung von 27 Prozent der durch die staatlichen Kanäle verteilten Grundbedarfsgüter für eine sechsköpfige Familie (siehe Tab.)[1]. Angesichts dieser Tatsache überrascht es nicht, daß laut einer Studie des Nationalen Ernährungsprogramms[2] eine beunruhigende Zunahme der Unterernährung bei Kindern in Nicaragua festzustellen ist. Auch die Analphabetenquote steigt wieder an, da viele der ärmeren Familien zur Sicherung der Existenzgrundlage ihre Kinder statt zur Schule zum Arbeiten schicken.

Unzufriedenheit der Bevölkerung

Aus den ansatzweise gezeigten sozialen Folgen der wirtschaftlichen Maßnahmen resultieren wiederum politische, die den revolutionären Prozeß gefährden könnten. Die Unzufriedenheit in der Bevölkerung nimmt spürbar zu. Es fällt der FSLN immer schwerer, der Bevölkerung ihre praktizierte Politik zu vermitteln. Dies zeigte sich auch in einer Umfrage des nicaraguanischen Sozialforschungsinstitutes „ITZTANI"[3]. Auf die Frage, mit welcher politischen Partei sie sich identifizieren, antworteten 28,3 Prozent, sie identifizierten sich mit der FSLN. 59,6 Prozent verneinten jegliche Identifikation mit einer Partei. Interpretiert man dieses Ergebnis für die FSLN negativ, so läßt es darauf schließen, daß die Contra und die konservative interne Opposition mit Hilfe ihrer ausländischen Schutzpatrone mittelfristig ein günstiges Agitationsklima vorfinden werden. Genau dieses scheint der etwas liberale Teil des sogenannten „Nicaraguanischen Widerstandes"[4] erkannt zu haben. Er gründete deshalb im Oktober eine „Koalition des Demokratischen Zentrums"[5], die fortan dem militärischen Kampf eine Absage erteilt und sich als politische Alternative zur FSLN aufbauen möchte.

Der im Land befindliche Teil der Koalition, die Konservative Partei Nicaraguas und die Sozialdemokratische Partei, werden sicherlich bestrebt sein, den seit Esquipulas II gewährten größeren innenpolitischen Spielraum zu nutzen und die Unzufriedenheit der Bevölkerung für sich zu instrumentalisieren. Der Hungerstreik der gelben Bauarbeitergewerkschaft (SCAAS) und die gewalttätigen Auseinandersetzungen bei der Protestaktion der Konservativen in Nandaime waren 1988 die ersten Höhepunkte der neuen Strategie. Die Taktik der Rechten und des Zentrums ist, nach Oscar René Vargas[5], ehemaliger Wirtschaftsberater der nicaraguanischen Regierung, der FSLN die Massen abspenstig zu machen.

Kampf um die Massen

Die sandinistische Regierung befindet sich in einer neuen Phase des revolutionären Prozesses, der gekennzeichnet ist durch den Kampf um die Menschen. Die wichtigste Aufgabe in dieser Etappe ist für die

FSLN zum einen, den Massen zu vermitteln, warum die schmerzhafte ökonomische Konsolidierung größtenteils auf ihren Schultern lastet. Zum anderen ist die Regierung wegen fehlender Ressourcen auf die Selbsthilfebereitschaft und -fähigkeit der Bevölkerung angewiesen. Eine tragende Rolle könnten diesbezüglich die sandinistischen Massenorganisationen (MO) spielen, die nach der Demokratiekonzeption der FSLN „permanente Kanäle partizipatorischer Demokratie" sein sollen, d.h. durch die freiwillige Integration des einzelnen Indiviuums in eine MO soll die aktive Teilhabe des einzelnen an der staatlichen Politik gesichert und die Kontrolle des Staates abseits der Parteien erleichtert werden. Ein solch permanenter Kanal vor allem im urbanen Bereich beanspruchen die sandinistischen Verteidigungskomitees (CDS) zu sein, die als Zivile Verteidigungskomitees (CDC) vor dem Sieg die tragende Säule des Aufstandes in den Stadtteilen waren. Die CDS verhinderten in der ersten Zeit nach dem Umsturz durch ihren hohen Organisationsgrad, daß sich während der Institutionalisierung des neuen Staates Chaos in Nicaragua ausbreitete.

CDS in der Krise

Jedoch befinden sich die Stadtteilkomitees, deren ursprüngliche politische und soziale Funktion es war und ist, den marginalisierten Bevölkerungsschichten ein Instrument zu bieten, ihre gemeinsamen sozialen Forderungen zu formulieren und in die Praxis umzusetzen, seit einigen Jahren in der Krise. Bereits 1984 stellte das Nationale Exekutivkomitee der CDS fest, daß die Organisation auf der zentralen Ebene stark sei, aber an der Basis immer schwächer werde. Gemeint war damit die schwindende Bereitschaft der Bevölkerung zur Partizipation, beispielsweise bei den Revolutionären Nachtwachen[7], dem Kampf gegen das Spekulantentum oder rein kommunalen Angelegenheiten, wie dem Pflastern der Straßen im Stadtviertel. Außer Betracht blieb dabei die Problematik der internen Demokratie vor allem an der Basis, die die nationale Leitung schon 1982 zwang, Anforderungsprofile für Basisdirigenten[8] zu formulieren und Schulungen durchzuführen.

Das Phänomen des Caudillismo[9] trat in manchen Stadtteilen offen zutage, und ein kaum entwickeltes demokratisches Bewußtsein der Anwohner ermöglichte, daß solche Koordinatoren ein anachronistisches Patronagesystem in den Vierteln installieren konnten. Die nachlassende Partizipation der Massen veranlaßte die nationale Führung der CDS eine Zustandsanalyse zu erstellen, die in ihren Kernpunkten folgendes Ergebnis brachte:

a) die Tendenz der Verantwortlichen, sich von der Basis zu entfernen.
b) eine Bürokratisierung der Kader
c) der Verlust des speziell kommunalen Charakters der CDS und
d) eine fehlende bzw. mangelhafte Betreuung der Basisdirigenten durch die höheren Ebenen.

Versuch einer Redemokratisierung

Nach der Evaluierung der Untersuchung verabschiedete die Nationale Versammlung der Basisdirigenten ein Arbeitsprogramm, um die CDS zu demokratisieren und wieder einen höheren Partizipationsgrad zu erreichen. Als zentralen Punkt beinhaltete es die erstmalige Wahl von Stadtteilkomitees auf nationaler Ebene ab Ende 1985. Bis zu diesem Zeitpunkt waren die wenigsten Basisdirigenten von den Stadtteilbewohnern in geheimer Abstimmung gewählt worden. Oftmals waren sie automatisch durch ihre Rolle während der Aufstandskämpfe in der Funktion des Dirigenten verblieben, oder sie wurden von der FSLN mit oder ohne Akklamation der Stadtteilversammlung in ihr Amt hineingesetzt.

Massenmobilisierung bleibt aus

Der Demokratisierungs- und Remobilisierungsprozeß brachte allerdings nicht die erhofften Resultate. Abgesehen davon, daß nach einer anfänglichen Begeisterung, mit der vielerorts die Wahlen in den ersten Monaten nach dem Beschluß durchgeführt wurden, diese bald nachließ und bis Mai 1988 in weniger als sechzig Prozent der Stadtteile, wo ein CDS existierte, das gewählte Komitee heute häufig ohne die Unterstützung der Bewohner arbeitet oder seine Arbeit eingestellt hat. Selbst historisch revolutionäre Stadtviertel Managuas oder anderer Städte bleiben von der abnehmenden Partizipation nicht verschont. Von Aktionen zur Gesundheitsvorsorge, wie der Säuberung der Abwasserkanäle bis zur Mitarbeit in kommunalen Gärten: die Beteiligung der Massen ist gering. Die Fähigkeit der FSLN, in Zusammenarbeit mit den CDS die Massen kurzzeitig und spontan zu mobilisieren, wie dies beispielsweise bei der Kampagne zur Preiskontrolle nach der Währungsreform oder aufgrund der Zerstörungen durch den Hurrican der Fall war, widerspricht dem nicht. Und zwar deshalb nicht, weil es sich dabei um ganz andere Belange handelt, nämlich um übergeordnete, im nationalen Interesse liegende.

Bei der Analyse der krisenhaften Entwicklung der CDS müssen — wie der Sozialwissenschaftler Marchetti[10] sagt — die Besonderheiten der nachrevolutionären Gesellschaft berücksichtigt werden. Dies sind die ökonomischen, ideologischen politischen und sozialen Restriktionen, die die militärische Verteidigung jeder siegreichen Revolution gegen den Imperialismus beinhaltet. Es wurde von der FSLN versäumt, das politische Bewußtsein der Massen zu schulen; das ist eine wesentliche Ursache für das Scheitern der CDS. Das Volk wurde zwar in beispielloser Art und Weise zum Aufstand gegen die Samozadiktatur geführt, aber nicht darauf vorbereitet, mit welchen Problemen die Institutionalisie-

GROBSCHEMA DER ORGANISATIONSSTRUKTUR DER CDS

NATIONALES EXEKUTIVKOMITEE

bestehend aus

Dirigent
+

Verantwortliche(r) für Propaganda und Agitation	Verantwortliche(r) für Verteidigung der Ökonomie	Verantwortliche(r) für kommunale Entwicklung	Verantwortliche(r) für soziale Verteidigung

REGIONALES EXEKUTIVKOMITEE

ZONALES EXEKUTIVKOMITEE

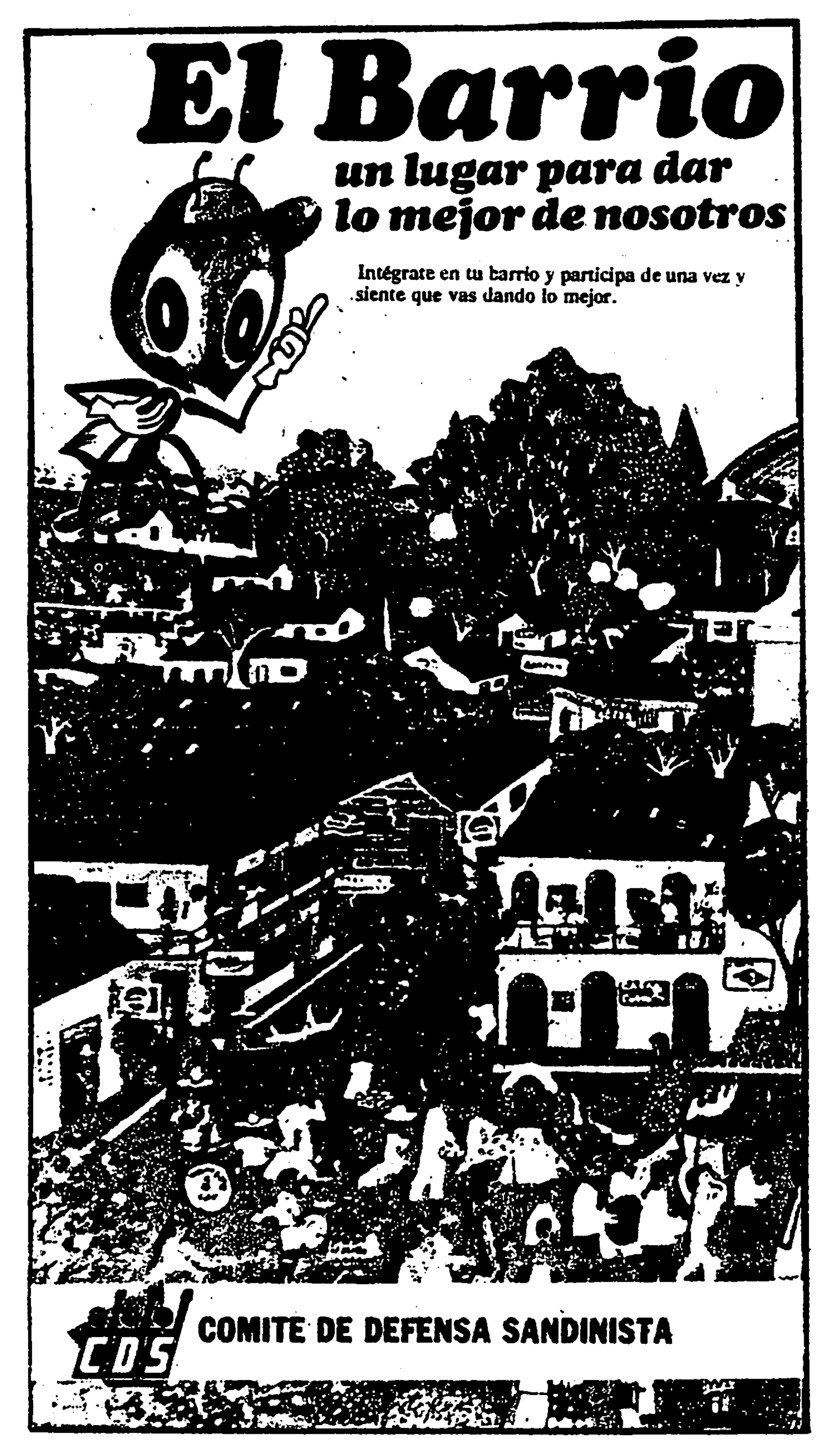
KOMMUNALES EXEKUTIVKOMITEE

STADTTEIL EXEKUTIVKOMITEE

STRASSENBLOCK EXEKUTIVKOMITEE

Anm.: a) alle Komitees verfügen über die gleiche Anzahl von Mitgliedern und die gleichen Verantwortlichkeiten.

b) ab der zonalen Ebene werden die Mitglieder der Exekutivkomitees nicht gewählt, sondern meistens von der FSLN vorgeschlagen und von der jeweiligen Versammlung qua Akklamation bestätigt.



„Der Stadtteil, ein Ort, wo wir unser Bestes geben.

Komm in deinen Stadtteil, mach mit und entdecke, wie du dein Bestes gibst."

rung des revolutionären Staates sich auseinandersetzen muß. Die FSLN machte nicht deutlich genug, daß auch ein revolutionärer Staat eine Eigendynamik entwickeln kann, und es Aufgabe der Massen ist — wie bereits Lenin betonte — ihre Interessen gegen den Staat zu verteidigen, gerade weil der revolutionäre Staat angesichts der imperialistischen Kriegsaggression dazu neigt — und Nicaragua ist hier keine Ausnahme — seine Fähigkeit zur Selbstkritik zu verringern. Aber mit der Zunahme der konterrevolutionären Aktivitäten reduzierte sich die Möglichkeit der Kritikäußerung, da der Staatsapparat seine Entscheidungen immer mehr zentralisierte und die CDS, wie alle anderen Massenorganisationen, ihre relative Autonomie einbüßte.

Tendenz zur Bürokratisierung

Vertikale Strukturen verstärkten sich auf allen Organisationsebenen der CDS, und vor allem die Basisdirigenten tendierten dazu, bloße Transmissionsriemen des Staates zu sein. Auf der einen Seite blieben unzählige Anliegen, die die Bewohner mittels ihres Basisdirigenten an staatliche Institutionen richteten, in einer ineffizienten Bürokratie hängen, während andererseits die staatlichen Organe die CDS bei jeder sich bietenden Gelegenheit zur Mitarbeit aufsuchten, ohne daß vorher in den betreffenden Stadtteilen darüber diskutiert wurde. Oft trauten die Bewohner sich nicht, sich den Anweisungen der Basiskoordinatoren zu widersetzen, da die Koordinatoren über quasi-staatliche Macht verfügten, indem sie die Lebensmittelkarten verteilten, die Berechtigungsscheine für Wasser- und Stromanschluß ausstellten und für Bewohner, die sich bei staatlichen Behörden um eine Stelle bewarben, eine Unbedenklichkeitserklärung abgeben mußten.

Deshalb erschienen sie in ihrem Stadtviertel mit der Zeit mehr als Repräsentanten des Staates als Vertreter der Bewohnerinteressen. Ein weiterer wesentlicher Aspekt ist die kontinuierliche Abnahme der Mitarbeiter, den die Basiskomitees in der Vergangenheit zu beklagen hatten. Fortwährend verließen die aktivsten und fähigsten Mitglieder die Organisation, um Aufgaben in der Verteidigung und auf anderer staatlicher Ebene zu übernehmen.

Negativ wirkte sich zudem aus, daß die meisten Basiskoordinatoren gleichzeitig Mitglieder der FSLN sind, und oft das Parteiinteresse über das der Stadtteilorganisation stellen und dadurch pluralistische Strukturen unterdrücken. Die Tendenz, eher Positionen der FSLN einzunehmen, zeigt sich auch bei den Verantwortlichen ab der zonalen Ebene. Ab dieser Ebene arbeiten sie als bezahlte, von der FSLN eingesetzte Vollzeitfunktionäre. Darüberhinaus verfügen sie oft nicht über die nötige Nähe zur Basis, da sie für Zonen mehrere Stadtteile verantwortlich sind, denen sie nicht entstammen, geschweige denn von der Bevölkerung in diese Position gewählt wurden.

Neben anderen Aspekten, wie der tiefen Wirtschaftskrise oder der Militarisierung aufgrund des Contrakrieges, haben diese Faktoren dazu beigetragen, daß sich die Partizipation der Bevölkerung in den CDS,

sofern überhaupt noch vorhanden, in eine eher operative verwandelt hat. Das heißt die Partizipation beschränkt sich darauf, politische Aufgaben auszuführen, ohne sich an der Definition der Aufgaben zu beteiligen.

Neustrukturierung der CDS

Aber gerade in der gegenwärtigen äußerst kritischen Situationen benötigt die sandinistische Revolution ein Volk mit Initiativkraft. Deshalb kam es im vergangenen Jahr innerhalb der CDS zu personellen, strukturellen und programmatischen Veränderungen. Mit Omar Cabezas steht ein Mann an der Spitze der Organisation, der, wie es in Nicaragua heißt, die Sprache des Volkes spricht und deshalb fähig ist, wie es Carlos Fonseca der Gründer der FSLN einst ausdrückte, von den Massen zu lernen, um die Massen zu lehren.

Als bedeutendste Veränderung ist die Annullierung des Machtmonopols der CDS in den Stadtteilen zu sehen. Fortan übernehmen „Komitees für kommunale Entwicklung", an denen sich alle im Stadtteil existenten gesellschaftlichen, politischen und religiösen Gruppen beteiligen sollen, die bisherige Aufgabe der CDS. Unterstützt werden die Komitees von den kommunalen Promotoren, die an die Stelle der zonalen Dirigenten treten und direkt in den Stadtvierteln mit der Bevölkerung Problemlösungsstrategien erarbeiten. Es wird zukünftig kein Projekt realisiert werden, das nicht dem Willen der Basis entspringt. Begleitet werden diese Maßnahmen von einem verstärkten Kampf gegen vertikale und bürokratische Strukturen durch eine aktivere Kontrolle der Basisdirigenten seitens der höheren Organisationsebenen. Desweiteren sollen überall dort Wahlen abgehalten werden, wo bislang keine stattgefunden haben und alle gewählten Koordinatoren anschließend in korrektem Führungsstil ausgebildet werden. Schließlich werden die Basisdirigenten von allen Aufgaben befreit, die ihnen quasi-staatliche Macht verliehen (s.o.) haben. Massenorganisation und Staat sollen damit getrennt werden.

Es scheint das Ziel der Restrukturierung der CDS zu sein, mittels eines Projektes der nationalen Einheit die frühere Selbsthilfebereitschaft der nicaraguanischen Bevölkerung wiederzubeleben. Ob dies allerdings in gleichem Maße möglich ist wie zur Zeit der Diktatur, darf bezweifelt werden.

Stefan Flaig

Anmerkungen:

1 vgl. envío (dt. Ausgabe), Nr. 85, Juli/August 1988, S. 16

2 die Studie stützt sich auf Untersuchungen, die bei Kindern der ersten Schulklassen im kriegsgeschädigten Norden und in den ärmeren Vierteln der Städte durchgeführt wurden. Dabei wiesen durchschnittlich 22 Prozent der Kinder Symptome von Unterernährung auf. Vgl. ANN Wochenbulletin Nr. 132/133 vom 29.11.88, S. 8

3 die Untersuchung wurde in Managua durchgeführt und bezog sich auf eine Grundgesamtheit von 350.000 Personen über 16 Jahre. Die Zahl der Stichprobe lag bei 1200 und gliederte sich nach verschiedenen sozialen Schichten, vom bürgerlichen bis zum marginalisierten Sektor. Vgl. Barricada Internacional vom 14.7.88, S. 9

4 Die Organisation „Nicaraguanischer Widerstand" (Resistencia Nicaraguense) ist ein Zusammenschluß von im Land befindlichen und von außerhalb agierenden Oppositionskräften, deren Ziel die militärische Beseitigung des revolutionären Staatssystems der Sandinisten ist. Die in der sogenannten „Coordinadora Democratica" zusammengeschlossenen inländischen Kräfte werden angeführt von dem Unternehmerverband COSEP und den Parteien, die 1984 die Wahlen zum Nationalparlament boykottierten. Zu den externen Vereinigungen zählen Gruppen wie die „Nicaraguanischen Christdemokraten im Ausland" oder ehemalige Verbündete des Diktators Somozas.
Die RN verfügt über ein siebenköpfiges Direktorium, das der von Honduras aus operierenden Söldnerbande unter Führung des Ex-Schergen Somozas, Enrique Bermudez, in der Weltöffentlichkeit eine politische Fassade aufbauen soll.
Innerhalb dieser RN bildete sich durch die Initiative des Direktoriumsmitglieds Alfredo Cesar die „Koalition des Demokratischen Zentrums", das sich auf fünf einflußreiche, eher konservativ liberale Gruppen, wie der Sozialdemokratischen und der Konservativen Partei Nicaraguas zusammensetzt. Die Koalition versucht damit, die ultrarechten und somozistischen Gruppen, die bedingungslos die militärische Strategie unterstützen, politisch zu isolieren.
(zu dem Spaltungsphänomen der Contra siehe auch Flaig, S., Die Contra in der Zerreißprobe, AIB-Dritte Welt Zeitschrift, 19 (1988)6, S. 56f

5 vgl. Interview in: Correos de Centroamérica, August/September 1988, S. 14f.

6 vgl. Marchetti, P.E., Guerra, Participación Popular y Transición al Socialismo, in: Coraggio/Deere (Hrsg.), La Transición Difícil, Managua 1987, S. 100-125, S. 101

7 An den Nachtwachen beteiligen sich normalerweise zwei Personen aus einem Straßenblock, die für die Sicherheit der Bewohner Sorge tragen und dabei eng mit der Polizei zusammenarbeiten sollen. Primäre Aufgabe ist der Schutz vor konterrevolutionären Aktionen, aber auch vor gewöhnlichen kriminellen Handlungen. Das System der Revolutionären Nachtwachen führte neben anderen Faktoren wie einer gerechteren Verteilung durch die große Beteiligung der Bevölkerung in den ersten fünf Jahren der Revolution von 1980 bis 1984 zu einer Abnahme der registrierten Delinquenz von achtzig Prozent.
Vgl. West, G., Vigilancia Revolucionaria: A Nicaraguan Policing Resolution to the Contradiction between Public and Private, Toronto 1985, S. 14.

8 die Begriffe Basisdirigent und Basiskoordinator werden synonym verwendet (s. Kasten „Organisationsstruktur der CDS").

9 ursprünglich versteht man unter Caudillismo eine im 19. Jh. v.a. in Lateinamerika auftretende Herrschergestalt, deren Machtausübung teilweise auf Gewalt, teilweise auf freiwilliger Anerkennung durch Anhänger beruht. Die kulturelle, soziale und politische Rückständigkeit der zum großen Teil marginalisierten Bevölkerung ist der Hauptgrund, warum charismatische und dominante Führerpersönlichkeiten Herrschaft ausüben können, die institutionell nicht verankert ist.

10 Peter Marchetti ist ein us-amerikanischer Jesuit und Marxist, der an der Universität von Zentralamerika in Managua lehrt und hauptsächlich zu Problemen des Marxismus und Sozialismus in Lateinamerika, v.a. Nicaragua, forscht.

Sonstige Quellen: Pensamiento Proprio, Nueva Sociedad, Barricada, El Nuevo Diario, Infopress Centroamericano und Interviews mit Koordinatoren der verschiedenen Organisationsebenen der CDS.

Ex-Contra-Geheimdienstchef packt aus

Sein Deckname besagt schon viel: „Comandante Mercenario" (Söldnerkommandant). Horacio Arce kämpfte 8 Jahre in den Reihen der Contra, die seit 1981 die nicaraguanische Bevölkerung terrorisiert. Offensichtlich enttäuscht, beschloß der 33-jährige ehemalige Chef des Geheimdienstes der sogenannten „Demokratischen Nicaraguanischen Kraft" (FDN), diese Organisation zu verlassen, und kam am 3. November 1988 nach Nicaragua, wo ihm die Regierung Amnestie angeboten hat. „Das ist ein sinnloser Krieg, der zu nichts führt und dem nicaraguanischen Volk nur Schmerz bereitet. Die große Stunde des Krieges ist bereits vorbei", erklärt Arce gegenüber der Nachrichtenagentur ANN, die in Mexico-City noch vor seinem Abflug nach Managua ein Interview mit ihm machen konnte.



Contra in voller Montur

„Comandante Mercenario" desertierte vergangenen September und hielt sich einige Zeit in einem Hotel in Tegucigalpa versteckt, wo er um Hilfe bat. Er erhielt freies Geleit und flog nach Mexiko, um schlicht und einfach sein Leben zu retten und wieder in seine Heimat zurückzukehren, wie er sagt.

Der Ex-Contra-Chef ist der Sohn des Mayors Horacio Arce, der bis zum 19. Juli 1979, dem Sieg der sandinistischen Revolution, in der Nationalgarde von Anastasio Somoza gedient hatte. Damals flohen sie zusammen nach Honduras. Sein Vater, weil er in der Nationalgarde gedient hatte und die sandinistische Justiz fürchtete, und er, weil er für den Geheimdienst des Diktators gearbeitet hatte.

Ein Jahr lang hatten sie ihren Lebensunterhalt mit einfachen Arbeiten verdient, dann schlossen sie sich 1980 den neugebildeten konterrevolutionären Streitkräften an, die von der US-Regierung organisiert und finanziert wurden, um die sandinistische Regierung zu stürzen.

Während mehr als acht Jahren unternahm Horacio Arce als „Comandante Mercenario" von honduranischem Territorium aus Dutzende von Angriffen gegen Nicaragua. Seine letzte Operation in Nicaragua liegt kaum fünf Monate zurück und fand zu einem Zeitpunkt statt, als die nicaraguanische Regierung bereits ihre Offensivaktionen eingestellt und den noch heute geltenden Waffenstillstand verfügt hatte.

In den vergangenen drei Jahren fungierte Arce als Geheimdienstchef der Contra. Er war Verbindungsglied zwischen der Contra und den honduranischen Offizieren und koordinierte die Versorgung der Söldner.

Er ist nicht bereit, über seine eigene Vergangenheit zu sprechen, nennt aber seine Motive, die ihn dazu veranlaßt hatten, der Contra den Rücken zu kehren: „Die weitverbreitete Korruption, die alle Ebenen ergriffen hat, ständige Kompetenzstreitigkeiten; Mordanschläge innerhalb der Contra, die vom Ex-Oberst der Nationalgarde Enrique Bermudez angeführt werden, sowie die Tyrannei von Bermudez und die militärischen Niederlagen, die die Contra in den letzten Monaten erlitten hat."

Er spricht vor allem von den Verbindungen zwischen der Contra und Honduras und der US-amerikanischen Unterstützung für die Contras; er nennt die Namen verschiedener Akteure und bestätigt die Existenz einer Militärbasis in den USA, wo Contras entgegen der Beschlüsse des Kongresses ausgebildet werden.

Die honduranische Regierung behauptet steif und fest, daß die honduranische Armee nicht die Contra unterstützt. Sie behaupten das Gegenteil. Wo liegt die Wahrheit?

Das sind lediglich politische Ausflüchte! Der honduranischen Regierung behagt es nicht, die Realität zuzugeben. Gibt es denn eine bessere Unterstützung, als das eigene Territorium auszuleihen? Alle Hauptbasen befinden sich in Honduras. Zusätzlich erhalten wir jegliche Unterstützung, von Geheimdienstinformationen bis hin zu direkter militärischer Hilfe, wenn es nötig sein sollte. Wir könnten ohne dieses gesicherte

Rückzugsgebiet nicht existieren. Ohne die Zusammenarbeit mit Honduras hätten wir praktisch nichts machen können!

Haben Sie Beweise für das, was Sie sagen?

Ja, ich war der Chef des Nachrichtendienstes und Verbindungsmann zur honduranischen Armee! Wir erhielten Hilfe von der honduranischen Armee. Konkret: von dem Bataillon 3-16, dem honduranischen Geheimdienst DIN sowie von allen anderen Bereichen der Armee.

Ich kann Ihnen Namen nennen, wie zum Beispiel denjenigen von Hauptmann Leonel Luque Jimenez, Chef des Nachrichtendienstes der honduranischen Armee. Er wohnt in Tegucigalpa, im Stadtviertel „15. September" im Haus Nummer P-7. Weiter: Leutnant Espinales, Chef des honduranischen Geheimdienstes in Danlí. Die Leutnants Moya und Flores in Yamales. Hauptmann Serrano von der honduranischen Luftwaffe, Oberst Calderini und Oberst Erick Sanchez, die für die Kooperation verantwortlich sind. Sie alle geben uns die notwendigen Geheiminformationen und überlassen uns Land für unsere Lager, sie helfen uns bei der Versorgung und bilden uns sogar aus. Unsere Fallschirmspringer werden beim Zweiten Bataillon in Tamara, 40 km von Tegucigalpa entfernt, ausgebildet, wo auch die honduranische Spezialeinheit „Agrupación Tactica Especial" ATE steht.

In Salamar, beim Elften Bataillon in Choluteca, ist unser Zentrum für den militärischen Unterricht. Einmal kam Leutnant Zepeda mit 16 Unteroffizieren dorthin.

Sie erwähnten, daß Sie auch militärische Unterstützung erhalten und nicht nur logistische Hilfe und Ausbildung...

Bei allen Aktionen nahe der Grenze zwischen Honduras und Nicaragua ist die honduranische Armee beteiligt. Ich will nur an 1986 erinnern, als unsere Truppen unter einem erheblichen Druck standen. Damals unterstützte uns die honduranische Luftwaffe mit Flugzeugen des Typs T-34 und Super Mistère: Sie griffen sandinistische Stützpunkte in den nördlichen Provinzen Nueva Segovia und Jinotega an.

Das ermöglichte uns ein kurzes Luftholen, was in dem damaligen Augenblick lebensnotwendig war. Sie lassen uns auch wertvolle Informationen über militärische und nichtmilitärische Ziele in Nicaragua zukommen, bevor wir einen Angriff gegen diese Objekte unternehmen.

Weshalb greift die Contra nichtmilitärische oder zivile Objekte an?

Oft greifen wir Schulen, Gesundheitszentren und andere Objekte der Infrastruktur an. Wir wollen damit verhindern, daß die Dienstleistungen der nicaraguanischen Regierung die Bauern auf dem Lande erreichen. Die Idee dahinter ist, das sandinistische Entwicklungsprojekt zum Scheitern zu bringen.

Wissen Sie neben der bekannten Wirtschaftshilfe der USA noch von anderen Verbindungen zwischen den USA und der Contra?

Da gibt es viele. Ich kann Ihnen Namen von US-Beamten nennen, die uns von der US-Botschaft aus mit Informationen und anderem bedienen. Ich kenne Robert McChorm und Alex Zunerman, die uns mit den Dokumenten für unsere Reisen versehen.

Ein Beispiel nur: 1986 wurden wir das ganze Jahr hindurch auf einer Luftwaffenbasis in den USA ausgebildet. Sie heißt Eaglen und liegt an dem Punkt, wo sich die drei US-Staaten Alabama, Florida und Georgia berühren. Sie ist unheimlich groß. Dort existieren 17 geheime Landepisten, die 1983 zur Invasion von Grenada benutzt wurden.

Unsere Ausbilder waren US-Amerikaner, einer von ihnen war Kubaner; er hatte den Decknamen „Mario Camilo". Auch war da ein Chilene, der heute Sicherheitsberater in Honduras ist.



Enrique Bermudez

Zwischen 1986 und 1987 veranstalteten sie etwa acht bis neun zweimonatige Kurse mit jeweils 170 Teilnehmern; ich war beim ersten Kurs für Comandantes dabei. Es gab auch Kurse für mittlere Kader, Spezialtruppen und Ausbilder sowie Gesundheitsarbeiter.

Hält diese US-Hilfe immer noch an?

Vor kurzem wurden 27 Mio. Dollar humanitäre, nichttödliche Hilfe im Kongreß bewilligt. So wird sie zwar genannt, aber es stehen klar militärische Zielsetzungen dahinter. Ich glaube aber, daß das amerikanische Volk diesen Krieg nicht mehr unterstützen will. Sie haben die Sinnlosigkeit dieses Krieges erkannt, der allein auf Kosten des nicaraguanischen Volkes geführt wird und kein positives Ende nehmen kann. Der Krieg ist am Ende und die Contras gescheitert.

Das war also der Grund, weshalb Sie die Contra verlassen haben?

In Wirklichkeit hatte ich mehrere Gründe. Ich werde einen nach dem anderen aufzählen. Der erste ist die weite Verbreitung der Korruption auf allen Ebenen, aber in erster Linie in der Führung. Enrique Bermudez ist ein wahrer Tyrann, und ich denke, er sieht sich als zweiten Somoza oder etwas ähnliches. Alle Ex-Guardias, die in der Contra kämpfen, glauben, daß der Somozismus noch existiert. Deshalb haben sie ihre „Gewohnheiten" der Vergangenheit beibehalten.

Stellen Sie sich vor: gegenwärtig verkaufen sie alle Hilfsgüter, die für die Truppen bestimmt sind. Bermudez und sein Lagerverwalter Carlos Guillen (oder Gustavo) machen große Geschäfte. Sie verkaufen einfach alles, Militärutensilien, Medizin, Nahrungsmittel, Zigaretten bis hin zu den Waffen. In den Läden und Apotheken von Tegucigalpa und anderen Städten können Sie alle die für die Contra bestimmten Produkte wiederfinden. Das Geld bringen sie auf ihren dicken Bankkonten in Sicherheit. Ein Händler namens Romero in Tegucigalpa dient ihnen als Vermittler.

In Danlí gibt es einen Laden, dessen Produkte allesamt aus Contrahilfe-Beständen stammen. Er heißt „Bazar San Jorge" und gehört einem Türken, der eng mit den Contraführern befreundet ist.

Wem verkaufen sie die Militärutensilien und die Waffen?

Man sagt, daß sie möglicherweise in die Hände der Guerilleros von El Salvador gegeben werden. Was ich weiß, ist, daß ein Honduraner namens Marcos Herrera, der im Stadtviertel „La Concordia" von Tegucigalpa wohnt und einen roten viersitzigen Pickup Marke Toyota besitzt, an dessen Nummer ich mich nicht mehr erinnern kann, den Handel mit den Waffen einschließlich Radiogeräten betreibt.

Auf jeden Fall finden die Treffen im Park Herrera in Tegucigalpa statt, den Namen des Parkes habe ich nicht vergessen, da er derselbe wie der Nachname des Händlers ist. Sehen Sie, es werden dort Hunderte von Kalaschnikows verkauft, jede einzelne mit 3 Magazinen und 600 Patronen. Es ist eine Riesenkorruption im Gange!

Welches sind die anderen Motive neben der Korruption, die Sie dazu veranlaßt haben, die Contra zu verlassen?

Weitere Motive sind das Kompetenzgerangel, die Intrigen und die Tyrannei von Bermudez, der die ihm unbequemen Contras schikaniert oder rundweg ermorden läßt. Ich wüßte von vielen Fällen zu berichten. Leonardo Zelcdón, zum Beispiel, bekannt unter dem Decknamen „Chespirito", wurde brutal zusammengeschlagen, weil er sich den Befehlen von Bermudez widersetzte. Den Rest seines Lebens verbringt er im Rollstuhl. Ein weiterer Fall ist Ivan Bendaña, ein Ausbilder, der Probleme mit Bermudez hatte. Bendaña wurde „El 30" genannt, er wurde mit 30 Schuß umgebracht, ein ganzes Magazin haben sie leergeschossen.

Fernando, Rigoberto und andere Militärchefs, die Bermudez nicht gehorchen wollten, nahm das honduranische Heer gefangen und deportierte sie nach Miami. Ein

weiterer Grund für meine Entscheidung war die Tatsache, daß die Contra einem keine Freiheit läßt, zu gehen, wann man will. Wenn man die Entlassung anfordert, landet man bestenfalls im Rollstuhl. Man kann nicht einfach gehen, wenn man keine Lust mehr hat.

Was meinten Sie mit „militärischer Niederlage"?

Sie ist unübersehbar! Gegenwärtig befinden sich 3200 Contras in Honduras. Auf diejenigen in Nicaragua selber kann man nicht groß zählen, da die Mehrheit von ihnen Deserteure sind. Was Honduras betrifft, gibt es nur Intrigen und Streitigkeiten, und die Hilfe erreicht die Truppen nicht, sondern bleibt auf dem Weg stecken und wird zur persönlichen Bereicherung verkauft. Obwohl die Kriegsabsichten weiterhin bestehen – der einzige Luxus, den sich die Contra noch leisten kann – hat die Contra stark an Glaubwürdigkeit verloren.

Den Leuten gingen die Augen auf, sie haben erkannt, daß Nicaragua mit großen Problemen zu kämpfen hat: Erdbeben, Kriege und nun der Hurrikan. Sie wissen, daß, was Nicaragua benötigt, Arbeitskräfte sind, die das Land aus seinen Schwierigkeiten herausbringen. Die Leute sehen ein, daß momentan die Fortführung des Krieges das Dümmste ist, was man machen könnte, und daß das nicaraguanische Volk nur darunter zu leiden hätte.

Genau deshalb möchte ich mein Leben ändern und nach Nicaragua heimkehren, wo mir die nicaraguanische Regierung Amnestie anbietet. Ich möchte in diesem Zusammenhang, wenn Sie es mir erlauben, der sandinistischen Regierung für die Garantien, die sie mir anbietet, danken. Das gilt auch für Mexiko, wo ich Asyl erhalten habe. Ich möchte auch einen Aufruf an alle diejenigen, die sich noch in Honduras befinden, richten, ihre Augen zu öffnen und einem Waffenstillstand zustimmen, damit sie ihre Kraft für Nicaragua einsetzen können.

Was wollen Sie in Nicaragua arbeiten?

Überall, wo es notwendig sein wird, wo ich meine Fähigkeiten habe, und wo man mich braucht.

Auch in militärischen Aktivitäten?

Ich sage: überall wo es notwendig sein wird.

Glauben Sie nicht, daß die neue US-Regierung den Krieg weiterführen könnte? Daß, wenn die neue Militärhilfe bewilligt wird und die Contra wieder aufgebaut wird, alles von neuem beginnt...?

Der, der das erreichen könnte, ist noch nicht geboren, das versichere ich Ihnen. Diese Zeiten sind vorbei! Das wäre, als ob man Wasser in einem Papiersack aufbewahren wollte!

aus: ANN Wochenbulletin Nr. 131/15. Nov. 1988

Ohne Theorie keine Praxis

Daß die Redaktion der „Blätter" sich dazu durchgerungen hat, mit dem Schwerpunktthema „Dependenztheorie am Ende?" ein sog. heißes Eisen anzupacken, ist im Prinzip eine erfreuliche und durchaus begrüßenswerte Sache. Wird auf diese Weise der „Dritte-Welt-Solidaritätsbewegung" vielleicht wirklich ein Anstoß zum Nachdenken gegeben. Nur erfolgt dieser Anstoß viel zu spät, viel zu halbherzig bzw. viel zu wenig radikal und trotz vier aufgebotener Beiträge viel zu einseitig aus der Berliner Sicht, die ja „schon immer" dagegen war. Bei etlichen Lesern dürfte deshalb vermutlich eher ein Zuwachs an Desinformation als an Klarheit zu verbuchen sein. Gab es keine anderen Autoren, oder wollte man keine anderen Autoren, weil die Ergebnisse sonst vielleicht allzu heikel geraten wären?

Der erste Eindruck, der sich dem unbefangenen Leser bei der Lektüre des Schwerpunkts aufdrängen muß, lautet: Die Krise der Dependenztheorie und die daraus resultierende Orientierungslosigkeit vieler ihrer Rezipienten ist in erster Linie das Resultat einer innerakademischen Auseinandersetzung, hervorgerufen insbesondere durch jene ominösen und mehrfach zitierten „entwicklungspolitischen Konvertiten". Würde es letztere nicht geben, wäre auch das Weltbild noch in Ordnung und also kein Grund zur Aufregung. Demgegenüber sollte zunächst in aller gebotenen Kürze und in aller Klarheit betont werden, daß es im wesentlichen drei Faktoren waren, die die neue Unübersichtlichkeit in der entwicklungspolitischen Diskussion provoziert haben.

Gemeint ist **erstens** der seit Ende der 1970er Jahre offenbar werdende reale Differenzierungsprozeß in der sog. Dritten Welt (OPEC- und Schwellenländer einerseits, wachsende Verelendung der „Vierten Welt" andererseits), der sich nicht zuletzt auch in einer wachsenden begrifflichen Vielfalt dessen niedergeschlagen hat, was die „Blätter" immer noch so selbstverständlich in ihrem Titel führen. Das ist nicht nur Spielerei, sondern Ausdruck des Versuchs, dem genannten Prozeß terminologisch und theoretisch gerecht zu werden.

Zweitens kann keine Rede mehr davon sein, daß der Nord-Süd-Konflikt noch eine reale Basis hat (wenn er sie jemals hatte, wie er seit der berühmten Bandung-Konferenz von 1955 in der Blockfreienbewegung, der Gruppe der 77, den diversen Rohstoff-Kartellbestrebungen und den Forderungen nach einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung seinen politischen und organisatorischen Ausdruck gefunden hatte. Spätestens die Politik der OPEC, unter der die nichtindustrialisierten ölimportierenden Länder am allermeisten zu leiden hatten, und der auch gegen traditionelle Fertigwarenproduzenten in Lateinamerika und Asien gerichtete Verdrängungswettbewerb der Schwellenländer, hat die gemeinsame Interessenbasis der Dritten Welt und ihre gemeinsame Frontstellung gegenüber den Industrieländern zur reinen Fiktion werden lassen.

Und **drittens** sind die als praktische Alternative in den 1970ern gepriesenen diversen sozialistischen Modelle (China, Vietnam, Kuba, Nordkorea, Albanien, Angola, Mosambik, Äthiopien etc.) allesamt mehr oder weniger gescheitert, was inzwischen von den meisten der besagten Länder auch mehr oder weniger unverhohlen eingestanden wird. Erinnert sei nur an die ideologischen Hiobsbotschaften aus China und die dort seit Ende der 1970er Jahre eingeleiteten Wende, die bei vielen westlichen Linken regelrechte Schockwirkung zeigten, der Krieg zwischen China und Vietnam, der vietnamesische Einmarsch in Kambodscha, das Terrorregime des Pol Pot, die Despotie eines Kim Ilsung, die Erstarrung der kubanischen Revolution, der Ogaden-Konflikt etc. Nicaragua ist hier die letzte Bastion, deren anhaltende Unterstützung durch die weltweiten Sympathisanten vor allem der unseligen US-Intervention zu verdanken ist und dadurch den Blick für dortige Probleme (etwa die Indianer-Frage) verstellt hat. Selbst sog. dritte Wege wie etwa das linke Militärregiment im Peru der 1970er Jahre, die Nelkenrevolution in Portugal, die ölfinanzierte Strategie von Algerien oder Libyen haben abgedankt oder mußten die eigene Krise konzedieren: Umgekehrt sind auch eine Reihe von kapitalistischen oder realsozialistischen Län-

dern, die die Modernisierung mit Hilfe massiver Anleihen im Westen finanzieren wollten, in die Fänge der Verschuldung geraten und stehen vor dem wirtschaftlichen Kollaps (Mexiko, Argentinien und die Philippinen ebenso wie Jugoslawien, Polen und Rumänien).

Das ist der reale Hintergrund, vor dem seit Ende der 1970er Jahre, zunächst beschränkt auf den akademischen Bereich, auf allen Seiten die liebgewordenen entwicklungstheoretischen Paradigmen ob ihres Erklärungswertes in Frage und ganz neue Fragen gestellt wurden, die wiederum eine breite empirische und historische Forschung auslösten mit dem Resultat, daß die alten Erklärungsmuster modifiziert oder weiterentwickelt, vielleicht sogar ganz aufgegeben und neue theoretische Entwürfe vorgestellt wurden. Dieser Umstand ist nun aber keinesfalls kritikwürdig, sondern der schlichte Ausdruck sozialwissenschaftlicher Tätigkeit. Schließlich wird Forschung ja nicht nur zu dem Zwecke betrieben, alte Dogmen immer wieder zu bestätigen, dann gerät Wissenschaft zur Ideologie, sondern auf neue Entwicklungen auch kritisch zu reagieren. Daß Wissenschaft, insbesondere Sozialwissenschaft, immer nur Annäherung an die Wahrheit sein kann, bedarf eigentlich nicht der ausdrücklichen Betonung. Das Resultat ist derzeit eine breite Auffächerung der Positionen und Ansätze in allen theoretischen Lagern, wobei die Grenzen vielfach fließend geworden sind. Genau das vermittelt das letzte Heft der „Blätter" nicht, sondern suggeriert, daß die nebulöse Formel im Vorwort von der „auf Stand gebrachten Imperialismustheorie, die die Entwicklungen des gesamten Kapitalismus ins Blickfeld nimmt" ein neues Patentrezept anbietet. Die Unübersichtlichkeit mag bedauern, wer für sein Weltbild klare Orientierungen benötigt, der Vielfalt der skizzierten Realität ist dieser Zustand sicher adäquater.

Da meine Arbeiten in allen Beiträgen des Schwerpunktes explizit oder implizit angesprochen, mit diversen Etiketten belegt und vor allem in einiger Hinsicht schlichtweg falsch dargestellt bzw. interpretiert wurden, erlaube ich mir zunächst einige Richtigstellungen in eigener Sache. Wirklich ärgerlich ist **der Beitrag von Dirk Messner.** Auch wenn es vielleicht schmeichelhaft klingt, als Vertreter einer „großen entwicklungstheoretischen Schule" apostrophiert zu werden, die dann allerdings mangels eigener Begrifflichkeit nur noch vage als „Menzel/Senghaas-Positionen" (man beachte den Plural!) benannt wird, so sollte doch die wissenschaftliche Redlichkeit gebieten, diese „Positionen" auch vorab adäquat zu skizzieren, bevor man sie kritisiert. Das geschieht nicht. Stattdessen wird ihnen an sechs Stellen eine unzutreffende Aussage unterschoben.

1. Behauptung: Es handele sich bei Menzel/Senghaas um die „prominentesten entwicklungstheoretischen Konvertiten" in der BRD. Hier wird eine Metapher aus dem religiösen Bereich bemüht, die beim Leser offenbar suggerieren soll, daß es sich um die Frage des rechten Glaubens handle. Dieser Begriff wird dann auch prompt im Vorwort zum Schwerpunktthema wieder aufgenommen, erfährt so die höhere Weihe einer Aussage der Redaktion, was auf den naiven Leser sicher Wirkung macht, und dürfte folglich eine Weile durch die Szene geistern. Richtig ist sicherlich – ich spreche im folgenden in erster Linie über meine eigene Arbeit, die natürlich über viele Jahre in enger Zusammenarbeit mit Dieter Senghaas erfolgte –, daß die Dependenztheorie (aber nicht nur sie) Anfang der 1970er Jahre einen wesentlichen Anstoß für die Beschäftigung mit entwicklungspolitischen Themen gegeben hat. Schließlich stehen wir alle auf den Schultern unserer Vorfahren, und niemand beginnt im theoretisch luftleeren Raum. Wer aber meine Veröffentlichungen nicht nur aus zweiter Hand zitiert, sondern wirklich selber liest, auch wenn sie bisweilen etwas arg lang geraten sind, wird unschwer feststellen, daß sie von Anfang an, d.h. seit dem 1978 erschienenen und 1975-77 verfaßten Buch über „Theorie und Praxis des chinesischen Entwicklungsmodells. Ein Beitrag zum Konzept autozentrierter Entwicklung" auch immer eine Auseinandersetzung mit der Dependenztheorie waren, deren pauschale Gültigkeit für China schon damals wesentlich relativiert wurden (Hurtienne z.B., der das Buch rezensierte, weiß das auch), was sich dann in späteren Büchern über nachholende Entwicklung in und außerhalb Europas (heutige kleinere OECD-Länder und Schwellenländer) fortsetzte, die zwischen 1978 und 1984 verfaßt, z.T. aber erst später veröffentlicht wurden. Das hat sich dann Zug um Zug in der weiteren Ausformulierung der Theorie autozentrierter Entwicklung niedergeschlagen (vgl. etwa das letzte Kapitel meines Buches „Auswege aus der Abhängigkeit. Die entwicklungspolitische Aktualität Europas" oder das Indikatorenmodell, das an verschiedenen Stellen, etwa in meinem Schwellenländerbuch oder in „Europas Entwicklung und die Dritte Welt" vorgestellt wurde). Diese aufgrund breiter empirischer und historisch-komparativ angelegter Untersuchungen gewonnenen Erkenntnisse haben einen Niederschlag in dem Anfang 1983 in der PVS (Politische Vierteljahreszeitschrift) veröffentlichten Aufsatz über den „Differenzierungsprozeß in der Dritten Welt" und die daraus zu ziehenden entwicklungstheoretischen Konsequenzen gefunden, ein Aufsatz, der bereits vor fünf Jahren eine gewisse Resonanz gefunden hat. Was Messner (oder auch Hurtienne) als einen Paradigmenwechsel bezeichnet, ist nichts anderes als der mühsame Weg zur Formulierung einer eigenständigen Position, der natürlich nie bei niemandem vollkommen gradlinig verlaufen kann oder von Anfang an bereits da ist. Das kann jeder nachvollziehen, der sich nur die Mühe des Lesens macht.

2. Behauptung: Ich hätte Südkorea oder Taiwan zum „Modell für die Dritte Welt schlechthin" hochstilisiert. Als Beleg wird ein Aufsatz zitiert, der nachweislich genau das nicht zum Inhalt hat. Er trägt den Titel „Die ostasiatischen Schwellenländer – Modell für die Dritte Welt?" (man beachte das Fragezeichen). Leider ist dieses Fragezeichen, wie es im Inhaltsverzeichnis des Sammelbandes auch zu finden ist, im Text selber aus nur von den Herausgebern zu verantwortenden Gründen verschwunden. Auf so banale Weise entstehen bisweilen Mißverständnisse. Dirk Messner hat mich vor Monaten auf diesen Punkt angesprochen, und ich habe versucht, ihm sein Miß-

verständnis aufzuklären. Hätte er außer der Überschrift auch den Aufsatz selbst gelesen, wäre er zwangsläufig auf die zusammenfassende Passage am Schluß gestoßen, in der es heißt: „Insgesamt ist also (in Südkorea und Taiwan) ein fruchtbarer Boden für eine Entwicklungsdiktatur gegeben — darum handelt es sich in beiden Ländern, und darüber sollte auch kein Zweifel bestehen —, der in anderen Teilen der Welt so nicht anzutreffen ist. Insofern sind dem Nachvollzug der skizzierten Strategie über den ostasiatischen Raum hinaus enge Grenzen gesetzt. Eine rasche Ausbreitung des Schwellenländer-Phänomens ist deshalb so ohne weiteres nicht zu erwarten." Damit dürfte eigentlich klar sein, daß es sich in meinem Verständnis nicht um ein Modell schlechthin handelt. Daß Messner es dennoch so darstellt, ist entweder ein Ausdruck von Dummheit oder von Bösartigkeit, was ich beides aber nicht unterstellen will, oder schlicht der Ausfluß eines Profilierungszwangs, der gerade bei jüngeren Kollegen des öfteren anzutreffen ist, wenn sie sich anschicken, auf einem Feld tätig zu werden, das bereits beackert ist, und zur Rechtfertigung des eigenen Tuns erst einmal alles andere in möglichst abqualifizierende Schubladen gepackt werden muß. Auch das Akronym „isar" haut in die gleiche Kerbe, weil für liebgewonnene Vorstellungen unbequem ist, daß sich Japans autoritär-etatistischer Weg nachholender Entwicklung in Ostasien multizipliert. Auch wenn man dem politischen System in Südkorea und Taiwan wenig Sympathie entgegenbringt, sollte die Szene endlich zur Kenntnis nehmen, daß es sich in beiden Fällen um die ersten Länder seit dem 2. Weltkrieg handelt, die zu Industrieländern geworden sind, ja bereits umgekehrt einen bemerkenswerten Verdrängungswettbewerb auslösen.

3. Behauptung: Der Zusammenhang zwischen externen und internen entwicklungsbestimmenden Faktoren bliebe in meinem Schwellenländerbuch unberücksichtigt. Das ist nachweislich eine Falschaussage. In besagtem Buch wie auch in mehreren auf die gleiche Thematik bezogenen Aufsätzen wird in extenso genau dieser Kontext abgehandelt (koloniales Erbe, Ost-West-Konflikt, Systemkonflikt zwischen Nord- und Südkorea bzw. Taiwan und China, politisch motivierte US-Hilfe, Arbeitsteilung mit Japan, weltwirtschaftliche Konjunktur etc.).

4. Behauptung: Es handele sich analog zur Modernisierungstheorie um eine „eindimensionale Betrachtungsweise", da nur die internen Faktoren berücksichtigt würden. Das trifft so pauschal bereits für die Modernisierungstheorie nicht zu und für meine Arbeiten schon gar nicht (s.o.). Im Gegenteil, in Kenntnis der Schwächen der klassischen Paradigmen habe ich mich gerade immer bemüht, eine solche Eindimensionalität zu vermeiden.

5. Behauptung: Meine „Globaltheorie" basiere auf „ahistorischen Prämissen" und „abstrahiere von den spezifischen welthistorischen und weltpolitischen Rahmenbedingungen." An dieser Stelle wird es wirklich ganz bunt. Schließlich habe ich auf etlichen hundert Seiten in diversen Büchern (zuletzt in „Auswege aus der Abhängigkeit", das bezeichnenderweise in keinem der Artikel auch nur Erwähnung findet) nichts anderes getan, als mein theoretisches Konzept auf die Basis historischer Untersuchungen zu stellen. Gerade die historisch-komparative Methode bei der Analyse einzelner Fälle in ihrem jeweiligen zeitgenössischen weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Kontext ist immer ein ganz wesentlicher Bestandteil meiner Forschungsstrategie gewesen. Ich bin eben gerade nicht dededuktiv, sondern induktiv vorgegangen. Da Messner in diesen Passagen alle „großen entwicklungspolitischen Schulen" in einen Topf wirft, kann er natürlich auch nur einen Einheitsbrei darin wiederfinden. Das liegt aber nicht an den Theorien, sondern an der getrübten oder arg selektiven Sichtweise des Kritikers.

6. Behauptung: Ich würde den Erfolg der ostasiatischen Schwellenländer lediglich als Resultat der richtigen Entscheidung, als voluntaristischen Akt, interpretieren, und kann folglich in eine Schublade mit den Neoliberalen gesteckt werden. Ich bitte um einen Beleg für diese Behauptung, die im übrigen auch der Neoklassik unrecht tut. Dirk Messner scheint es entgangen zu sein, daß das Schwellenländer-Buch in vielen Passagen nicht nur eine implizite Auseinandersetzung mit Fröbel/Heinrichs/Kreye, sondern auch mit der Kieler Schule (Donges u.a.) ist, die im übrigen in der Bundesrepublik außerhalb der Szene einen viel größeren Einfluß auf die Diskussion und vor allem auf die praktische Politik haben als alle von Messner so geschmähten großen Theoretiker.

Am Ende seines Überblicks bleibt für mich jedenfalls reichlich rätselhaft, worin denn eigentlich nach seiner Darstellung die Besonderheit der „Menzel/Senghaas-Positionen" liegen soll. Ich möchte der Redaktion der „Blätter" dringend empfehlen, es einmal mit einem Autoren zu versuchen, der solches zu leisten imstande ist. In der Nr. 135 der „Blätter" wurde übrigens eine zwar nicht unkritische, aber auf jeden Fall der Sache gerecht werdende Rezension meines Schwellenländer-Buches abgedruckt. Sollte der Redaktion dieser Widerspruch entgangen sein?

Was Messner dann zur Sache, d.h. zu Südkorea selber sagt, dem ist im wesentlichen zuzustimmen. Nur bringt er hier nichts Neues. Neben theoretischen Anleihen bei seinen Berliner Ziehvätern Altvater und Hurtienne, die natürlich nur positiv zitiert werden dürfen, handelt es sich weitgehend um ein Plagiat meiner Arbeiten zum Thema, ohne daß dieser Umstand durch entsprechende Verweise kenntlich gemacht wird. Was also wollte Messner eigentlich außer der eigenen Profilierung, die ja prompt im „Vorwort" der Redaktion den entsprechenden Nährboden gefunden hat?

Der ansonsten von mir geschätzte **Thomas Hurtienne** rennt in seinem „Plädoyer für historisch-strukturelle Abhängigkeitsanalysen" bei den zumindest unterschwellig gescholtenen „Wortführern der Dependencia in der Bundesrepublik" (also wieder Menzel/Senghaas) offene Türen ein. Dieses Plädoyer soll wohl eine Anspielung auf Dieter Senghaas' offenbar immer noch mißverstandenes „Plädoyer für Dissoziation" sein, der nicht müde geworden ist, den instrumentellen Charakter der Dissoziation immer wieder zu betonen. Nichts anderes haben alle ostasiatischen Länder von Japan bis Taiwan trotz ihrer Weltmarktorientierung gemacht. Und genau der Hurtienneschen Forderung haben wir seit 1975, als wir mit dem Projekt über vergleichende Analysen sozialistischer Entwicklungsländer begannen, entsprochen. Wenn jemand Wortführer der Frank/Wallerstein-Schule in der BRD war, dann viel eher die Starnberger (Fröbel/Heinrichs/Kreye) oder die Frauen aus dem sog. Bielefelder Verflechtungsansatz.

Die von Hurtienne so vehement vertretene Unterscheidung, die natürlich prompt im redaktionellen Vorwort aufgewertet wird: hier die abzulehnende „Standardversion" der Dependenztheorie à la Frank/Wallerstein und dort die gute, weil „historisch-strukturelle Analyse konkreter Abhängigkeitssituationen", à la Cardoso/Faletto macht für mich nur wenig Sinn. Wenn dies Kritiker der Dependenztheorie, zu denen ich zu Recht gezählt werde, einerseits nur mit Verspätung sagen, was Cardoso/Faletto schon lange wußten, gehören sie damit auch zur Cardoso-Faletto-Richtung? Oder sind Leute wie ich doch nur verkappte Modernisierungstheoretiker, die sich vom Paulus zum Saulus gewandelt haben? Wie kann es dann aber angehen, daß der im Vorwort als Anwender der guten Methode à la Hurtienne stilisierte Messner von der Substanz nichts anderes sagt als der „eindimensionale" und „ahistorische" Menzel? Wäre am Ende auch Messner ein ganz klammheimlicher Modernisierungstheoretiker?

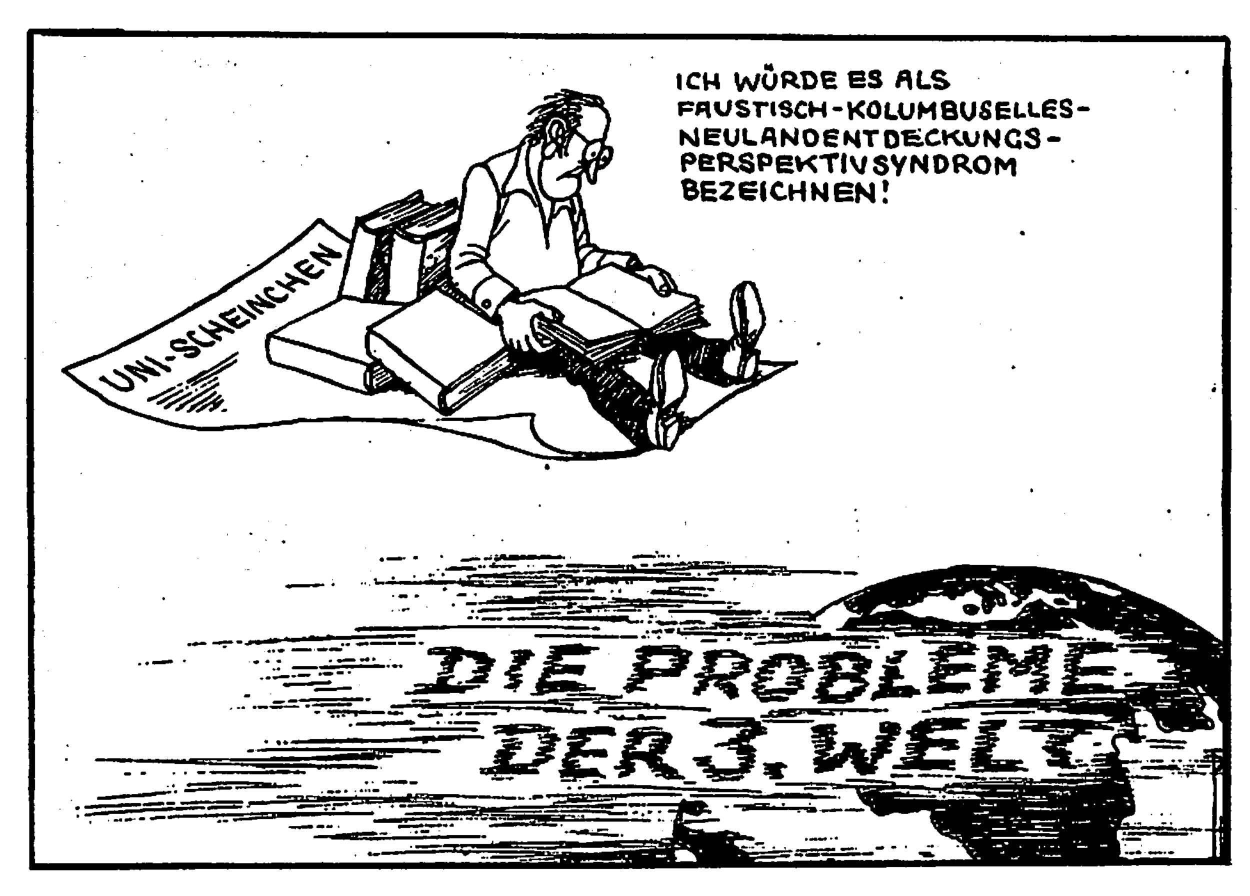
Doch lassen wir die Polemik beiseite. Was an dieser Stelle deutlich wird, ist, daß die Auseinanderdifferenzierung der Dependenztheorie in eine gute und eine schlechte Richtung mehr als problematisch ist. Wenn nur einer aus der Redaktion der „Blätter" die bislang zwei von vier geplanten Bände von Wallersteins „The Modern World System" gelesen hätte, ein welthistorischer Entwurf von 1600 bis zur Gegenwart und sicherlich eines der wichtigsten Werke der letzten Jahre (vergleichbar mit Paul Kennedys „The Rise and Fall of the Great Powers"), dann hätte er auch gemerkt, daß natürlich Wallerstein wie Frank oder Amin und viele andere „historisch-strukturelle Analyse" betrieben haben. Das kann man nur übersehen bzw. die gegenteilige Behauptung akzeptieren, wenn man seine dependenztheoretischen Kenntnisse

allein aus den berühmten Aufsätzen von Galtung und Sunkel aus dem ersten Sammelband von Dieter Senghaas „Imperialismus und strukturelle Gewalt" bezieht, die damals insbesondere unter didaktischen Gesichtspunkten sehr hilfreich waren, weil sie eine neue Sichtweise eröffneten. Vielleicht zu bequem waren sie, weil sie den vielen Epigonen die Lektüre richtiger Bücher, womöglich noch in fremden Sprachen, vermeintlich ersparten. Die jetzt von Hurtienne so betonte strukturelle Heterogenität innerhalb der Dependenz-Schule zeigt doch nur, daß selbst ein und dasselbe Paradigma zu abweichenden Interpretationen der Wirklichkeit führen kann, ohne daß dadurch das Paradigma selbst richtiger oder falscher wird.

1940er/50er Jahren zu einem theoretischen Gebäude ausformuliert wurde. Entstanden ist sie bei den großen Theoretikern über die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft, insbesondere bei Max Weber und seinen Vorläufern, die sich mit dem Zusammenhang von Rationalisierung und Herausbildung von Kapitalismus befaßten, oder bei Marx und dessen Vorläufern bis hin zu Adam Smith, die auf ihrem Gebiet auch nichts anderes gemacht haben.

Jawohl, auch Karl Marx steht in der Reihe der Modernisierungstheoretiker, und er nimmt dabei einen ganz prominenten Platz ein. Es sei nur an seine, in der Dritte-Welt-Szene allerdings unbeliebten und vermutlich auch weitgehend unbekannten Schriften zum Thema Asiatische Produktions-

sich fragen, mit wem ich da eigentlich immer Solidarität übe und wie schnell aus Anführern von sog. Befreiungsbewegungen (wer wird da eigentlich immer von was befreit?) nach sehr traditioneller Manier selber Despoten werden. Hier vermag die Modernisierungstheorie vielleicht doch den einen oder anderen Hinweis zu geben, was sich eigentlich in den besagten Ländern selbst abspielen muß, um die Gesellschaften zu verändern. Und hier wird deutlich, warum zumindest ein Strang der kritischen Entwicklungstheorie den „internen" Faktoren seit einiger Zeit verstärkte Aufmerksamkeit schenkt.



Nur ein Wort zu dem Artikel von **Gerhard Hauck** über die andere „große entwicklungstheoretische Schule", die Modernisierungstheorie, der im wesentlichen seinen alten Aufsatz von 1975 aus dem Handbuch „Unterentwicklung" aufgewärmt hat, wenn er auch jetzt schamhaft seine damalige orthodoxe Terminologie wegläßt. Etwas verblüffend ist nur, daß er damals nur das „Elend der bürgerlichen Entwicklungstheorie" zu erkennen vermochte, während er jetzt der ganzen Angelegenheit zumindest einige positive Züge abgewinnen kann. Folgt Hauck damit lediglich dem Zeitgeist oder hat er sich in der Zwischenzeit mit eigener diesbezüglicher Forschung befaßt?

Damals wie heute schlichtweg falsch ist jedenfalls seine Behauptung, die Modernisierungstheorie sei nach dem 2. Weltkrieg „entstanden". Richtig ist, daß sie in den

weise oder seine Artikel über Indien, China, Algerien oder Mexiko erinnert, wo er trotz aller Kritik am Kolonialismus namentlich die englische Kolonialherrschaft in Indien feiert, weil sie die Grundlagen des orientalischen Despotismus zerstöre und so dem prinzipiell fortschrittlicheren Kapitalismus freie Bahn verschaffe. Jener orientalische Despotismus, der sich heute in den Gestalten von Kim Ilsung, Pol Pot, Ceaucescu und Schirkow oder Marcos, dem Schah, „Kaiser" Bokassa, Mobuto und Duvalier wiederfindet, deren gemeinsames Merkmal persönliche Bereicherung durch das Amt, Nepotismus (weil sie außer ihrer Familie niemand trauen können) und die Liquidierung der politischen Gegner ist. Genau hier sollte auch eine Solidaritätsbewegung nachdenklich werden, die immer alles, und jedes dem US- oder SU-Imperialismus in die Schuhe schiebt, sollte

Auch wird Hauck der ganzen Spannbreite der Modernisierungstheorie in keiner Weise gerecht, wenn er den auf Parsons zurückgehenden und namentlich in den USA so populären Strukturfunktionalismus so sehr in den Vordergrund stellt. Analog der Hurtienneschen Differenzierung der Dependenztheorie müßte mindestens auch eine Differenzierung der Modernisierungstheorie in „ahistorisch-funktionalistische" und „historisch-strukturelle" Vertreter vorgenommen werden. Würde Hauck sich mehr mit Max Weber und den direkt und ohne den Umweg über Parsons auf Weber zurückgehenden Autoren wie Bendix oder Eisenstadt, aber auch mit Moore, Gerschenkron u.a. befassen, dann würde sich das durch alle Beiträge des Schwerpunkts geisternde Verdikt, die Modernisierungstheorie schlechthin sei ahistorisch, als völliger Blödsinn erweisen. Die Moderni-

sierungstheorie, sei es in der Marxschen wie in der Weberschen Provenienz, ist alles andere als eindimensional oder ahistorisch, sie hat vielmehr in vielen Beiträgen die Forderung nach „historisch-struktureller Analyse" erfüllt. Und Hurtienne weiß das auch, schließlich hat er doch ein dickes Buch über die „Theoriegeschichtlichen Grundlagen des sozialökonomischen Entwicklungsdenkens" geschrieben, wo Hobbes, Smith, List, Sombart, Weber u.a. so schlecht gar nicht wegkommen. Nur bei Hauck gerät ihre Darstellung arg ins Klischeehafte, so wie er umgekehrt den unverzeihlichen Lapsus begeht, Robert Brenner, einen der schneidensten Kritiker Wallersteins aus eher orthodox marxistischer Posisiton, ausgerechnet der Dependenztheorie zuzuschlagen. Vielleicht sollte sich die Redaktion mal etwas mit der Brenner/Wallerstein- oder der Dobb/Sweezy-Debatte befassen. Dann würde sie solche Stellen im Manuskript nicht durchgehen lassen.

Und dann darf natürlich der besonders dumme Vorwurf, Hartmut Elsenhans argumentiert ahistorisch, nicht fehlen. Genau das tut er eben nicht. In seiner (leider immer noch nicht erschienenen) umfangreichen Habilitationsschrift über „Geschichte und Theorie der europäischen Welteroberung" hat er gerade mittels dieser Methode ein zu Wallerstein alternatives Paradigma herausgearbeitet, das die externen Faktoren, ähnlich wie Brenner, als eher zweitrangig bewertet. Daß seine keynesianischen Schlußfolgerungen für manchen „richtigen" Linken unbequem sind, heißt aber noch lange nicht, daß sie deshalb falsch sind.

Da aber Marx immer und überall recht haben muß, und Marx natürlich „historisch-strukturelle" Analyse betrieben hat (wie die guten Cardoso/Faletto), muß natürlich alles, was den Hautgout bürgerlicher Analyse hat oder bloß hinsichtlich der Konsequenzen unbequem ist oder einfach nur klare und liebgewonnene Weltbilder erschüttert, als „ahistorisch" und „eindimensional" abqualifiziert werden.

Zum Schluß noch ein Wort zum Vorwort des Schwerpunktes, das ein Problem deutlich macht, das nicht nur die Redaktion der „Blätter", sondern weite Teile der Dritte-Welt-Gruppen charakterisiert. Reichliche Referententätigkeit auf allen Ebenen von DSE über ASA bis zu Korea-Komitees, kirchlichen Gruppen und Volkshochschulen hat mir immer wieder deutlich gemacht, wie gering doch die theoretischen, ja selbst die reinen Faktenkenntnisse noch so engagierter Aktivisten geworden sind. Das war früher anders. Auf der Ebene der allgemeinen Entwicklungstheorie ist allenfalls die platteste Version der Dependenztheorie vorherrschend oder ein dreimal verdünnter Aufguß dessen, was dem „frühen Senghaas" untergeschoben wird, grassieren wilde Spekulationen über von CIA, der Weltbank oder den US-Multis angezettelte Verschwörungen, verschärft sich die allgemeine Krise des Kapitalismus seit 20 Jahren immer noch weiter und wird in mythenhaften Vorstellungen über das, was in China seit etlichen Jahren abgehalftert wurde, immer noch die Lösung aller Probleme gesehen.

Dahinter steckt eine weitverbreitete Unlust, vor lauter Jute statt Plastik und Kaffee aus Nicaragua auch noch theoretisch zu arbeiten, ja oftmals regelrechte Theoriefeindlichkeit. Der Redaktion der „Blätter" bleibt dann nichts anderes, als im Vorwort zu einem Theorie-Schwerpunkt die Thesen der einseitig ausgesuchten Autoren zu reproduzieren und als neuen Stand der Dinge zu verkaufen, was gar nicht der neue Stand der Dinge ist. Sie muß das, weil sie offenbar keine anderen als die Maßstäbe hat, die ihnen die Autoren vorformuliert haben, und offenbar auch keine Auswahlkriterien, die in den Beiträgen die Breite der aktuellen Diskussion widergespiegelt hätten.

Und die vielen, die damals die Dependenztheorie an der Uni gelernt haben, arbeiten jetzt seit langem als Lehrer, in den Einrichtungen der politischen Bildung oder sonstwo, wo man als Multiplikator tätig sein kann, und reproduzieren immer wieder und vermutlich immer seichter das, was sie vor 10 oder 20 Jahren gelernt haben. Gemeint sind die Verfasser von hunderten, vermutlich tausenden von Dissertationen, Diplom- und Staatsexamensarbeiten, die damals alle das Ziel hatten, ein mehr oder weniger reflektiertes dependenztheoretisches Konstrukt auch an „ihrem" Fallbeispiel nochmals zu bestätigen. Eine derart affirmative Beschäftigung mit dem Gegenstand der eigenen Arbeit konnte damals natürlich auch keine weiteren Konsequenzen haben. Da man ja einen kritischen Anspruch hatte, konnte auf die kritische Methode leicht verzichtet werden. Sie sind leider auf dem Stand der damaligen Diskussion stehen geblieben wie ein Arzt, der 30 Jahre nach seiner Approbation immer noch die gleichen Rezepte und Therapien verordnet. Was not tut, ist eine neue theoretische Diskussion, ist Fortbildungsarbeit für die Generation der über 30-40jährigen und eine Heranführung der neuen Generation in der Szene an die theoretische Diskussion, die gar nicht verstehen kann, wie und warum diese Diskussion sich weiterentwickelt hat, weil sie an diesem Prozeß keinen Anteil haben konnte. Richtig ist, daß die Diskussion nicht kleinen Zirkeln von Wissenschaftlern überlassen sein darf, doch falsch ist die Forderung, sie müssen von der „Bewegung" aus den Universitäten herausgeholt werden. Was soll denn dann draußen damit geschehen? Besser wäre, die Redaktion der „Blätter" würde mal eine Lesepause einlegen, wenn sie ihrem selbstgewählten Anspruch als Avantgarde der „Dritte-Welt-Gruppen" gerecht sein will, um wenigstens selbst halbwegs theoretisch beschlagen zu sein. Noch besser wäre, wenn die Gruppen in die Universitäten hineingehen und mal ein paar entwicklungspolitische Seminare belegen würden. Das Angebot ist da.

Ulrich Menzel

Nachtrag

Literaturverzeichnis zum Beitrag von Gerhard Hauck: Die Renaissance der Modernisierungstheorie, in: blätter des iz3w Nr. 154, Dezember 1988

Almond G., Politische Systeme und politischer Wandel. In: Theorien des sozialen Wandels. Hg. v. W. Zapf. Köln 1969

Bendix, R., Modernisierung und soziale Ungleichheit. In: Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Probleme der frühen Industrialisierung. Hg. v. W. Fischer. Berlin 1968

Brenner, R., The origins of capitalist development. In: New Left Review 104, 1977

Cardoso, F., Die Entwicklung auf der Anklagebank. In: Peripherie 5/6, 1981

Cordova, A., Strukturelle Heterogenität und wirtschaftliches Wachstum. Frankfurt 1973

Elsenhans, H., Abhängiger Kapitalismus oder bürokratische Entwicklungsgesellschaft. Frankfurt 1981

ders., Grundlagen der Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft. In: Kapitalistische Weltökonomie. Hg. v. D. Senghaas. Frankfurt 1982

Habermas, J., Theorie des kommunikativen Handelns. Frankfurt 1981

ders., Die Verschlingung von Mythos und Aufklärung. In: Mythos und Moderne. Hg. v. K.H. Bohrer. Frankfurt 1983

Hauck, G., Das Elend der bürgerlichen Entwicklungstheorie. In: Handbuch 2 — Unterentwicklung. Hg. v. B. Tibi u. W. Brandes. Frankfurt 1975

ders., Zurück zur Modernisierungstheorie? In: Das Argument 168. 1988

Hein, W., Staatsklasse, Umverteilung und Überwindung der Unterentwicklung. In: Peripherie 18/19. 1985

Hoselitz, B.F., Sociological factors in economic growth. Glencoe 1960

Hurtienne, T., Fordismus, Entwicklungstheorie und Dritte Welt. In: Peripherie 22/23, 1986

Lutz, B., Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Frankfurt 1984

Marx, K., Das Kapital. Bd. 1. MEW 23

McClelland, D., The achievung society. Princeton 1961

Parsons, T., The Social System. New York 1951

Rostow, W.W., Stadien wirtschaftlichen Wachstums. Göttingen 1960

Schluchter, W., Die Entwicklung des okzidentalen Rationalismus. Tübingen 1979

Senghaas, D., Von Europa lernen, Frankfurt 1982

Wallerstein, I., The Capitalist World Economy. Cambridge 1979

Weede, E., Der Sonderweg des Westens. In: Zs.f. Soziologie 17, 3, 1988

Zapf, W., (Hg.), Probleme der Modernisierungspolitik, Meisenheim 1977

Jenseits von Imperialismus-, Dependenz- und Modernisierungstheorie

In der Januar-/Februar-Ausgabe der Blätter des iz3w erschien eine Reihe von Artikeln (Hauck, Hurtienne, Messner), die sich kritisch mit den beiden großen entwicklungstheoretischen Paradigmen, der Modernisierungs- und der Dependenztheorie auseinandersetzten. Dabei wurde die „Standardversion" der Dependenztheorie als ahistorisch-mechanistisches Spiegelbild der Modernisierungstheorie kritisiert, andererseits jedoch auch die angebliche moderniserungstheoretische Bekehrung Elsenhans' und – ihm folgend – Senghaas' und Menzels angeprangert. Als dritten Weg schlugen Messner und Hurtienne den von Cardoso/Faletto inspirierten historisch-strukturellen Ansatz der konkreten Analyse von Abhängigkeitssituationen unter Verbindung externer mit internen Erklärungsfaktoren vor, während Hauck die Notwendigkeit einer Rückkehr zu Marx suggerierte.

Demgegenüber möchte ich im folgenden zeigen, daß der orthodoxe Marxismus keine Alternative zur Modernisierungstheorie bietet, sondern mit ihr sogar in entscheidenden Punkten übereinstimmt. Daran anschließend möchte ich die verzerrte Darstellung der Theorie Elsenhans' in Haucks Artikel zu korrigieren und die dort aufgeführten Gegenargumente zu entkräften versuchen. Fazit wird sein, daß der Elsenhans-Ansatz zu querköpfig für eine vorschnelle Einordnung in die Schublade Modernisierungstheorie ist; vielmehr sollte er in der gewiß notwendigen Diskussion innerhalb der Linken um ein neues entwicklungstheoretisches Paradigma den gleichen Stellenwert erhalten wie die bis zur Unkenntlichkeit veränderte Version der Dependenztheorie von Cardoso/Faletto.

Hauck analysiert die Modernisierungstheorie aus einer soziologisch verengten Perspektive: Er beschreibt sie als ethnozentrische Apologetik der westlichen Gesellschaft und ideologische Verschleierung kapitalistischer Ausbeutung. Letztlich setzt er sie gleich mit der These von der internen Verursachung von Unterentwicklung. Obwohl andeutungsweise für Marx plädierend, betrachtet er die Modernisierungstheorie zwar ideologiekritisch, jedoch nicht polit-ökonomisch. Aus dieser Perspektive wäre die Modernisierungstheorie folgendermaßen zu referieren: Ursache von Unterentwicklung sei der Teufelskreis aus Kapitalmangel, geringen Einkommen, niedriger Sparquote, Investitionsschwäche. Sie könne überwunden werden durch kapitalintensive, auf modernster Technik beruhende industrielle Großprojekte, deren Aufbau von einem starken Staat mit internationaler Unterstützung durch Entwicklungshilfe und multinationale Konzerne finanziert und koordiniert werde. Soziale Ungleichheit sei daher wachstumsfördernd, weil Reiche mehr sparen als Arme und daher einen höheren Investitionsfonds bereitstellen können (vgl. Hirschmann 1958, Kuznets 1955, Nurkse 1957).

Diese zentrale These der Modernisierungstheorie verschleiert Hauck durch seine Schwerpunktsetzung auf die soziologische Theorie Parsons' – und er muß dies auch tun, weil sonst augenfällig würde, daß sie sich deckt mit seinem Schlußplädoyer: ohne Ungleichheit keine kapitalistische Entwicklung.

Dem nicht nur mit dem „Kapital" vertrauten Leser wird nämlich auffallen, daß das hiermit umrissene Bild der Moderne gar nicht allzu verschieden ist von dem Bild, das Marx vom Wesen der kapitalistischen Gesellschaft entwirft (im Unterschied übrigens zu Habermas, dessen Zuordnung zur Modernisierungstheorie durch Hauck noch verfehlter ist als die Elsenhans'). Besonders kraß profiliert sich Marx als Modernisierungstheoretiker in seiner Analyse der britischen Kolonialherrschaft in Indien, die er 1853 für den New York Daily Tribune schrieb. Ich zitiere: „England hat in Indien eine doppelte Mission zu erfüllen: eine zerstörende und eine erneuernde – die Zerstörung der alten asiatischen Gesellschaftsordnung und die Schaffung der materiellen Grundlagen einer westlichen Gesellschaftsordnung in Asien." (MEW 9: S. 221). Marx teilt diese Auffassung mit den Klassikern der Imperialismustheorie, Lenin und Luxemburg, die – im Unterschied zur Dependenztheorie – vom Imperialismus die Durchkapitalisierung der Dritten Welt erwarteten.

Im Gegensatz zu dieser von Modernisierungstheorie und Marxismus geteilten Position wie auch im Gegensatz zum eindimensionalen Fatalismus einiger Vertreter der Dependenztheorie steht nun Elsenhans' These, daß Entwicklung politische Gegenmacht der Unterschichten zur Aneignung des Mehrprodukts aus technischem Fortschritt voraussetzt. Daß die Unternehmer nicht aus höherer Einsicht, sondern nur unter Druck von unten die Löhne erhöhen – wie Hauck glaubt einzuwenden – ist genau der Kern dieser Theorie: Der Marxsche Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung wird anerkannt, jedoch bereits durch die reformistische (und nicht erst durch die revolutionäre) Arbeiterbewegung aufgehoben. Elsenhans wendet sich damit insbesondere gegen die gleichfalls von Modernisierungstheorie und Marxismus geteilte Vorstellung einer nachfrageunabhängigen, automatischen Akkumulation und sieht in politisch erkämpften Nachfragesteigerungen den eigentlichen Wachstumsanreiz. Die Löhne werden dabei durchaus auch als Kostenfaktor in Rechnung gestellt und zwar als Stachel für defensive, produktivitätssteigernde Investitionen.

Unterentwicklung erklärt Elsenhans demgegenüber als kolonial erzwungene und im Interesse einheimischer Staatsklassen aufrechterhaltene ungleiche Spezialisierung auf Rohstoffexporte. Diese ermöglicht zwar die Aneignung von Renten (dauerhaften Extraprofiten über den Kosten des Grenzanbieters), blockiert jedoch gleichzeitig eine dynamische Entwicklung des binnenmarktorientierten Sektors und führt somit zur vielzitierten strukturellen Heterogenität. Diese ökonomische Basis wird politisch stabilisiert durch eine Staatsklasse, welche sich mittels öffentlicher Unternehmen und Markteingriffen Verfügungsgewalt über Mehrprodukt verschafft, sich jedoch auch über Entwicklungserfolge legitimieren muß. Elsenhans nennt die so charakterisierte Produktionsweise „bürokratische Entwicklungsgesellschaft" (Elsenhans 1984).

Zur Widerlegung dieses Theorems weist Hauck auf den höheren Anteil der Staatsausgaben am Bruttosozialprodukt in einem kapitalistischen Industrieland wie der Bundesrepublik im Vergleich zu einem Entwicklungsland wie Ghana hin. Dieser besteht jedoch in der BRD zu 50% aus Ausgaben im Sozialbereich und fließt somit als Umverteilungsmaßnahme in den Privatkonsum zurück, während er in Ghana zur Hälfte in die Wirtschaftsförderung und den Eigenbedarf der öffentlichen Verwaltung geht (vgl. Weltentwicklungsbericht 1988). Ghanas Staatsbudget speist sich zu 40% aus Außenhandelsabgaben (Rente v.a. aus Kakao-Export), die im Haushalt der exportorientierten BRD keinerlei Rolle spielen.

Gegen Haucks historische Kritikpunkte ist schließlich einzuwenden, daß sie alle an der impliziten Annahme automatischer Akkumulation im Falle einer Gesellschaft mit ungleicher Verteilung der Produktionsmittel unter dem Zufluß ausländischen Mehrprodukts kranken: Haucks Hinweis auf mögliche Wachstumseffekte von Luxusgüterkonsum (Edelmetallte, Gewürze) ist entgegenzuhalten, daß es sich dabei – im

Gegensatz zu einfachen Lohngütern — nicht um maschinell reproduzierbare Produkte handelt, die technologisches Lernen ermöglichen. Der Silberzustrom aus Lateinamerika erzielte in Spanien lediglich inflationäre Effekte. Ebensowenig wurden die Monopolprofite der Handelsgesellschaften in produktiven Investitionen angelegt. Grundnahrungsmittel und Rohstoffe wurden dagegen vor und während der industriellen Revolution in Europa selbst hergestellt. Ganz im Gegensatz zu Marx' Theorem von der ursprünglichen Akkumulation waren gerade die Hochlohngebiete Mittelenglands die Industrialisierungszentren, Mittelbauern investierten ihre Erlöse in die rentablere kleingewerbliche Produktion und bildeten damit die eigentlich Triebkraft des „take off" (vgl. Elsenhans 1979; 1980; 1984: S. 14ff).

Elsenhans hat durchaus weitere Argumente für den steigenden Lebensstandard im England des 19. Jahrhunderts anzuführen als steigende Bevölkerungszahlen (auf die er sich an keiner mir bekannten Stelle alleine beruft — bedauerlicherweise fehlte bei Haucks Artikel ja das Literaturverzeichnis (Nachtrag in diesem Heft, die Red.)

Aus diesen Überlegungen ergibt sich ein Entwicklungs-Szenario, das auf Landreform und Umverteilung (statt Ungleichheit) arbeitsintensiver kleinbetrieblicher Produktion (anstelle kapitalintensiver Großprojekte) und angepaßter Technologie (statt High Tech) als Kern-Elementen beruht. Ein solches Konzept würde durch die bei Hauck und Messner angeführten neueren Erkenntnisse über die Rolle des kleinbetrieblichen und informellen Sektors im Konsum der deutschen Arbeiterklasse bis 1945 eher bestätigt als widerlegt.

Die Schwierigkeit bei der Durchsetzung einer solchen Strategie besteht darin, daß es angesichts struktureller Heterogenität kurzfristig billiger ist, moderne Technologie mit Rentenerlösen zu importieren, als eigene zu entwickeln. Abhängigkeit läßt sich dann definieren als die Unfähigkeit, auf externe Veränderungen (wie sinkende Terms of Trade) flexibel zu reagieren, also z.B. durch Importsubstitution oder Exportdiversifizierung.

Es zeigt sich also, daß auch in diesem Ansatz externe mit internen Faktoren zur Analyse von Unterentwicklung und Abhängigkeit verknüpft werden — genau wie von Hurtienne und Messner gefordert. In einem Artikel von 1986 nimmt Elsenhans die Dependenztheorie gegen die liberalistische Kritik des auch bei Hauck zitierten Weede in Schutz — „zur Relativierung des Dependencia-feindlichen Zeitgeists" (S. 134). Er stellt klar: „Aus der These, daß die Entwicklung des Kapitalismus im heutigen Zentrum nicht durch die Ausbeutung der Dritten Welt erklärt werden kann, folgt nicht, daß die heutige unterentwickelte Welt durch diesen Prozeß nicht in ihrer eigenen Entwicklung behindert wurde" (S. 135).

Achim Brosch

Literatur:

Elsenhans, H. (1979): Grundlagen der Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft. In: Senghaas, D. (Hg.): Kapitalistische Weltökonomie. Frankfurt

ders. (1980): Englisches Poor Law und egalitäre Agrarreform in der Dritten Welt. In: Verfassung und Recht in Übersee, (13-4), S. 283ff

ders. (1984): Abhängiger Kapitalismus oder bürokratische Entwicklungsgesellschaft. Frankfurt/New York

ders. (1984): Nord-Süd-Beziehungen. Stuttgart/Berlin/New York

ders. (1986): Dependencia, Unterentwicklung und der Staat in der Dritten Welt. In: PVS, (27-2), S. 133 ff

Hirschmann, A.O. (1958): The Strategy of Economic Development. New Haven

Kuznets, S. (1955): Economic Growth and Income Inequality. In: American Economic Review, (45-1), S. 1ff

Marx, Karl/Engels, Friedrich (1960): Werke, Berlin (Ost)

Nurkse, R. (1957): Problems of Capital Formation in Underdevelopmend Countries. Oxford

„Zwei Welten"

Mit dem Anti-Apartheid-Film „Zwei Welten" läuft nach „Schrei nach Freiheit" nun die zweite große Hollywood-Produktion über Südafrika in den westdeutschen Kommerzkinos.

Südafrika im Jahr 1963: Die Schwarzen ANC-Führer um Nelson Mandela sind verhaftet und zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Shawn Slovos Vater, Joe Slovo, einziges weißes Mitglied der ANC-Spitze und Organisator des bewaffneten Kampfes gegen die burischen Machthaber, entkommt der Verhaftung nur durch Flucht ins Ausland. Ein neues Gesetz, das die Machthaber befugt, unliebsame Personen 90 Tage ohne Anklage im Gefängnis festzuhalten, bedroht auch weniger profilierte Freiheitskämpfer. Doch alle Versuche der Buren, ihre ungerechte Herrschaft durch drakonische Gesetze zu festigen, bewirken letztlich das Gegenteil: den bewaffneten Kampf. Das ist der Hintergrund für „Zwei Welten" — filmisch verfremdet bisweilen, aber stets realitätsgetreu.

Shawn Slovo hat keine blutrünstigen Bilder von Gewaltorgien beschworen. Sie zeigt, mit welchen Mitteln Schwarze unterdrückt, Weiße und Schwarze separiert werden. Sie zeichnet, Politikum und Selbsterfahrung in einem, das eigene Schicksal als Tochter im Widerstand aktiver weißer Eltern, Ruth First und Joe Slovo (im Film Diana und Gus Roth), nach: vernachläßigt, überfordert. Damit lenkt Shawn Slovo aber nicht vom Schicksal der Schwarzen ab. Denn ihr gesamtes Leben als Kind und Heranwachsende war dem Leiden der Schwarzen untergeordnet. So wurden ihre Klagen über das Fehlen einer mütterlichen Mutter abgewürgt mit dem Hinweis auf die viel unglücklicheren Kinder der schwarzen Hausangestellten. Das Dilemma wird schnell deutlich: Das große Unrecht gegen das kleine. Mutter und Vater haben sich klar entschieden gegen das große Unrecht und begehen damit täglich kleines Unrecht.

Wie fragwürdig eine solche Entscheidung ist und in welchem Ausmaß richtig, das ist neben dem Schwarz-Weiß-Konflikt das zweite hochpolitische Thema von „Zwei Welten". Ist das nun Kitsch? Wenn Shawn Slovo sich in ihrem sehr persönlichen Film traut, Gefühle zu zeigen, die vielen von uns bekannt sind — der Konflikt zwischen Öffentlichkeit und Privatheit, der Konflikt zwischen Mutter und Tochter — macht sie einen großen Schritt über das nur eigene Schicksal und damit über den Kitsch hinaus.

Sicher, „Zwei Welten" ist ein Hollywood-Film mit schönen Bildern und musikalisch untermalten Gefühlen. Vielleicht ermöglichen diese ganz menschlichen, nicht sterilheldischen Gefühle manchem, der bisher nicht engagiert war in der Solidaritätsbewegung, manchem, der nicht viel weiß über das tägliche und in der Verfassung verankerte Unrecht der Buren-Regierung, sich zu interessieren für internationale Politik und globale Ungerechtigkeit. Der Film kann politisieren, hinleiten in ein differenzierteres Engagement. Und das kann manche trockene Polit-Session nicht.

Anja Malanowski

Hunger für Äthiopien –

Hoffnung für Dr. Beyersdorff

Poesie des Tuns

Es ist schön, ein hungerndes Kind zu sättigen,
ihm die Tränen zu trocknen,
ihm die Nase zu putzen,
es ist schön, einen Kranken zu heilen.
Ein Bereich der Ästhetik, den wir noch nicht entdeckt haben,
ist die Schönheit des Rechts;
über die Schönheit der Künste, eines Menschen, der Natur,
können wir uns halbwegs einigen.
Aber – Recht und Gerechtigkeit sind auch schön und
sie haben ihre Poesie, wenn sie vollzogen werden.
Tuende, nicht Tätige, möchte ich ehren.
Alle diejenigen, die wissen, was es bedeutet, ein
Flüchtling, ein Vertriebener zu sein,
unwillkommen zu sein.

Heinrich Böll

Peter Beyersdorff hat seiner Chronik eines Einsatzes als Nothelfer in Äthiopien das nebenstehende Böll-Gedicht als Leitmotiv vorangestellt. Die moralische Autorität Heinrich Bölls wird bemüht, das eigene Handeln zu rechtfertigen, symbolisiert dieser doch hierzulande den integren, über jede Kritik erhabenen Bürger schlechthin. Bölls Integrität tritt dabei so sehr in den Vordergrund, daß seine bürgerliche Betrachtungsweise nicht mehr Gegenstand der Kritik sein kann.

In der „Poesie des Tuns" wird der Einsatz für Recht und Gerechtigkeit dadurch „aufgewertet", daß ihm eine dahinterliegende Schönheit, Ästhetik zugesprochen wird. Das „Gute" muß sich dem Bürger Böll dadurch beweisen, daß es sich gleichzeitig als das „Wahre" und „Schöne" erweist. Bürgerliche Ästhetik ist die Ästhetik der Herrschenden. Wer an der Macht ist, hat die Möglichkeit, selbst einem hungernden Kind ästhetischen Genuß abzugewinnen, muß er diesem doch nur Essen abgeben, um Herr über Glück und Unglück zu sein.

Dies nur als kurze Vorbemerkung zu den geistig-moralischen Vorgaben eines Heinrich Böll, die Peter Beyersdorff sich als Handlungsgrundlagen gewählt hat.

Im folgenden soll zunächst das abstrakte Menschenbild von Peter Beyersdorff dargestellt werden (Der afrikanische Mensch), ist dieses doch notwendige Voraussetzung für den technischen Zugang zu menschlichem Leben, wie er die Praxis dieses Hilfseinsatzes gekennzeichnet hat (Der eigentliche Sinn der Medizin). Der innere Zusammenhang von bürgerlich-privater Weltsicht und objektiven Herrschaftsinteressen ist Thema des letzten Abschnitts (Tiefer entstandene Interessen unserer menschlichen Existenz).

Der afrikanische Mensch

„Wir haben eine Chance, mit unserer Hilfe auf Dauer mehr zu nutzen als Schaden anzurichten. Aber nur, wenn es uns gelingt, den afrikanischen Menschen als Individuum und in seinen gesellschaftlichen Beziehungen kennenzulernen." (S. 164) Folgt man der Argumentation des Autors, ist sein Aufenthalt zum Schaden der Hungernden gewesen, falls es ihm nicht gelungen ist, den *„afrikanischen Menschen"* kennenzulernen. Genau das war der Fall: Der abstrakte afrikanische Mensch sollte als konkretes, als gesellschaftlich gebundenes Individuum erfahren werden. Das beyersdorffsche Denken folgt einem bestimmten Schema: Abstraktion wird nicht aus dem Konkreten gewonnen, sondern das Konkrete aus dem Abstrakten. Es gilt, die Hülle „afrikanischer Mensch" zu füllen.

„Wer sind die Afrikaner?" fragt Peter Beyersdorff, um sich selbst die Antwort zu geben: *„Jetzt ist es an der Zeit, diesen Afrikaner bezüglich seiner Klassenzugehörigkeit und Schicht zu differenzieren. Ich beschränke mich auf die Beschreibung Lalibelas und Lastas. Doch in den weiten ländlichen Gebieten des übrigen Afrikas wird vieles ähnlich sein... Der Bauer betreibt eine Subsistenzproduktion, das heißt die Ernte wird überwiegend verzehrt bzw. als Saatgut zurückbehalten... Der Subsistenzbauer lebt von seinem Boden. Mit der durch die fortschreitende Erosion bedingten Unfruchtbarkeit der Böden geht seine eigene Deklassierung einher. Die Bindung an den Boden beherrscht sein Leben. Er will friedlich produzieren können... Die Wertewelt des Bauern: Eine Handvoll Saatgut zur rechten Zeit ist mehr wert als ein Transistorradio"* (S. 155f.). Klassenanalyse à la Beyersdorff!

Offensichtlich sind nicht die Hungerflüchtlinge gemeint, wenn es darum geht, *„vom afrikanischen Menschen zu lernen und sich von ihm in Frage stellen zu lassen"* (S. 163), ist doch in 150 Seiten Tagebuchaufzeichnungen kein einziges Gespräch mit diesen vermerkt, das über ärztliche „Nawiegehtsunsdennheute" hinausgehen würde. Wer lebt dieses *„afrikanische Leben"*, dem es sich *„zu öffnen"* gilt? Die einheimische Krankenschwester, der Blut-und-Boden-Subsistenzbauer, der amerikanische Soldat? Soviel ist klar, die Afrikaner, die Peter Beyersdorff kennengelernt hat, können nicht gemeint sein, gibt es den afrikanischen Menschen doch genausowenig wie den amerikanischen!

Wird der Widerspruch zwischen abstraktem Menschenbild und den wirklichen Menschen allzudeutlich, tritt Beyersdorff die Flucht nach vorne an:

„Es braucht wohl in der Regel Jahre, bevor wir uns mit den Örtlichkeiten, seinen Menschen, dem Zyklus der Jahreszeiten, den ökonomischen, ökologischen, politischen, kulturellen und religiösen Gegebenheiten und Problemen der Gegend vertraut gemacht haben" (S. 163). Daß Örtlichkeiten Menschen haben und Gegenden Probleme, mag noch so dahingesagt sein. Daß aber Menschen innerhalb eines Satzes von ihren ökonomischen, kulturellen usw. Gegebenheiten abgetrennt werden, ist nicht mehr als Ausdrucksfehler mißzuverstehen. Der Mensch an sich, eingebettet in unveränderliche Örtlichkeiten, dem immerwährenden Zyklus der Jahreszeiten, besser kann man das bürgerliche Menschenbild, das Bild vom abstrakten, verdinglichten Individuum nicht auf den Punkt bringen. Wirkliche Menschen haben sich in ihrer Widerspenstigkeit mit bürgerlichem Kalkül noch nie vertragen, auch dann nicht, wenn sie zufällig in Afrika lebten.



Warten auf Aufnahme ins Feeding
(Die Fotos sind dem besprochenen Buch entnommen)



Geschafft: Aufgenommen

Der eigentliche Sinn der Medizin

Leider bleibt diese Weltsicht nicht ohne Folgen. Dr. Beyersdorff ist schließlich Mediziner, noch dazu ein idealtypisch idealistischer: *„Wie viele Kolleg/-innen und Freund/-innen in Deutschland versuchen zwar auch wir, einem Ideal zu leben, indem wir der in Profit- und Modezwängen befangenen Medizin ihren eigentlichen Sinn zurückgeben: Leid zu lindern, Leben zu retten“* (S. 150). Man könnte es auch anders ausdrücken: Der eigentliche Sinn der westlichen Medizin ist es, das physische Funktionieren von Menschen zu gewährleisten. Das soziale oder gar politische Umfeld, das zur Erkrankung geführt hat, bleibt außen vor. In afrikanischen Hungerlagern werden Menschen auf ihre bloße physische Existenz reduziert, losgelöst von ihren sozialen Bezügen. Das bürgerliche Menschenbild, das abstrakte Individuum, findet seine Konkretisierung: Der Mensch an sich. Das Leben an sich. Das nackte Überleben.

Die Hungernden akzeptieren eine solche Reduzierung nur dann, wenn ihnen alle anderen Möglichkeiten mit der Krise umzugehen, genommen sind. Das hätte auch Dr. Beyersdorff sehen können, berichtet er doch von „Flüchtlingen“, die, nach dem Erhalt von Nahrungsmitteln aus Hilfsprogrammen immer wieder zum Verzehr in ihre Dörfer zurückkehren, um nicht von einem Lager ins nächste ziehen zu müssen. Die Frage liegt nahe, warum man diesen Menschen nicht Nahrung in ihre Dörfer bringt, wo sie sie nach eigenen Vorstellungen verteilen könnten. Die Antwort ist einfach: Weder die äthiopische Regierung noch die westlichen Hilfsorganisationen haben Interesse daran, die Kontrolle über die Hungerbekämpfung zu verlieren. Den amharischen Führungseliten, die die Regierung stellen, dient Hunger bekanntlich als politische Waffe, Hilfsorganisationen sind ihren Spendern verpflichtet: *„Die Kamera surrt. Die mitgebrachten Kompaktnahrungsriegel werden dann an die Kinder in den Nahrungshilfeprogrammen verteilt. Und wieder surrt die Kamera. Interviews, Visite und Operation müssen in den Kasten. Alles verständlich. Die Spender wollen Informationen und die Gewißheit, daß ihre Spende angekommen ist“* (S. 48).

Es gilt, schnell sichtbare, d.h. punktuelle Erfolge vorzuweisen. Die „eigene“ Region soll hungerfrei gemacht werden. Kinderliebende Haustierhalter aus den Industrienationen treffen die Entscheidung darüber, wer in Afrika überleben soll. Denn sie spenden ja für „unschuldige“ Kinder und wollen mit Kinderaugen in den Medien belohnt werden. Den Rest besorgt Dr. Beyersdorff: *„Jetzt sind wir wieder in der Lage, effektiv zu helfen. Trotzdem muß eine Auswahl getroffen werden. Dieses sogenannte screening ist das Schrecklichste für jeden von uns, ist es doch oft eine Entscheidung über Leben und Tod eines Menschen. Beim „Aussortieren“ stehen wir immer vor der Frage, welchen Kindern geben wir den Vorzug, den ganz Kleinen, den allerschlechtest ernährten oder den etwas älteren und unterernährten, die größere Überlebenschancen haben. Auch hochgradig unterernährte Erwachsene warten in den Reihen. Bis jetzt einigten wir uns, daß wir alle Problemgruppen zu gleichen Teilen berücksichtigen“* (S. 27).

Selbst die Entscheidungsmöglichkeit darüber, wer von den Hungerflüchtlingen, überleben darf und wer nicht, wird den Betroffenen genommen. Nicht die Menschen, die von der traditionellen Gesellschaft nicht zuletzt aufgrund von Erfahrungen früherer Krisen als wichtig für den Fortbestand der Gemeinschaft angesehen werden, werden gerettet. Ein würdiger Tod, d.h. unter anderem ein Tod in Übereinstimmung mit den Werten der eigenen Gesellschaft, ist nicht möglich.

Die medizinische Versorung in den Hungerlagern wird auf das Überleben *„berechtigter“, „unschuldiger“* Kinder ausgerichtet. Der Arzt bestimmt dabei zunächst willkürlich, wer überlebensberechtigt ist, um aus dieser eigenmächtigen Setzung dann die moralische Rechtfertigung für sein Vorgehen gegenüber *„Unberechtigten“* zu ziehen: *„Jedes unterernährte Kind hat eine Begleitperson, meistens die Mutter. Wir gehen durch die Räume und kontrollieren, ob sich nicht 'Unberechtigte' dort eingenistet haben. Die 'berechtigten' Kinder sind an einem plastikversiegelten Armband zu erkennen. Andere müssen rigoros, mit Hilfe der von uns angestellten Wächter, des Platzes verwiesen werden. Keine angenehme Aufgabe, aber leider notwendig, um den Überblick zu bewahren und um arbeitsfähig zu bleiben.“* (S. 22).

„Es ist fast unmöglich, ein Kind zu retten, wenn die Mutter nicht mithilft oder gar gegenarbeitet. Mütter, die dabei erwischt werden, dem Kind Nahrung wegzuessen, müssen nach einer ersten Warnung aus dem Nahrungshilfeprogramm entlassen werden. Das ist hart, weil es für das unschuldige Kind oft einem Todesurteil gleichkommt. Das sind Entscheidungen, bei denen wir an die Grenze unserer Belastbarkeit stoßen, stehen sie doch im diametralen Gegensatz zu unseren elementaren Gefühlen von Mitleid und Gerechtigkeit.“ (S. 23).

Hunger wird als quantitatives Problem erfaßt und behandelt: Es gilt, möglichst viele Menschenleben zu retten. Waisenkinder, Mütter mit Kleinkindern, Alte und Krüppel eignen sich für die quasi-industrielle Produktion von nacktem Leben besser, als solche, die nicht auf Gedeih und Verderb vom Lager abhängig sind, die ehe sie auf der Habenseite verbucht sind, sich wieder aus dem Staube machen könnten.

Die bevorzugte Versorgung von Menschen, die in Anbetracht der großen Not von ihren Familien- oder Dorfgemeinschaften nicht mehr miternährt werden können, erscheint auf den ersten Blick als besonders humane Tat. Aber diese Menschen werden nur deshalb von ihren Familien aufgegeben, weil die Nahrungsmittelhilfe nicht so organisiert ist, daß sie die Dörfer erreicht. Eine Familie würde selbstver-

ständlich niemanden dem Hungertod preisgeben, solange es Alternativen gäbe!

Wurden traditionell in Krisenzeiten entscheidend weniger Kinder zur Welt gebracht, macht dies heute, da Mütter mit Kleinkindern bevorzugte Nahrungsempfänger in Hungerlagern sind, keinerlei Sinn: Nur diejenige verarmte Frau, die als Begleitperson eines Kleinkindes aufzutreten vermag, sei dieses ihr eigenes, ein geliehenes oder gar ein geraubtes, hat Überlebenschancen. Hungerlager bewirken, daß traditionelle Konzepte der Krisenbewältigung sinnlos werden und sind Ausgangspunkt zukünftiger Probleme.

Hungerlager sind nicht dafür eingerichtet worden, notleidende Menschen zu unterstützen, die Krise selbst zu überwinden, denn Investitionen haben sich meßbar, meßbar in Menschenleben, auszuzahlen. Das Verfahren, in dem nach den Vorstellungen von Peter Beyersdorff medizinisch-technisch die Ware Menschenleben recycelt werden soll, genügt höchsten sozialdemokratischen Ansprüchen: Teamwork. Im Team erfährt das abstrakte Individuum die ihm adäquate Vergesellschaftung, denn im Weltbild des Bürgers macht menschliche Gemeinschaft vor allem dann Sinn, wenn sie sich der Effektivität, dem Erreichen eines punktuellen Zieles, unterordnen läßt, sei dieses Ziel nun die Camel-Trophy, das Zusammenklopfen eines Volvos oder eben die „Senkung der schrecklichen Todesrate".

Tiefer verstandene Interessen unserer menschlichen Existenz

Nun ist Peter Beyersdorff beileibe kein geschliffener fortschrittsgläubiger Technokrat. Im Gegenteil, Peter Beyersdorff gibt sich als Anhänger der Anti-AKW- und der Friedensbewegung zu erkennen, auch seine Rolle in Afrika sieht er nicht gänzlich unkritisch: *„Daß wir in einer anderen Tradition stehen als der des Kolonialismus, Imperialismus und der Apartheid, müssen wir erst einmal beweisen."* Kurzum: Peter Beyersdorff ist dem oppositionellen Spektrum in der BRD zuzurechnen. Doch Opposition bedeutet hierzulande noch lange nicht, sich gegen die Interessen der Herrschenden zu stellen, politisch Stellung zu beziehen.

So sieht der Autor die Krise in Äthiopien im wesentlichen als ökologisch und nicht als politisch verursacht an.

„Zum ersten Mal werde ich mit der Realität des Bürgerkrieges konfrontiert und der schwierigen Beurteilung, welche Seite recht hat. Aber ist diese Frage für die Hilfe für die Dürreopfer entscheidend, die — egal auf welcher Seite sie sich gerade befinden —, zum Strandgut des Krieges zu werden drohen." (S. 12). Das Politische wird, wenn überhaupt, aus privater Sicht wahrgenommen: *„Zum Verzweifeln, Menschen in den Krieg zu schicken. Und zweimal zum Verzweifeln, sie dort ohne ärztliche Versorgung zu wissen"* (S. 113).

Besonders aufschlußreich sind jene Passagen am Schluß des Buches, in denen Beyersdorff versucht, seinen Hilfseinsatz gegen den Vorwurf, ein selbstloser Idealist zu sein, dadurch in Schutz zu nehmen, daß er seine egoistischen Kräfte betont:

„Mit unserem Einsatz entscheiden wir uns, in Not und Elend geratenen afrikanischen Menschen zu helfen. Damit vollziehen wir einen Akt der Solidarität (Anmerkung Beyersdorff: Begriff aus der Arbeiterbewegung) *bzw. praktizieren Nächstenliebe* (Anmerkung Beyersdorff: Begriff aus dem Christentum und anderen Religionen). *Diese Hilfe hat, wie jede Hilfe,* **auch** *eigennützige Züge, weil sie tiefer verstandene Interessen unserer menschlichen Existenz befriedigt."* (S. 150).

„Die Art der Befriedigung, die wir in der helfenden Arbeit in Afrika erfahren, ist weit entfernt von der Vielzahl der Ersatzbefriedigungen, die uns in unseren Gesellschaften tagtäglich auf offene oder subtile Weise schmackhaft gemacht werden. Dort, im ländlichen, von Dürre und Bürgerkrieg geschüttelten Afrika, unter den auf der sozialen Stufenleiter unseres Globusses am untersten Ende rangierenden Menschen, ist es leichter, unsere „wahren" Bedürfnisse zu entdecken, uns gegen manipulative Interessen zu wehren, unsere durch die kapitalistische Gesellschaft vorgesehene Rolle des Konsumobjektes und Angepaßten zu verweigern." (S. 151).

Beyersdorff dankt der „Überflußgesellschaft" für das Privileg, helfen zu dürfen, ermöglicht diese ihm doch, als gottgleicher Arzt, unter den Deklassierten Afrikas zu walten, ohne besondere Mühe *„durch großartige Heilerfolge... Bewunderung, Lob und Anerkennung zu gewinnen"* (S. 163). Die Ersatzbefriedigungen, die die bundesdeutsche Warenwelt für ihn bereithält, hat er gegen jene Befriedigung eingetauscht, die gerade dem individualisierten Durchschnittskonsumenten zuteil wird, sobald er Macht ausüben kann, sei es, je nach geistig moralischem Hintergrund, auf dem Hundeübungsplatz, im Puff oder in Afrika. Die Tagebuchaufzeichnungen vom 19. April enden mit dem Absatz:

„Auch das Hotel in Kulmask ist einfach, aber sauber. Ich liege auf dem Bett. Die Kerze flackert Schattenbilder an die dunkle Decke. Jetzt haben diese bereits durch Dürre, Hunger und Bürgerkrieg so arg gebeutelten Menschen auch noch gegen die Cholera zu kämpfen. Ich bin froh, daß ich hier bin" (S. 79). Na denn, gute Nacht.

Die Reduzierung von Menschen auf abstrakte Individuen, der technische Zugang zu menschlichem Leben, Partizipation an Privilegien der Macht als Grundlage „wahrer" Bedürfnisbefriedigung sowie die Privatisierung des Politischen sind nicht als individuelle Beyersdorffsche Entgleisungen mißzuverstehen, sondern stehen in der Tradition bürgerlichen Weltverstehens, wie es teilweise auch den sogenannten „neuen sozialen Bewegungen" zugrundeliegt: Alles soll besser werden, ohne daß sich an den Verhältnissen etwas ändern muß. *„Kurzum: Die menschliche und praktische Zusammenarbeit mit den Bundeswehrsoldaten in Äthiopien war gut. Wie schön wäre es, wenn sich die Armeen der Welt auf diese Art betätigen, anstatt Krieg vorzubereiten und an der Rüstungsspirale weiterzudrehen"* (S. 104).

Andreas Beil

Als Arzt und Projektleiter von Januar 1985 bis Juni 1986 im von Dürre und Bürgerkrieg betroffenen Hochland Nord-Äthiopiens tätig, gibt der Autor einen detaillierten und intensiven Einblick in den Alltag eines Einsatzes. Die Hungerkatastrophe im Gebiet um Lalibela, das sich zudem von einer Choleraepidemie heimgesucht sah, wird nicht nur als etwas schicksalhaftes beschrieben. Vielmehr zeigt der Autor auf, daß durch die Einrichtung von Nahrungshilfeprogrammen, Ausbau medizinischer Versorgung, Unterbringung von Waisenkindern und Wiederaufforstungsmaßnahmen Hilfe organisiert und Hoffnung geweckt werden kann. Durch Erleben füllen sich in Zusammenhängen mit der postkolonialen Realität des afrikanischen Kontinents verwendete Begriffe wie „Hunger", „Unterentwicklung", „Dürre", „Bürgerkrieg" und „Umsiedlung" mit konkretem Leben — ebenso wie „Bürokratismus" und „Zentralismus", an denen das Projekt schließlich scheitert.

Im Anhang beschäftigt sich der Autor mit typischen, auf Idealismus beruhenden Fehlern und Herangehensweisen von europäischen Helfern in Afrika.

Dr. Peter Beyersdorff ist Arzt für Allgemeinmedizin und erwarb das Tropendiplom. Ärztliche Tätigkeit seit 1976. Einsatz mit dem Komitee Deutscher Not-Ärzte in Somalia 1981, in Uganda 1982/83, im Tschad 1984.

Umschlagtext zu: Hunger und Hoffnung

Hunger für Äthiopien — Hoffnung für Dr. Beyersdorff

Peter Beyersdorff: Hunger und Hoffnung. Chronik eines Einsatzes im äthiopischen Notstandsgebiet. Berlin 1988. 180 S., 24,80 DM.

Bericht vom zweiten Treffen gewerkschaftlicher Solidaritäts-gruppen und Aktionsgruppen mit der Dritten Welt in Köln 29.-30. Oktober 1988

Seit ca. zwei Jahren gibt es beim DGB-Bildungswerk ein „Nord-Süd-Netz" (NS-Netz), nicht zu verwechseln mit der Nord-Süd-Kampagne! Dieses Netz gibt Materialien für die Bildungsarbeit heraus, stellt ReferentInnen, organisiert Seminare usw. Um die Arbeit der gewerkschaftlichen Soligruppen zu koordinieren, fand nun ein Jahr nach dem Auftakt in Essen das zweite Treffen der gewerkschaftlichen Soli-Gruppen statt. Zunächst einmal ist festzustellen, daß solche Treffen im DGB ungewöhnlich sind, da die gewerkschaftliche Arbeit in der Regel einzelgewerkschaftlich und vertikal organisiert ist. Übergreifende horizontale Treffen, wie dieses, sind eher die Ausnahme.

Insoweit ist schon allein die Tatsache, daß so ein Treffen stattfindet, bereits als sehr positiv einzuschätzen, Weiterhin bedeuten die Einrichtung eines Nord-Süd-Netzes und solche Treffen, daß der DGB nicht gerade für spontane, kurzlebige Aktionen bekannt ist. Grund genug für die Soli-Bewegung, die Sache weiter zu beobachten und die Zusammenarbeit zu suchen.

Von den ca. 150 TeilnehmerInnen kamen die meisten aus gewerkschaftlichen Gruppen, die Arbeitsbrigaden nach Nicaragua organisieren. Zwei bis drei Gruppen arbeiten zu Südafrika, darunter die Anti-Apartheid-Bewegung (AAB); ein Arbeitskreis Solidarität mit brasilianischen GewerkschafterInnen und der Intersoli-Arbeitskreis der IG Metall Wolfsburg der zu den VW-Töchtern arbeitet, waren ebenfalls vertreten.

In neun Arbeitsgruppen ging es um Konzern- und Bankenstrategien, IWF und Weltbank, Verschuldung, Umweltzerstörung und Rüstungsexport. Dazu gab es vier Länder-AGs zu Chile, Südafrika, Nicaragua und Südkorea, sowie eine Arbeitsgruppe, die sich mit Problemen der Koordinierung gewerkschaftlicher Aktivitäten in diesem Bereich beschäftigte.

Zum Auftakt gab es eine Diskussion zu den konkreten Utopien der Solidaritätsarbeit. Daran nahmen Fernando Mires, Karl Rössel (Mitverfasser des Buches „Hoch die internationale Solidarität") und Robert Steiert (Bereich Internationalismus im IG Metall-Vorstand) teil. Mires erklärte, wir müßten die konkrete Gegenwart mit der Utopie in Verbindung bringen: ohne Diskurs keine Utopie, ohne Utopie kein Diskurs. Die Zukunft müsse positiv besetzt sein, wir müßten also unsere Beziehung zur Zukunft überprüfen. Die großen Utopien seien in die Krise geraten, insoweit sei die Zukunft negativ besetzt und auch unser Diskurs in die Krise geraten. Auch die Entwicklungstheorien in Lateinamerika seien in der Krise. Entwicklung sei von Wachstum nicht zu trennen, man müsse die Opfer fragen, wie sie sich die Entwicklung vorstellen würden und was für einen Begriff von Geschichte sie hätten. Unser Begriff von Geschichte sei eurozentristisch, die Miskitos hätten z.B. einen anderen Begriff. Ein neuer Diskurs sei neue Umwälzung, er dürfe nicht einfach Ergänzung durch verschiedene Standpunkte sein. So könne man nicht einfach Ökologie zum Marxismus addieren. Demokratie sei die Bedingung für den Diskurs.

Karl Rössel beschrieb in seinem bewußt provokativen Beitrag das Trauerspiel der gewerkschaftlichen Soli-Arbeit nach dem 2. Weltkrieg und stellte einen gewaltigen Mangel an internationalistischem Bewußtsein in der Arbeiterbewegung fest. Stationen der gewerkschaftlichen Nicht-Solidarität waren u.a. Akzeptierung von NATO und Marshallplan, Abstandnahme vom Antikapitalismus, keine Klärung des Verhältnisses zwischen Metropolen und dem Aufbau der imperialistischen Ausbeutung der 3. Welt, kaum Präsenz bei Anti-Atombewegung oder beim Algerienkrieg, dafür aber Unterstützung des Boykotts gegen die SU und die VR China wegen Korea. Ab Anfang der 60er Jahre karitative Arbeit unter dem Motto „Aktion wir helfen", „Wer hungert, kann auch nicht richtig arbeiten". Ende der 60er Jahre mit in der großen Koalition gegen die APO, gemeinsame Aktion mit Arbeitgebern, Grundstückseigentümern und CDU gegen die APO anläßlich deren Aktionen gegen Rüstungsexport und der damaligen Anti-NATO-Kampagne (Internationalismuskongreß in Berlin).

Soliarbeit dürfe sich nicht nur auf Projektarbeit beschränken, es sei gewerkschaftliche Breitenarbeit nötig, um wieder internationalistisches Bewußtsein zu schaffen, es sollten endlich auch mal Aktionen wie z.B. Solidaritätsstreiks gegen Waffen- oder Giftmüllexportproduktion überlegt werden. Eine breite Diskussion über die Richtung gewerkschaftlicher Soliarbeit sei notwendig.

Robert Steiert, der im IGM-Vorstand für Internationalismus zuständig ist, hielt eine sehr schwache Rede. Er nannte als Ziel für Soliarbeit, Aktionen im Betrieb, Infos, Spendensammlung, Zusammenarbeit vor Ort mit anderen Gruppen. Wichtig sei der betriebliche Ansatz. So gäbe es betriebliche Gruppen in Wolfsburg zu Südafrika, Mexiko, Brasilien, sowie Gruppen in Kassel und Mannheim.

Der Hauptvorstand der IG Metall unterstützte einen Aufruf, betriebliche Gruppen zu Südafrika ins Leben zu rufen. Es sei wichtig, vorwärts zu diskutieren und nicht in der Geschichte herumzustochern. In der Diskussion wurde festgestellt, daß die Gewerkschaften nur auf nationaler Ebene denken, zudem die Frage nach dem „Entwicklungsmodell" für die BRD aufgeworfen. Der Kölner DGB Kreisvorsitzende Gilges bemängelte die Trennung zwischen internationaler Solidarität und Internationalismusarbeit des DGB. Die Internationalismusarbeit des DGB müsse über die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) und die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften hinausgehen. Der Kongreß müsse klarstellen, daß Solidaritätsarbeit im DGB nicht nur eine Spielwiese für Exoten ist. K. Rössel problematisierte die Zusammenarbeit des DGB mit rechtslastigen gelben Gewerkschaften mit den Philippinen und in Nicaragua, da diese im Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) sind.

In der Diskussion und auch in den Berichten einzelner gewerkschaftlicher Soli-Gruppen wurden wichtige Punkte angesprochen, an denen es zur Zeit in der gewerkschaftlichen Soliarbeit hapert. So ist es m.E. kein Zufall, daß das N/S-Netz im Bereich Bildung im DGB Bundesvorstand zugeschlagen wurde und nicht dem Bereich Internationalismus. Die gewerkschaftliche Projektarbeit vornehmlich zu Nicaragua

unterscheidet sich kaum von anderen nicht gewerkschaftlichen Soligruppen und ist oft auf die Initiative einzelner zurückzuführen, und nicht auf eine gezielte gewerkschaftliche Initiative. Einzelne dieser gewerkschaftlichen Soli-Gruppen haben sogar einige Schwierigkeiten mit konservativen Gewerkschaftsfunktionären gehabt, für die schon das Wort Arbeitsbrigade nicht tragbar war und die Nicaragua sowieso mit Mißtrauen beäugen. Die Internationalismusbereiche der Gewerkschaften sind für die offiziellen Kontakte zu anderen Gewerkschaften zuständig, die dem IBFG oder zumindest nicht dem Weltgewerkschaftsbund (WGB) angehören. Und darauf bleibt im wesentlichen der Internationalismus des DGB beschränkt. Schwierigkeiten mit den offiziellen DGB-Stellen ist bei der Nicaragua-Solidaritätsarbeit schon deshalb vorprogrammiert, da die sandinistischen Gewerkschaften eben nicht im IBFG sind.

Der IBFG entstand durch eine Spaltung vom WGB Ende der 40er Jahre in der Zeit des kalten Krieges. Der IBFG unterstützt allzuoft gelbe staats- und unternehmerfeindliche Gewerkschaften in der „3. Welt“, da früher oft das Kriterium des Antikommunismus als Eintrittskarte in den IBFG ausreichte, um es etwas überspitzt zu formulieren. So sind noch heute die rechten Gewerkschaften in Nicaragua oder den Philippinen Mitglied im IBFG und damit offizieller Ansprechpartner des DGB und seiner Einzelgewerkschaften.

Die Schwierigkeiten fangen an, wenn eine gewerkschaftliche Gruppe mit einer Gewerkschaft, die nicht Mitglied im IBFG ist, Kontakt aufnehmen will, gerade wenn in dem Land eine IBFG-Gewerkschaft existiert. Ist der gewerkschaftliche Ansprechpartner Mitglied im WGB, dann wird die Kontaktaufnahme schwierig und einer Zusammenarbeit stehen schier unüberwindbare Hindernisse im Weg. Formales Hindernis ist die Nichtmitgliedschaft, dahinter steht jedoch die politische Ideologie des kalten Krieges. Diese reaktionäre Tradition aus der Ära des Kalten Krieges hat in der Vergangenheit wiederholt dazu geführt, daß gewerkschaftliche Kämpfe gegen multinationale Konzerne verloren gingen bzw. von vorneherein nicht zu gewinnen waren. Ein Beispiel ist Michelin. Die MichelinkollegInnen in Spanien führten vor einigen Jahren einen mehrere Monate dauernden Streik durch, mußten aber schließlich klein beigeben, da Michelin die Produktion kurzerhand in andere europäische Werke verlagerte. Gemeinsame Solidaritätsaktionen in allen Michelinwerken waren aber nicht möglich, da sich Gewerkschaften des IBFG wie die IG Chemie weigerten, mit Gewerkschaften aus dem „Reich des Bösen“, wie die CGT in Frankreich oder den CCOO in Spanien zusammenzuarbeiten. Dieses Beispiel steht für viele andere. Nicht nur in Zusammenhang mit der Unterstützung von gewerkschaftlichen Kämpfen in der „3. Welt“, sondern gerade auch im Zuge der Herstellung des EG-Binnenmarktes ist es Gebot der Stunde mit diesem politischen Anachronismus endlich Schluß zu machen. Nur so ist es möglich, der Internationale des Kapitals den entschiedenen Widerstand der internationalen ArbeiterInnenbewegung entgegenzusetzen.

Nachdem die AG-Verschuldung einen entsprechenden Antrag ins Plenum eingebracht hatte, der sehr moderat formuliert war und vom Bundesvorstand des DGB fordert, daß die Zusammenarbeit mit anderen Gewerkschaften von deren Politik und Massenverankerung und nicht von der Zugehörigkeit zum IBFG abhängig gemacht werden sollte, brach erst mal Hektik aus. Einige DGB-Funktionäre, darunter Dieter Eich, Organisator des N/S-Netzes warnten eindringlich davor, daß mensch es sich mit einer solchen Erklärung mit dem DGB-Bundesvorstand verscherzen würde. Damit erreichten sie gerade das Gegenteil. Die überwältigende Mehrheit der Anwesenheit stimmte für unsere Erklärung. Klar ist, daß so ein Beschluß nur bedrucktes Papier zum Abheften bleibt, wenn nicht (in örtlichen Untergliederungen angefangen) versucht wird, die gewerkschaftliche Beschlußlage zu diesem Punkt zu ändern. Um dies zu unterstützen, erklärten sich einige KollegInnen bereit, Material nebst Musterantrag zu erstellen, das dann allen Interessierten zur Verfügung gestellt werden kann.

Außerdem wurde beschlossen, daß ein, wenn nicht der Schwerpunkt des nächsten Treffens, das nun jährlich stattfinden soll, die internationalen Beziehungen des DGB und der Einzelgewerkschaften sind.

Insgesamt sollten sich mehr Internationalisten in den Gewerkschaften in diese Treffen einbringen, um gemeinsam zu überlegen, wie das internationalistische Bewußtsein der Gewerkschaft wieder freigeschaufelt werden kann, nachdem es weitgehend verschüttet worden ist. Diese Internationalisierung der bundesweiten Gewerkschaften ist mehr als überfällig, wenn der DGB nicht im Rahmen der Herstellung des EG-Binnenmarktes 1992 anfangen will, sich mit Shakespeare zu beschäftigen: „To be or not to be“ war jedenfalls schon damals eine berühmte Fragestellung.

Wolfram Treiber

P.S. Informationen und Arbeitshefte des Nord-/Süd-Netzes des DGB gibt es beim DGB-Bildungswerk, Nord/Süd-Netz, Postfach 2001, 4000 Düsseldorf 1.

Europäische Konferenz: Beendet Südafrikas Aggression gegen Mosambik und Angola!

Südafrika ist auch nach außen aggressiv. Diese Tatsache wird von der europäischen Öffentlichkeit bisher kaum zur Kenntnis genommen. Mosambik und Angola sind davon am stärksten betroffen. Die Folgen sind für beide Länder in jeder Hinsicht verheerend und machen jegliche Entwicklung zunichte.

Zur europäischen Konferenz: „Beendet Südafrikas Aggression gegen Mosambik und Angola" (ECASAAMA) trafen sich am 8./9.12.1988 in Bonn 450 Solidaritäts- und Anti-Apartheid-AktivistInnen sowie VertreterInnen von Kirchen, Parteien, Gewerkschaften und Hilfsorganisationen aus Europa, den USA und Kanada, um sich zwei Tage intensiv mit der Situation im Südlichen Afrika zu beschäftigen. Die Konferenz wurde von einem europäischen Trägerkreis organisiert, in dem Solidaritätsorganisationen aus 15 Ländern zusammengeschlossen sind. Im bundesdeutschen ECASAAMA-Komitee sind 30 Organisationen vertreten, darunter ASW, ISSA, AAB, Grüne und SPD.

Neben ANC- und SWAPO-Vertretern waren Delegationen der Staatsparteien Mosambiks und Angolas, FRELIMO und MPLA/PT angereist. Sie schilderten eindrucksvoll die verzweifelte Lage ihrer Länder, denen in 13 Jahren Unabhängigkeit kein Tag der Nichteinmischung gegönnt war. Dies erschwerte neben dem kolonialen Erbe zusätzlich den dringenden Aufbau dieser Länder. Im Plenum und in Arbeitsgruppen wurde die südafrikanische Strategie und die Auswirkungen der „Rebellenaktivitäten" auf das Bildungs- und Gesundheitswesen, die ländliche Entwicklung und die Infrastruktur der beiden Länder untersucht. In Mosambik hat der unvorstellbar grausame Krieg bisher 100000 Tote gefordert, 40% der Schulen und Gesundheitsstationen wurden zerstört, 500000 Menschen wurden zu Flüchtlingen, weitere 1,8 Mio. sind im eigenen Land vertrieben. Laut UNICEF-Studie beträgt die Zahl der kriegsbedingten Hungertoten in beiden Ländern 200000. Der Terror richtet sich auch vorrangig gegen die Infrastruktur, um damit die Abhängigkeit aller Staaten im Südlichen Afrika vom Apartheidregime zu verstärken. Daß beide Terrortruppen mit der Unterstützung Südafrikas stehen und fallen, wurde aus den Beiträgen der Mosambikaner und Angolaner immer wieder deutlich. Klar wurde auch dem kritschen Beobachter, daß es bei der Analyse der katastrophalen Situation in Mosambik und Angola zu unterscheiden gilt zwischen internen Problemen, z.B. Fehlern in der Landwirtschaftspolitik in Mosambik, die die Sprecher der FRELIMO auch unumwunden zugeben, und der aggressiven Einmischung Südafrikas, die jede eigenständige Entwicklung zu verhindern sucht, und die es anzuklagen und zu bekämpfen gilt.

Die „Totale Strategie" Südafrikas heißt, jede Möglichkeit der politischen, ökonomischen und militärischen Schwächung der unabhängigen Nachbarstaaten wahrzunehmen. Dieser Strategie widerspricht es keineswegs, vertraglich gesicherte Beziehungen mit diesen Ländern zu unterhalten, so zum Beispiel das kürzlich getroffene, auf höchster Ebene ausgehandelte Wirtschaftsabkommen mit Mosambik. Im Rahmen dessen hat Südafrika Mosambik sogar „nicht letale" Militärhilfe von sieben Millionen Mark gewährt als Beitrag zum Schutz von Hochspannungsleitungen, die mosambikanischen Strom vom Cabora-Bassa-Staudamm nach Südafrika liefern. Eben diese Leitungen sind aber bevorzugtes Ziel der RENAMO-Banden.

Auch die südafrikatreue UNITA in Angola (so Peter Manner, SWAPO) wird die Unterzeichnung des Angola-/Namibia-Abkommens möglicherweise zum Anlaß nehmen, eine neue Offensive zu starten. Daraufhin, so das Szenario des SWAPO-Vertreters auf der Konferenz, würden die Kubaner verständlicherweise ihren Truppenabzug verzögern, was Pretoria wiederum als willkommene Rechtfertigung dienen könnte, seine Truppen nicht vertragsgemäß aus Namibia abzuziehen.

Diese scheinbaren Widersprüche südafrikanischer Politik sind zwar Folge interner taktischer Differenzen zwischen Militär und Politik, im Ergebnis aber ergänzen sich beide und festigen die Abhängigkeit vom Burenregime durch das Geflecht von Verträgen und militärischen Eingriffen.

In der Diskussion um die westliche Unterstützung zeigte sich, daß die BRD eine Art logistisches Zentrum der RENAMO ist; hier werden Geld und Waffen organisiert und mit Unterstützung der Hans-Seidel-Stiftung und der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte wichtige Kontakte geknüpft. In der Erklärung der Konferenz forderten die Teilnehmer von den Regierungen, Finanzinstitutionen und politischen Organisationen, die diplomatische, politische, militärische und kommerzielle Unterstützung für das südafrikanische Regime einzustellen.

Die ECASAAMA-Konferenz soll kein isoliertes Ereignis darstellen; vielmehr ist sie der Beginn der europäischen Kampagne „Beendet Südafrikas Aggression gegen Mosambik und Angola". Im Rahmen dieser Kampagne soll 1989:

- eine Dokumentation über die westeuropäische Unterstützung der RENAMO und UNITA veröffentlicht werden,
- eine intensive Kampagne zur Unterstützung mosambikanischer Frauen und Kinder in Zusammenarbeit mit den Frauenorganisationen OMM (Organisation mosambikanischer Frauen) und OMA (Organisation angolanischer Frauen) begonnen werden,
- spezielle Materialhilfe zur Unterstützung der Selbstverteidigungsaktivitäten der mosambikanischen und angolanischen Bevölkerung gegen Südafrikas Angriffe und den Terror der RENAMO und UNITA gesammelt werden.

Gestritten wurde auf der Konferenz kaum. Es ging ja auch um praktische Solidarität, die sich im wesentlichen in Öffentlichkeitsarbeit manifestiert, und weniger darum, Analysen des Imperialismus zu erörtern oder gar Perspektiven für einen neuen Internationalismus zu diskutieren. Die intensive, ernsthafte Atmosphäre während der letzten zwei Tage löste sich auf der Abschlußveranstaltung. Der mosambikanische Künstler Valente Ngwenya übergab ein überdimensionales Gemälde als Geschenk an das ECASAAMA-Komitee. Noch während seiner etwas ungeübten Rede („mein Pinsel läßt mir keine Zeit für große Worte") enthüllt sich das eindrucksvolle Werk unbeabsichtigterweise von selbst. Die mosambikanische Delegation singt sich mit zwei Liedern in die Herzen aller Teilnehmer, die Veranstaltung endete mit dem Ruf aller „A lutta continua, ...!"

dv

Über die ISSA ist die vollständige Dokumentation der ECASAAMA-Konferenz erhältlich: ISSA, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1.

Der radschlagende „Ratschlag" des ASK (Antiimperialistisches Solidaritätskomitee) oder: Warum purzelt Ihr nach rechts Genossen?

Das ASK hatte für den 3./4. Dez. 1988 nach Frankfurt alle seine Mitglieder und kritische „Freunde" aus der Solidaritätsbewegung eingeladen. Unter dem Motto „wie weiter in der Solidaritätsbewegung" sollte ein „Ratschlag über die Grundfragen der Solidarität" gehalten werden. Erklärte Absicht war es, einen Beitrag zu den Diskussionen über die weitere Entwicklung der Solidaritätsbewegung, über „Neuen Internationalismus" zu leisten. Gleichzeitig sollte in diesem Rahmen eine Erneuerung der bisherigen, stark von der DKP beeinflußten Programmatik, der Arbeitsweisen und der Strukturen des Komitees erfolgen. Im Mittelpunkt des von 35 Teilnehmern besuchten Ratschlags sollten vor allem inhaltliche politische Grundsatzfragen stehen. Konkrete Schlußfolgerungen für ihre praktische Arbeit werden auf einer Tagung Anfang 1989 im Mittelpunkt stehen.

Die besonders am ersten Tag in die Diskussion einfließenden Internas (z.B. Fraktionierung, „Machtkämpfe", Orientierungslosigkeit durch „altes" versus „neues" Denken...) sind für uns nicht von Interesse. Unsere Kritik der Tagung wollen wir an der „neuen" Position der Mehrheit der anwesenden ASK Mitglieder festmachen. Sie konstatiert in einer „weltweiten Umbruchsituation" „drei Problemkomplexe", in denen das „menschheitsbedrohende Potential konzentriert" sei: Rüstung, Umweltzerstörung, Unterentwicklung. Politik ist somit nur noch unter dem Diktat dieser, das „Gattungswesen Mensch" im Fortbestand bedrohenden „globalen Problemkomplexe" denkbar. Die Menschheit findet ihre Bestimmung als „Gefährdungsgemeinschaft". Wer nicht nur gefährdet ist, sondern realiter schon stirbt an Kriegen, Umweltzerstörung und Unterentwicklung — und bekannterweise nicht erst, seitdem das ASK dies als „Neues" entdeckt hat — also, die Massen in den drei Kontinenten, kann in dieser Betrachtungsweise nicht mehr Ausgangs- und Endpunkt internationalistischer (vor allem schon gar nicht antiimperialistischer) Politik sein. Das Objekt dieser Politik kann nur der Teil der Menschheit sein, der diese Probleme lediglich als Bedrohung erfährt und nicht als jetzt schon vernichtende Realität, der homo europäicus („in seiner derzeitigen biologischen Verfassung"). Dabei treten alle gesellschafts- und klassenanalytischen Erklärungen hinter die Rettung des biologischen Gattungswesens Mensch zurück. Werte wie Freiheit, Menschenwürde, Selbstbestimmung, der „aufrechte Gang", sind nicht mehr Ausgangspunkt politischen Denkens und Handelns: „Es gilt, zuerst den Fortbestand der Menschheit zu sichern, um dann auf dieser Basis gesellschaftsverändernde Politik durchzusetzen." Lösbar seien diese Probleme nur in friedlicher Koexistenz mit dem Imperialismus. Nicht nur rhetorisch wurde die Frage nach der „Friedensfähigkeit" des Imperialismus gestellt.

Politische Fragen, wie etwa das (dialektische) Verhältnis von Reform und Revolution, wurden nicht diskutiert. Dazu ein Teilnehmer: „Revolution oder Reform sind nicht mehr die Fragen, es gilt zu handeln." Und handeln bedeutet in „bewährter" DKP-Manier, Bündnis und Mehrheitsfähigkeit zu erlangen. Der Bündnisfähigkeit mit bürgerlichen Gruppierungen in der Ersten Welt werden dabei antiimperialistische Positionen geopfert.

Dieses Politikverständnis führt konsequenterweise zu einer Haltung gegenüber Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt, die einem imperialistischen Solidaritätskomitee besser anstehen würde als dem ASK: Da Regionalkonflikte — darunter werden nun auch nationale Befreiungskriege und Revolutionen subsumiert — sich durch die Anwendung von Atomwaffen zu einer Bedrohung für die gesamte Menschheit auswachsen könnten, müßten unter bestimmten Bedingungen — z.B. der Drohung Bothas, Atomwaffen einzusetzen — emanzipatorische Bewegungen dem höheren Menschheitsinteresse geopfert werden. Diese Argumentationslinie gipfelte in Zweifeln, ob mit Mosambik und Nicaragua die „richtigen" Länder unterstützt worden seien, weil — neben den vielen „unnötigen" Menschenopfern — die materiellen Lebensbedingungen sich nach der Revolution verschlechtert hätten!

Wir wollen diesen Gedanken weiter führen. Was passiert, wenn die Menschen in solchen Ländern sich trotzdem befreien wollen, mit dem „neuen Denken" von ASK und SU nichts anfangen können? Folgt dann der Einmarsch sowjetischer UN-Sicherheitstruppen, um Südafrika zu schützen?

Das „neue" Denken entpuppt sich als das Ausgraben des guten alten Reformismus, als Öffnung nach rechts, durch Ballastabwerfen nach links. Nicht alle anwesenden ASK-Mitglieder, auch nicht alle anwesenden DKP-Mitglieder, wollten diesen Schwenk nachvollziehen. Leider wurde nicht um Positionen gerungen, sie wurden einander gegenübergestellt. Die Art und Weise, in der diskutiert wurde, läßt befürchten, daß die Entscheidung längst zu Gunsten des „neuen Denkens" gefallen ist!

Es ist begrüßenswert, wenn sich eine politische Gruppe der externen Kritik öffnet. Dieses Verfahren macht aber nur Sinn, wenn dies auch Konsequenzen für die praktische Politik hat, wenn Kritik nicht zur „demokratischen" Legitimation von programmatischen Rechtsschwenks verkommt. Es bleibt zu hoffen, daß es den ASK-Mitgliedern doch noch gelingt, sich von den Vorgaben aus Moskau zu emanzipieren. **Andreas Beil, Jürgen Wengler**

Übung für den Kolonialkrieg der Zukunft

Vom 24. Februar bis zum 3. März 1989 findet die größte und geheimste NATO-Übrung statt, in der NATO-weit militärische und zivile Stellen zusammenwirken werden. Die Übung hat den unauffälligen Namen Wintex-Cimex (Winter-Exercise/Civil-Military-Exercise).

Die Unterstützung von Interventionsvorbereitungen Richtung „Dritte Welt" wird dabei ein zentraler Übungsteil sein. Ausgangspunkt der Übung sind bestimmte internationale Krisenlagen wie z.B. die Gefährdung der Ölversorgung durch Krieg im Persischen Golf. Während der Übung wird dabei von militärischen und zivilen Stellen die Durchsetzung der Notstandsverordnungen geprobt: Umstellung der Verwaltungsorganisation, Einschränkung der Freizügigkeit durch Fahrverbote, Sicherstellung von Gütern (im „Verteidigungsfall" werden alle Lebensmittellager in der BRD unter militärische Kontrolle gestellt), Niederschlagung von Demonstrationen etc.

Zur Übung gehören auch ausdrücklich die Unterstützungsleistungen für die US-Streitkräfte, wie z.B. Transporte, Instandhaltung, Zurverfügungstellen ziviler Arbeitskräfte und Materialien. Auch wenn die Regierung es bestreitet: über das WHNS-Abkommen (Wartime-Host-Nation-Support) kann die BRD zur Unterstützung von US-Interventionsvorbereitungen herangezogen werden. Die Unterstützung militärischer Stellen in der BRD beim Angriff von US-Bombern auf Libyen und die erneuten Agressionen der USA gegen Libyen zeigen, wie schnell aus dieser Art von Kriegsspiel blutiger Ernst werden kann. Die Hemmschwelle für „Bestrafungsaktionen" der NATO wird immer niedriger. Das Verfahren wegen dem Bombenanschlag auf die Berliner Diskothek, das den Yankees zum Vorwand für die Bombardierung Libyens gedient hatte, ist inzwischen klammheimlich eingestellt worden.

Die NATO-Übung soll mit der Aktion „Notbremse" möglichst heftig behindert werden. Hierzu bestehen vor allem auf kommunaler Ebene vielfältige Möglichkeiten, weil Städte und Kreise Hauptträger der Notstandsvorbereitungen sind.

Materialen zu den geplanten Aktionen und Informationen gibt es bei der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden, Vogelsbergstr. 17, 6000 Frankfurt/M. 1, Tel. 069/4989394

uh

Rassist erhält Kulturpreis

Der über Kärnten hinaus bedeutende Villacher Kulturpreis ging dieses Mal an den bekannten österreichischen Publizisten Franz Sitte.

Viele schwarze Freunde hat der österreichische Buchautor und Journalist Fritz Sitte (64), und „in den Sümpfen von Angola hat er auch noch die letzte Made mit ihnen geteilt". Er bewundert ihre Naturverbundenheit und ihren starken Familienzusammenhalt. Aber so ziemlich alle Fähigkeiten, die einen „zivilisierten" Menschen — im westlichen Sinn — ausmachen, spricht er ihnen ab.

In seinen 17 Büchern wimmelt es nur so von Diskriminierungen und Rassismus, beispielsweise: „Schwarze Akademiker sind ganz einfach nicht in der Lage, voll verantwortlich an die Stelle weißer Ingenieure und Fachleute zu treten... Vollends bricht das Chaos aus bei Rundfunk, Fernsehen oder Luftfahrtgesellschaften, wenn Schwarze allein arbeiten und auf weiße Hilfe verzichten müssen." Oder: „Warum ist es weder den Schwarzafrikanern noch den Rothäuten jemals eingefallen, zu merken, die Erde sei rund und könne 'entdeckt' und besiedelt werden. Nein, das taten ausschließlich die Europäer". In Nicaragua „geht es heute noch viel ärger und schlechter zu als einst unter Somoza" und sein generelles Urteil über die „Dritte Welt" gipfelt in folgendem blanken Zynismus: „Es geht nicht auf die Dauer, daß die eine Hälfte der Menschheit arbeitet und produziert, damit sie die andere, hungernde Bevölkerungshälfte der Erde durchfüttert."

Dafür erhielt Sitte, der sich selbst als „publizistischer Freund" der von Südafrika unterstützten angolanischen Rebellenbewegung UNITA bezeichnet, im Dezember 1988 den Kulturpreis der Stadt Villach (Kärnten).

Auch massive Proteste von seiten des ÖIE (Österreichischer Informationsdienst für Entwicklungspolitik), von Menschenrechtsgruppen, Entwicklungshelfern und Parteifreunden des „sozialistischen" Villacher Bürgermeisters konnten nicht verhindern, daß seine diffamierenden Abenteuerberichte („sachlicher", „objektiver", „ausgewogener", „zeitgeschichtlicher Journalismus") durch Waldheim-Vorgänger Dr. Rudolf Kirchschläger höchst persönlich hochgejubelt wurden. Der Altbundespräsident betonte in seiner Laudatio die „persönliche Wahrhaftigkeit" Sittes und dessen „informative Bildungsarbeit": „Mein Horizont wurde durch viele seiner Bücher erweitert". Etwa auch, daß „Südafrika die einzige funktionierende Demokratie in Afrika" (Sitte) sei?

Während einer Gegen-Pressekonferenz bracht ein ehemaliger Entwicklungshelfer die angebliche Kompetenz Sittes auf den Punkt: „Wer die 'Dritte Welt' verstehen will und dazu Sitte liest, kann genauso gut Medizin studieren, indem er regelmäßig die 'Schwarzwaldklinik' guckt"...

Ludmilla Tüting, Berlin

BUKO verhindert Rüstungsexport nach Südafrika

Südafrika ist nur um ein Stück bundesdeutscher Militärelektronik reicher: Die „BUKO-Kampagne gegen Rüstungsexporte" verhinderte durch eine Pressemitteilung — zumindest vorläufig — den weiteren Export von sogenannten Multisensorplattformen von MBB.

Mit offizieller Genehmigung sollten die hochmodernen Elektronikteile u.a. dem südafrikanischen Wetterbüro den Blick aufklaren; eine rein zivile Angelegenheit, so schien es zunächst. Bis die „World Campaign", eine international angesehene Anti-Apartheid-Organisation mit Beobachterstatus im UN-Sicherheitsrat, am 7. Juni 1988 bei Genschers Auswärtigem Amt intervenierte. Campaign-Leiter Abdul Minti argumentierte — vom BUKO informiert — die angeblich zivilen Plattformen könnten durchaus auch militärische Verwendung finden, beispielsweise im Frontgebiet zu Angola.

Diesen Hinweis nahm man im Auswärtigen Amt zum Anlaß, die „Wetterbüro-Version" der Buren ernsthaft zu prüfen. Mit dem Ergebnis, daß vorerst nicht mehr exportiert werden darf. MBB, der jüngst von Daimler einverleibte Rüstungskonzern, erahnte offensichtlich die aufziehenden Gewitterwolken. Oder aber der Wind stand günstig für die Münchner, so daß ihnen in der zweiwöchigen Bearbeitungszeit des Campaign-Dringlichkeitsschreibens im Genscher-Ministerium, eine leichte Informationsbrise um die Ohren wehte. Jedenfalls exportierte MBB über Bremen eine Multisensorplattform — in großer Eile, wie der BUKO angibt. Und das zugleich zu Genschers Ankündigung, den Fall zu prüfen. Ob einen Tag vor oder nach der offiziellen Verlautbartung, darüber streiten sich noch die Geister.

Wie sieht die heutige Wetterlage aus? Die Genehmigungen für weitere zwei Plattformen sind nicht vom Tisch. Vielleicht wird nur so lange geprüft, bis eine Schönwetterfront heranzieht — und dann exportiert. Legal, versteht sich.

AS

Tropenholz, ja bitte?

„Schreier wollen keine Auslandshölzer mehr, obwohl die schwarzen Staaten das Auslandsgeld dringend benötigen. Fachleute wissen dies, und wir gehören zu ihnen. Unbeschadet allen Geschreis. Wir führen einheimische Holzarten für jeden Bedarf." So lautete der Anzeigentext der Holz- und Furnierhandlung Otto Brielmann in der Badischen Zeitung vom 17.12.1988.

Was heißt diese 'Message' des Marketing-Experten Brielmann auf deutsch? „Wir haben über 50 Holzarten – alles, was kreucht und fleucht, aus dem In- und Ausland", brüllt es aus dem Telefon. Unbeschadet aller Verständnisschwierigkeiten: zu den „Schreiern" gehört auch die 'Arbeitsgemeinschaft Regenwald und Artenschutz'. Gemeinsam mit über 70 Naturschutz- und Menschenrechtsverbänden sowie entwicklungspolitischen und kirchlichen Gruppen stellte sie vor kurzem ein Memorandum der Öffentlichkeit vor.

Darin heißt es, die Bundesregierung weigere sich nicht nur, ein Importverbot für Tropenholz einzuführen, sondern unterstütze sogar das Abholzgeschäft – mit Finanzierungshilfen der bundeseigenen Entwicklungsgesellschaft DEG.

Weiterhin prangern die Organisationen den Import von Futtermitteln in die norddeutschen Viehmasthochburgen an. Dadurch würden – beispielsweise in Brasilien – „Millionen von Kleinbauern in die gerade erschlossenen Regenwaldgebiete gedrängt, wo sie durch unkontrollierten Brandrodungsackerbau weite Flächen zerstörten." Hintergrund: Großflächiger Sojaanbau führte zur Vertreibung der Kleinbauern aus ihren traditionellen Anbaugebieten.

Das Memorandum enthält Forderungen an die Bundesregierung und die politischen Parteien. Neben dem „Verbot des Imports sämtlicher Güter, die direkt oder indirekt zum Verlust weiteren Primärregenwaldes beitragen", sollen auch ökologisch destruktive Entwicklungsprojekte eingestellt werden. Mehr noch: Ein internationaler Fonds soll eingerichtet werden, der „in Form von kontrollierten Kompensationszahlungen für Nutzungsverzicht" dem Schutz der Tropen dienen könnte. Dies sei gerechtfertigt, weil die Regenwaldzerstörung vornehmlich ökonomische Ursachen hat.

Für Otto Brielmann ist zu befürchten, daß er vom Inhalt des Memorandums nur soviel versteht, als daß das Papier, auf dem es gedruckt ist, irgendwann mal Holz war. Schade!

AS

Kinder als Zubrot pakistanischer Bettler

„Miete ein Kind und verdiene mehr als 15 Dollar am Tag"; nach diesem Grundsatz gehen die Bettler der sieben Millionen Stadt Karachi auf die Straße. Es ist kaum zu glauben, aber für 2,50 Dollar am Tag mieten sich professionelle Bettler zwei- bis fünfjährige Kinder. Eine Investition, die sich lohnt. Denn mit einem Kind auf dem Arm verdienen sie an den großen Kreuzungen und schicken Geschäftsstraßen von Karachi mehr als 15 Dollar am Tag.

Die Hafenstadt Karachi lockt viele Arbeitssuchende an, und manche hoffen, hier schnell Geld verdienen zu können. Sie kommen aus Bangladesh, Burma und Sri Lanka und aus anderen Ländern der Dritten Welt mit einer hohen Arbeitslosigkeit. Meistens sind es auch bengalische, burmesische und srilankanische Immigranten, die ihre Kinder für 2,50 Dollar am Tag verleihen. Aber auch Iraner und Afghanen, die hier politisches Asyl gefunden haben, bieten ebenso ihre Kinder an wie Familien aus dem armen Norden und Inneren Pakistans. Karachis Bettler benutzen die unterernährten Kinder in ihren schäbigen und zerfetzten Kleidern, um an das Mitgefühl der Reichen und Wohlhabenden zu appellieren. Der Anblick von halbnackten Kindern erhöht dann auch spürbar die Almosenbereitschaft. Wenn nicht, wird ein bißchen nachgeholfen: Damit die Kinder so richtig elend aussehen, flößt man ihnen sicherheitshalber Drogen ein. In einem schläfrigen Zustand blicken sie dann geistesabwesend über die Schultern der Bettler. Die Eltern wissen, was mit ihren Kindern geschieht, doch die Not ist so groß, daß sie süchtige Kinder in Kauf nehmen müssen, um das nackte Überleben zu sichern. ck

Quelle: Third World Network Features 351/88, Ibrahim Sajid

Gesamthochschule Kassel, ladok/Clarita Müller-Plantenberg (Hrsg.): **Indianergebiete und Großprojekte in Brasilien**, Kassel 1988. 527 S., 60,- DM f. Institutionen, 50,- DM f. Einzelpers., 30,- DM f. Stud. Zu beziehen bei: Lateinamerika-Dokumentationsstelle ladok, Gesamthochschule Kassel FB 6, z.H. Frau Stock, Nora-Platiel-Str. 5, 3500 Kassel.

Salud Mental in Nicaragua. Psychoanalyse im Dienste des Volkes, hrsg. v. Werkstatt für Gesellschafts- und Psychoanalyse Salzburg/Medico international, Freiburg/Brsg.: Kore-Verlag 1988. 20,- DM. Zu beziehen bei: Kore-Verlag, Holbeinstr. 12, 7800 Freiburg/Brsg.

Sembène Ousmane: **Die Postanweisung**, Berlin: Oberbaum-Verlag 1988.
Sembène Ousmane: **Die Weiße Genesis**, Berlin: Oberbaum-Verlag (Jahr unbekannt). Verlagsanschrift: Oberbaum-Verlag, Panierstr. 54, 1000 Berlin 44

Ludgera Klemp: **Entwicklungshilfekritik. Analyse und Dokumentation**, DSE Themendienst 7, hrsg. v. Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung – Zentralstelle für Erziehung, Wissenschaft und Dokumentation, Bonn 1988. 152 S. Kostenlos zu beziehen bei: DSE, Hans-Böckler-Str. 5, 5300 Bonn 3.

Discussion Paper 1, Kenneth Hermele/Bertil Odén: **Sanctions Dilemmas.** Some implications of economic sanctions against South Africa. Uppsala 1988. 43 S, 40,- SEK. Zu beziehen bei: The Scandinavian Institute of African Studies, PO Box 1703, S-751 47 Uppsala, Schweden.

Katholische Junge Gemeinde (Hrsg.): **Eine Welt ist genug für uns alle.** Ein Lese- und Arbeitsbuch zur Entwicklungspolitik, Brennpunkt 2, Düsseldorf 1988. 224 S. Zu beziehen bei: KJG Verlag GmbH, Carl-Mosterts-Platz 1, 4000 Düsseldorf 30.

Gisela Abts/Hartmut Dürste: **Frauen in der Dritten Welt.** Eine annotierte Bibliographie von Taschenbüchern – Eine Handreichung für die entwicklungspolitische Bildung, Bonn 1988, 37 S. Kostenlos zu beziehen bei: Institut für Internationale Begegnungen, Walramstr. 9, 5300 Bonn 2.

Josef Dehler: **Was die Menschen bewegt...** ABC aktueller gesellschaftlicher Probleme und Themen, Frankfurt 1988, 163 S., 19 Abb. 10,- DM. Zu beziehen bei: VAS-Verlag für akademische Schriften, Kurfürstenstr. 18, 6000 Frankfurt 90.

Seminar Proceedings No 21, Hans Hedlung (ed): **Cooperatives Revisited.** Uppsala 1988. 223 S., 150,- SEK. Zu beziehen bei: Almquist & Wiksell International, PO Box 638, S-101 28 Solna, Schweden.

Karin Fiege/Lutz Ramalho (Hrsg.): **Agrarkrisen.** Fallstudie zur ländlichen Entwicklung in der Dritten Welt, ASA-Studien 14, Verlag Breitenbach Publishers, 1988. 523 S., 39,- DM.

Colloquium Dritte Welt, Universität Osnabrück (Hrsg.): **Sozialistische Entwicklungsländer**, Osnabrücker 3.-Welt-Schriften, Heft 4, Osnabrück: Druck- und Verlagscooperative GmbH 1988. 194 S., 15,- DM. Zu beziehen bei: Aktionszentrum 3. Welt, Bierstr. 29, 4500 Osnabrück.

Walter Schön: **UNESCO – Krise der westlichen Hegemonie.** Staatliche Kulturkonzeption und die politische Rolle der Schweiz, Campus Forschung Bd. 579, Frankfurt/New York: Campus Verlag 1988. 267 S.

Tiempo de Victoria, Videoproduktion von Sistema Radio Venceremos, 1988. 68 Min., VHS. Zu beziehen bei: Sistema Radio Venceremos, Scharnhorststr. 6, 5000 Köln 60; Tel. 0221/765852.

A. Dörfler/D.G. de Andrade (Hrsg.): **... dazwischen liegen Welten...** Frauenstudienvorhaben in Afrika, Asien und Lateinamerika, ASA-Studien 15, Verlag Breitenbach Publisher, 1988. 242 S., 24,- DM.

Gerald Braun/Jakob Rösel: **Ethnische Konflikte im internationalen System**, Aktuelle Informationspapiere zu Entwicklung und Politik Nr. 13, hrsg. v. Arnold Bergstraesser Institut, Freiburg.

Theater der Unterdrückten – Wege der Befreiung. Wochenendkurs vom 15.-17.4.89, Ort: Kultur- u. Tagungshaus Zwickmühle, Müllersteige, 7117 Bretzfeld-Rappach (Hohenlohekreis), Unkosten: 120,- DM incl. VV u. Übernachtung. Info: Zwickmühle Tel.: 07946/8374

Die Kultur achten – Alphabetisierung und Bewußtseinsbildung. Befreiende Alphabetisierung und keine „kulturelle Invasion". 26.2.-1.3.89 im Albtraum bei Ulm

Praktikum in der 3. Welt? Sinn und Unsinn – Chancen, Probleme, Vorbereitung. 1.3.-4.3.89 i. Albtraum bei Ulm. Information: AG SPAK (AK Freire), Adlzreiterstr. 23, 8000 München 2

Training zur Vorbereitung von Mitarbeitern für einen gewaltfreien Einsatz bei den Projekten der Internationalen Friedensbrigaden in Guatemala und El Salvador. 23.3.-2.4.1989 in der Arbeitsgemeinschaft Bonnecombe/Frankreich, Inf. u. Anm.: Christel Könemund, Am Schütting 4, Tel.: 2803/5278

Sanfter Tourismus – ein Seminar zu Auswirkungen des Massentourismus und Ansätzen für ein umweltverträgliches Reisen am Beispiel Schwarzwald, Bildungsurlaub, 5.-10.3.89 in Münstertal, DM 330,- inkl. Unterk. und Verpflegung, Info u. Anm.: Ökobildungswerk, Herwarthstr. 22, 5000 Köln 1, Tel. 0221/527387

Seminare vom Arbeitskreis Entwicklungspolitik Vlotho: – **Nicht den Ast absägen. Die tropischen Regenwälder, ihre Gefährdung, ihre Zukunft.** 19.5.-21.5.89, Ort: Naturfreundehaus Teutoburg, 4800 Bielefeld
– **Drei Welten oder Eine? Eine Einführung in entwicklungspolitische Zusammenhänge/Wochenseminar** vom 3.4.-8.4.89 (Bildungsurlaub), Ort: Jugendhof Vlotho, 4973 Vlotho
– **Mythos Bevölkerungsexplosion – oder ist hier eine(r) zuviel?** 2.6.-4.6.89, Ort: Raum Ostwestfalen. Inform. u. Anmeldung zu den Seminaren: Arbeitskreis Entwicklungspol., Horstweg 11, 4973 Vlotho, Tel.: 05733/6800 u. 2977

Seminare der BUKO-Agrarkoordination
– **Weizen als Waffe? Europas Getreidehandel im Blickpunkt.** 23.-25.5.1989 in Niederkaufingen bei Kassel
– **Entwicklungen im Agrobusiness (Konzernstrategien, Agrarpol. im Dienste des Agrobusiness? Gegenstrategien)**
Information und Anmeldung: BUKO-Agrarkoord., Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/392526

Die Reisende Schule 3. Welt macht **Kurse in die Türkei und nach Brasilien.** Kurszeit „Türkei": Mai 89 bis Januar 90/Kurszeit „Brasilien": Juli 89 bis März 90. Infos u. Anm.: Reisende Schule, Bördestr. 3, 3530 Warburg, Tel.: 05641/8954

Kuba und Jamaica – Islands in the sun? Zwei karibische Inseln im Vergleich. 17.7.-21.7.89, Heimvolkshochschule Jägerei Hustedt e.V., Zur Jägerei 81, 3100 Celle, Tel. 05086/301, 125,- DM inkl. Verpfl. u. Übernachtung.

„Revolution im Würgegriff des Weltmarktes". Ein Seminar des Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) vom 17.-19. März in Bonn-Bad Godesberg.
Programm: Einführungsbeitrag zum Thema Geschichte des Internationalismus und nationale Frage / Probleme des Aufbaus einer neuen Gesellschaft in der SU und in Kuba aufgrund der Abhängigkeit vom kapitalistischen Weltmarkt / Analyse und mögliche Gegenwehr gegen die Weltmarktabhängigkeit Mittelamerikas und des südl. Afrika / Auswirkungen auf die befreiten Länder bzw. Befreiungsbewegungen.

Anmeldung: BUKO, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/393156

Forum entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nr. 132/133 Sonderheft
Schwerpunkt: Berichte, Eindrücke, Stellungnahmen von der Aktionswoche gegen die IWF/Weltbanktagung. Trommelfeuer gegen IWF und Weltbank: Gegenkongreß – 4000 in der TU; Demo, Aktionstage, Tribunal und Öko-Kongreß; Berichte aus der Provinz; Repression; Presse und IWF/WB-Tagung; Offizieller Kongreß: Monster-Smalltalk im ICC; Berlin war ein Erfolg/war Berlin ein Erfolg? – Einschätzungen, Stellungnahmen. Außerdem: Feminisierung der Armut; Konvoi für Flüchtlinge in El Salvador; Aktionstag Fast Food
Notizen aus der Szene; Termine; Zeitschriftenschau; Material/Medien
Bezug: Forum, Lingener Str. 9, 4400 Münster
Doppelheft: DM 6,-

Inprekorr, Nr. 211, Januar 1989
Kolumbien: A. Luchar: Nein zum nationalen Dialog; Der schmutzige Krieg gerät außer Kontrolle. Großbritannien: Ganz Schottland gegen die Kopfsteuer. Israel: Die Wahlen im Zeichen der Intifada. Sowjetunion: Von der Perestroika zur Volksfront. Interview mit Boris Kagarlitzki. Die Internationale: Umwelt und Gesellschaft – eine historische Betrachtung. Kurznachrichten: Portugal, Spanischer Staat, IV. Internationale.
Bezug: Inprekorr, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1
Einzelpreis: 4,50 DM/Abo: 45,- DM

epd-Entwicklungspolitik 23/24/88:
Analyse: Weltweite Konferenz der Lokalradios; Schweigen durchbrechen: chinesische Schriftstellerinnen
Infos: U-Bootskandal vor der UNO; Internationale Giftmüll-Exportverträge; Debt for nature in Philippinen; Keine Bundesmittel für Grüne Stiftung?
Dokumentation: Internationaler Nachrichtenfluß
Schaubild: Entwicklungsländer zahlen mehr zurück als sie erhalten.
Abo: 66,- DM/ Einzel-/Doppelnummer: 3,80/5,50 DM
Bezug: epd, Friedrichstr. 2, 6000 Frankfurt 1

epd-DWI 8/9/88: „Kahlschlag für den Export – Der Tropenholzkonsum zerstört die Regenwälder" eine kurzgefaßte Information für Unterricht, Diskussion und Aktion, 8 S., 2,- DM, ab 10 Ex. 0,80 DM, ab 50 Ex. 0,70 DM

epd-DWI 1988: 16/78 „Mehr Brot – mehr Hunger. Nahrungsmittelhilfe beseitigt den Hunger nicht", eine kurzgefaßte Information für Unterricht, Diskussion und Aktion, 4 S., 1,50 DM, ab 10 Ex. 0,60 DM, ab 50 Ex. 0,50 DM

epd-DWI 1988: 1/77 „Medienmacht verhindert Eigenständigkeit – Die neue Welt-Informations- und Kommunikations-Ordnung" eine kurzgefaßte Information für Unterricht, Diskussion und Aktion, 8 S., 2,- DM, ab 10 Ex. 0,80 DM, ab 50 Ex. 0,70 DM

epd-DWI 12/13/88: „Mikroelektronik – eine Chance für die Dritte Welt?" eine kurzgefaßte Information für Unterricht, Diskussion und Aktion, 8 S., 2,- DM, ab 10 Ex. 0,80 DM, ab 50 Ex. 0,70 DM

epd-DWI 10/11/88: „Müllkippe der Reichen – Die ökologische Ausbeutung der Dritten Welt" eine kurzgefaßte Information für Unterricht, Diskussion und Aktion, 8 S., 2,- DM, ab 10 Ex. 0,80 DM, ab 50 Ex. 0,70 DM. Bezug: epd-DWI, Friedrichstr. 2, 6000 Frankfurt 1

informationsdienst südliches afrika 7/88 (November)
Schwerpunkt: Soliarbeit – Kampagnen – Aktionen
Versuch einer Bewertung der aktuellen Situation der bundesdeutschen Soliarbeit im Südlichen Afrika; Artikel zu den Aktionsfeldern Früchteboykott, Banken, Lufthansa und militärisch-atomare Zusammenarbeit, in denen mehr oder weniger erfolgreich für den Abbruch der Beziehungen zu Südafrika gearbeitet wird; Zur Diskussion gestellt wird die Unterstützung von Projekten in Südafrika und Namibia; Zwei Beiträge beschäftigen sich mit Namibia, dem „Stiefkind der bundesdeutschen Solidaritätsarbeit"
SADCC-Brief 7-88: Der Beira-Korridor: Lebensader für Zimbabwe
Preis: DM 5,-/Abo: DM 40,-/Bezug: issa, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

Rundbrief Pädagogik Paulo Freire 37-39/88: u.a. mit: Was durch eine grün-nahe Stiftung finanziert werden könnte (Bildungsarbeit, „3.-Welt-Projekt"), und was zu beachten ist. Was erwarten unsere Partner aus der 3.-Welt von einer grün-nahen Stiftung? Eine Aktion des „AK Freire". Weiter: Bildung und warum auch sie zur Unterentwicklung führen kann (Al Imfeld), Karikaturen: Militärs in LA., Vorb. Intern. Alphabetisierungsjahr, Rezensionen, Hinweise, Zeitschriftenschau, etc. 50 S. A4. Spendenerwartung: 5,- DM (Briefmarken): AG SPAK, Adlzreiterstr. 23, 8 München 2.

EPK 4/1988 (Dezember) DM 4,-
Tabak – Blauer Dunst für die Dritte Welt
Bezug: EPK, Postfach 2846, 2000 Hamburg 20
Beiträge zur Kulturgeschichte des Rauchens; Dritte Welt als neuer Absatzmarkt der Tabakindustrie; Gifte im Tabak; Frauen und Rauchen seit der Verbreitung der Zigarette; Tabakanbau in Malawi; Rembrandt in Indonesien; BAT und Rothmans in Zaire; Bremer Tabakbörse und Tabakanbau in Indonesien; Zigarrenproduktion in Kuba; Interview zum Tabakanbau in Nicaragua; Gifte im Tabak; Tabakanbau und Abholzungen.

ila, Nr. 121, Dez. 88, Einzelpreis (noch) DM 3,50; / ab Jan. 89: Einzelpreis DM 4,-; Jahresabo 40,- DM.
Schwerpunktthema: Geschäfte mit der Reproduktion; Gentechnologie als Instrument der Auslese – nach wie vor ein „anschlagsrelevantes Thema"; Überblicksartikel über die herrschenden Strategien zur Bevölkerungspolitik und Familienplanung und die entsprechenden internationalen Organismen; Einblicke in die Verhältnisse in Mexiko und Brasilien; Organhandel; Adoptionsgeschäfte und ihre Implikationen.
Ansonsten: Hintergrundberichte zu Brasilien (Wahlergebnisse vom November und Repression gegen Kleinbauern in Sobradinho), zu Argentinien (unbewältigte Vergangenheit der Linken) und ein aktueller Stimmungsbericht aus El Salvador. Ein Portrait der Feministin und Sozialistin Flora Tristan aus dem 19. Jhdt. Nachruf zu Erich Fried. Guatemala-Beilage. Nachrichten aus der Bewegung. Total: 44 S.

Bolivia, Nr. 74, November/Dezember 1988, u.a. Studentenbewegung 1988 aus der Sicht des Lateinamerika-Instituts; Die Legende von Potosi; Erdrückende Auslandsschuld; Wahlvorschau; UMOPAR – Angriff in Guayamerin und wieder neue US-Truppen in Bolivien; Politische Ökonomie des Koka – Kokain (Teil 3): Das Geld aus dem Drogenhandel in der bolivianischen Wirtschaft; Überblick über die Situation einiger ethnischer Minderheiten im „Oriente"; Buchbesprechung: „Bolivien".
Bezug: Bolivia, SAGO-Informationsblatt, Wittenbergplatz 3a, 1000 Berlin 30
Preis: 2,50 DM

Brasilien Rundbrief – Dezember 1988:
Hundert Jahre Sklavenbefreiung – ein Grund zum Feiern?; Poesia Negra – Schwarze Poesie; Amazonien: Zerstörung eines Lebensraumes; Der Kautschuksammler und sein Überlebenskampf; Dem Pedro Casaldáliga: bedroht – gemaßregelt – geehrt; Brasiliens neue Verfassung; Gemeindewahlen in Brasilien; Brief der Landarbeitergewerkschaft von Campo Alegre de Lourdes; „Der Hügel vom gelben Haus" – Projektbeschreibung; Buchrezension; 10 Jahre Brasilieninitiative Freiburg e.V.
Bezug: Brasilieninitiative Freiburg, In den Weihermatten 27, 7800 Freiburg
Preis: 4,- DM (Einzelheft); 15,- DM (Jahresabo, 4 Ausgaben)

Querbrief 4/88 hat das Thema:
WFD-Jahresversammlung
Wem paßt die Anpassung? Jean-Claude Diallo zur Verschuldung der Dritten Welt und unserem Anteil daran – Standortfragen: Beobachtungen und Gedanken aus dem sozialistischen Kontext. Beitrag der Zwei-Drittel-Welt-Gruppen aus der DDR – Basta Ya! Wider die Inkonsequenz politischen Verhaltens. Forderung nach mehr Öffentlichkeitsarbeit und weniger Projektarbeit im WFD – Projektberichte von innerhalb und außerhalb des WFD – neue Medien im WFD.
Bezug: Weltfriedensdienst e.V., Hedemannstr. 14, 1000 Berlin 61
Preis: 4,- DM

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 F
iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg
ISSN 0933-7733